



Freiheit als kollektive Idee

Pessach-Gespräch mit Rabbiner Tovia Ben Chorin
SEITE 38-39

Eine Zeitenwende, die keiner wahrhaben will

Die CDU erkennt nicht das wahre Ausmaß ihres Desasters
SEITE 3



Terror-Oase im Herzen Europas

20 Jahren war der Antisemit Moureaux Bürgermeister von Molenbeek
SEITE 8



WORT DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,
unsere neue Ausgabe erreicht Sie gerade nach dem Ende des jüdischen Purimfestes, das in diesem Jahr sehr spät in den März des weltlichen Sonnenjahres fällt.

Gern komme ich an dieser Stelle den interessierten Nachfragen besonders der dankenswerterweise wachsenden Zahl auch unserer nicht-jüdischen Leser zur Erklärung dieses Phänomens nach.

Die diesjährige zeitliche Verschiebung ist dem Umstand geschuldet, dass die Anpassung des jüdischen Jahres an das weltliche Sonnenumlaufjahr insgesamt sieben Mal in einem 19-Jahr-Zyklus ein sogenanntes jüdisches Schaltjahr erfordert. Dies führt im jüdischen Kalender zu der Hinzufügung eines ganzen weiteren Monats, des Adar-Sheni (Adar II). Da die jüdische Konvention vorsieht, dass alle Festtage, die sonst üblicherweise im Monat Adar begangen werden (Purim beginnt am 13. Adar) in den zweiten Monat Adar, den Adar Sheni verlegt werden, ergibt sich ein zeitlicher Sprung gegenüber dem vorigen Jahr um genau 29 Tage, was der Anzahl von Tagen entspricht, die der Monat Adar Sheni beinhaltet.

Genau dies ist auch der Grund, warum das für Juden überaus wichtige Pessachfest, das am 14. Nisan, dem Monat also, der dem Monat Adar – in diesem Jahr dem Monat Adar Sheni – folgt, dieses Mal erst am 22. April beginnt. In diesem Jahr gibt es somit keine wirkliche zeitliche Übereinstimmung mit dem ursprünglich in engem Zusammenhang zu dem Pessachfest stehenden christlichen Osterfest.

Der Bedeutung dieser Feste und der unbeschwernten Freude – besonders der Kinder – an der ausgelassenen Kostümierungsfrohlichkeit des Purimfestes und am schönen Vier-Fragen-Brauch des Pessach-Seders tut dies nicht den geringsten Abbruch.

Das Purimfest, das die Freude über das Entkommen aus der Vernichtungsgefahr in der babylonischen Diaspora feiert, veranschaulicht den nur allzu oft in seiner leidvollen Geschichte geforderten und ungebrochenen Überlebenswillen des jüdischen Volkes in den Zeiten höchster existentieller Gefahr.

►► Fortsetzung auf Seite 2

Österreich 3,70 €
Schweiz 4,60 CHF



Brüssel: Der Terror geht weiter



Von Jennifer Nathalie Pyka

Allmählich setzt auch in puncto Terrorismus das ein, was man gemeinhin als „Gewöhnungseffekt“ bezeichnet. Nicht, dass es normal wäre, wenn Islamisten in Paris oder Brüssel Blutbäder veranstalten und die betroffenen Städte Ausgangssperren verhängen, weil niemand weiß, ob noch weitere Mörder unterwegs sind. Aber die dazugehörigen Reaktionen aus Politik, Medien und parlierender Klasse haben eben doch einen gewissen Nachruf-Charakter. Man holt sie einfach aus der Schublade, wenn es mal wieder soweit ist. Während die Terroristen immer neue Pläne schmieden und immer neue Bombenrezepte entwickeln, um möglichst mehr Menschen als beim letzten Mal zu treffen, hält sich Europa zuverlässig an dasselbe, ritualisierte Rezept.

Politiker sind „bestürzt“, was sich erst dann wirklich verifizieren lässt, wenn man auch die zweite Hälfte solcher Aussagen kennt oder die 24-stündige Schamfrist abgelaufen ist. Der Jugendpsychologe Michael Lüders, der irrtümlicherweise für einen Terrorismus-Experten gehalten wird, weist nochmal auf die Perspektivlosigkeit und Verzweiflung der jungen, zornigen Männer mit Sprengstoff-Affinität hin. Simone Peter von den Grünen, die sich gerade in Brüssel aufhält, ist nicht nur schockiert, sondern weiß auch nicht, wie sie nun zu ihrem Termin im Saarland kommen soll. Letzteres behält sie übrigens im Interview lieber nicht für sich. Denn schließlich, so hört man, gab es ja keinen Anschlag auf Menschen, deren Angehörige und die Anwohner Brüssels. Vielmehr galt das Attentat uns allen - der Freiheit, der Demokratie, den EU-Institutionen, den Europäern,

dem Islam, und eben auch der Reiseplanung der Vorsitzenden der Grünen.

Derweil wird die nächste Runde des obligatorischen Beschuldigungs-Pingpongs eröffnet. Merkel ist schuld, alle Muslime sind schuld, der Islam hat nichts damit zu tun, bloß keinen Generalverdacht in die Welt setzen. Eine fantasiebegabte Grüne aus der Schweiz äußert ihre Angst vor den Rechtspopulisten (Anm.d.Red: Irina Studhalter von den Grünen Luzern twitterte: „Ich habe Angst. Nicht vor dem Islam, nicht vor dem Terror – sondern vor der rechtspopulistischen Hetze, die folgen wird“), da sind die Leichen noch nicht mal aus der Metro geborgen. Andernorts wird so intensiv hyperventiliert und gescreenshotet, dass man sich fragt, was die Menschheit eigentlich in der Prä-Twitter&Facebook-Ära bei Terroranschlägen getan hat. Mal den Fernseher einschalten, die Ereignisse zu verfolgen, sich fragen, wie es sich wohl anfühlt, gerade jetzt in den betroffenen Städten zu leben? Keine verlockende Option. Mittlerweile finden wir so viele Dinge schlimm, dass wir gar nicht mehr dazu kommen, das jeweilige Attentat, die steigenden Opferzahlen und den Terror an sich schlimm zu finden. Wobei das natürlich insofern von Vorteil ist, als jede Übersprungshandlung uns von dem Gedanken der eigenen wie auch der politischen Machtlosigkeit ablenkt.

Überhaupt, so heißt es, dürfe man jetzt bloß nicht den „einfachen Lösungen“ (Grenzen dicht, Vorratsdatenspeicherung) auf den Leim gehen. Das mag ja stimmen. Nur wäre es schön, wenn es wenigstens überhaupt eine Lösung gäbe. Stattdessen rettet sich der ein oder andere in diffuse Begriffswolken und halluziniert über europä-

sche Sicherheitsstrategien, was auch schon anlässlich des „Charlie Hebdo“-Attentats gut klang, aber folgenlos blieb. Wir denken nicht im Albtraum daran, uns in Israel nach effektiven Anti-Terror-Maßnahmen zu erkundigen. Denn Israel gehört nicht gefragt, sondern kritisiert. Auch Brüssel kann zwar eine hübsche Kulisse für EU-Parlamentarier bilden, aber offenkundig nichts dagegen tun, dass Molenbeek zu einer europäischen Außenstelle des Islamischen Staats mutiert. Deutschland guckt derweil zu, wie Salafisten in der Fußgängerzone Nachwuchskräfte rekrutieren und Christen in deutschen Flüchtlingsheimen weiterhin verfolgt werden. Parallel dazu bemühen wir uns sehr, in Form des Türkei-Deals die Kurden zu düpiieren, die derweil vom Boden aus gegen den IS die Stellung halten.

Es gibt keine 100-prozentige Sicherheit, das hört man immer öfter. Und man kann es sich selbstverständlich auch denken, eventuell sogar dem Nachbarn anvertrauen. Nun allerdings verbreiten auch Politiker vermehrt derlei Phrasen. Das finden wir dann immer sehr „ehrlich“ und freuen uns darüber, dass gewählte Volksvertreter uns ausnahmsweise nicht wie kleine Kinder behandeln. Die Frage ist nur, was daraus folgt. Null-prozentige Sicherheit für alle? Oder 35-prozentige bei gutem Wetter? Der Staat möchten zwar die globale Erwärmung um zwei Grad Celsius reduzieren, aber in puncto nationale Sicherheit will er sich weder auf eine hochprozentige Marke festlegen, noch eine solche zum Ziel erklären. Stattdessen konzentriert er sich auf vermeintlich ehrliche Kalendersprüche. Die klingen sicherlich prima – aber Grundlage dieses Gesellschaftsvertrags sind sie eben blöderweise nicht.

PHILIPPE HUGUEN, AFP

Brüssel: „Versagt haben immer die anderen!“

Ausgerechnet die Deutschen, in deren Land die 9/11-Täter hausen konnten, machen den Belgiern Vorwürfe

Von Manfred Haferburg

Die Einschüsse kommen näher. Diesmal wurden in Brüssel Reisende zum Opfer islamistischen Terrors. Die Täter waren wieder keine Buddhisten, keine Juden, keine Atheisten und keine Christen. Die Mörder beriefen sich einmal mehr auf die Religion des Friedens. Da könnte womöglich noch jemand auf die Idee kommen, dass sich unter die 700.000 frisch eingereisten jungen männlichen Zuwanderern einige Terroristen gemischt haben. Also wird die Relativierungs- und Schuldzuweisungsmaschine angeworfen.

Ausgerechnet der NRW-Justizminister Jäger (!) kritisierte am Dienstag die belgischen Sicherheitsbehörden. Der Salafismus im Brüsseler Stadtteil Molenbeek sei

seit vielen Jahren gewachsen „und man hätte möglicherweise eher eingreifen müssen“.

Auch die „Welt“ regt sich über die vermeintliche Unfähigkeit der belgischen Sicherheitsbehörden auf. Sie titelte nach der Verhaftung von Abdeslam: „Sind Belgiens Terrorfahnder totale Amateure? Der Logistik-Chef der Pariser Attentate hat sich monatelang im Brüsseler Stadtteil Molenbeek versteckt“.

Bei Plasberg wurde räsoniert, dass es „in Deutschland ja solche rechtsfreien Räume wie den Brüsseler Stadtteil Molenbeek nicht gäbe. In Molenbeek wurde sehr lange weggeguckt und nicht konsequent genug durchgegriffen“, erklärt ARD-Gewaltforscher Holger Schmidt, „Belgien hat im Verhältnis zur

kleinen Bevölkerung mehr gewaltbereite Personen, als das in Deutschland der Fall ist – bei einem gleichzeitig nicht leistungsfähig genug aufgestellten Sicherheitsapparat.“

In Deutschland sind die Zustände also noch nicht ganz so schlimm. Da können wir ja beruhigt ausgehen oder verreisen. Da fragt sich der erstaunte Leser: Sind die selbst so einfältig und haben das Versagen der deutschen Sicherheitsorgane vergessen? Oder halten sie die Bürger für so umnachtet, dass sie alles schon vergessen haben?

Kamen nicht schon die Attentäter des 11. Septembers aus ihrem sicheren Terrornest in Hamburg? Und sind nicht mehrere Attentäter der schrecklichen Terrorakte des Pariser Novembers über

Deutschland als „Flüchtlinge“ getarnt und in deutschen Flüchtlingsunterkünften registriert nach Frankreich eingereist? Kamen die tödlichen Kalaschnikows nicht aus oder über Deutschland nach Frankreich? Was ist eigentlich aus dem Montenegrer geworden, der in Deutschland mit einem ganzen Kleinwagen voller Kriegswaffen aufgegriffen wurde? Was machte Abdeslam in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober in einer Flüchtlingsunterkunft in Ulm? Wo sind die drei Syrer, mit denen er sich dort traf und die seither verschwunden sind?

Noch sind die Hintergründe der Brüsseler Untaten nicht umfassend bekannt. Was werden die Vorverurteiler der belgischen Sicherheitsbehörden sagen, wenn Terroristen in Deutschland zuschlagen?

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

WORT DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Auch das Pessachfest, das dem Auszug des jüdischen Volkes aus der Unterdrückung und Knechtschaft des pharaonischen Ägypten gewidmet ist, dürfte gerade und besonders den islamischen Machthabern und Pharaonen der Neuzeit deutlichst zeigen, dass die große kulturelle und humanistische Leistung des jüdischen Volkes und sein Lebenswille trotz massiven Judenhasses und millionenfacher jüdischer Opfer bisher noch jeden Vernichtungsversuch überstanden haben.

Ebenso deutlich veranschaulicht der geschichtliche Kern des bevorstehenden Pessachfestes, dass der Staat Israel einschließlich der seit Jahrtausenden urjüdischen Gebiete Judäa, Galiläa und Samaria und seiner ungeteilten jüdischen Hauptstadt Jerusalem auch nach seiner demokratischen Neugründung eines der am längsten legitimierten Staatswesen der Welt ist. Daran ändern auch die im Lauf der Geschichte durch unterschiedliche Eroberer verübten Unterwerfungen und Vertreibungen der jüdischen Population aus ihrer geschichtlichen Heimat nicht das Geringste.

Nahezu alle durch den Islam eroberten und gegenwärtig beherrschten Gebiete müssen heute wohl durchweg als failed states bezeichnet werden, in denen diktatorische Willkür, mittelalterliche Barbarei, uneingedämmter religiöser Fanatismus, Terror und blankes Unrecht zur größten existentiellen Bedrohung nicht nur der eigenen, in ignorantem, aufklärungsfernen religiösem Eiferertum und höchster Intoleranz verharrenden Populationen sowie zu Destruktion, Bürgerkriegen und faktischer Auflösung staatlicher Strukturen geführt haben. Massenflucht und islamischer Terrorexport sind heute in nie dagewesener Weise zur massivsten Bedrohung für das kaum noch abendländische Westeuropa und den Weltfrieden insgesamt geworden.

Die schrecklichen islamischen Mordtaten und die uns alle tief ins Herz treffenden grauenvollen Bilder der Toten und Verletzten aus Brüssel sind – um nur einige Orte zu nennen – von New York und Boston über Jerusalem, Tel Aviv und Paris nur ein weiterer Splitter des weltweiten Terrorkrieges den der atavistische, politische Islam ungebremst und kleingeredet durch unsere westliche Politik nicht nur – wie viele hierzulande schadenfroh und heimlich gehofft haben – gegen Israel und die Juden, sondern gegen die gesamte zivilisierte Welt und die ganze Menschheit führt.

Zu dem Gefühl der Trauer und des Entsetzens über den jüngsten Terror in Brüssel kommt auch bei friedfertigen Naturen ein ebenso starkes Empfinden von Wut und Unverständnis über die kaum noch zu überbietende Fahrlässigkeit und charakterliche Deformation unserer politischen Führung und großer Teile der öffentlich rechtlichen Mainstreammedien.

Die inhaltsleeren, auf Wählerwirkung bedachten, ohne innere Beteiligung und wirkliche Sympathie mit den unschuldigen Opfern und ihren Familien von unserer politischen Verantwortlichen im öffentlich-rechtlichen Regierungs-Fernsehen abgospulsten Betroffenheitsrituale wirken ebenso wie die geübte Betroffenheitsmimik wegen der großen Häufigkeit der uns auch weiterhin ungeniert als Verirrungen und Einzeltaten kleingeredeten Islam-immanenten Verbrechen, floskelhaft und bestens einstudiert.

Kein Wort der Einkehr oder inneren Einsicht in die offenkundige eigene Verantwortung an diesen erheblich durch unsere und die übrigen westlichen Regierungen mitverschuldeten Toten von Brüssel, die ebenso wie die wachsende Zahl und zunehmende Bestialität der islamischen Mordangriffe zum nicht unwesentlichen Teil der gänzlich verfehlten, unsäglichen, suizidalen Islam-Appeasement-Willkommenskultur für rückschrittliche Demokratiefeindschaft und „offene-Grenzen-für-den-Terror-Politik“ zuzuschreiben sind.

Unschuldige Menschen werden im Namen des Islam ermordet, eine europäische Metropole, noch dazu die Hauptstadt Europas, wird vollständig außer Funktion gesetzt, Reisen und Verweilen im öffentlichen Raum unserer Städte wird zum Lotteriespiel, mit dem Einsatz des eigenen Lebens. Aber unsere Regierungspolitik und die Mainstreammedien warnen vor allem vor der Gefahr der Instrumentalisierung dieser islamischen Bluttaten gegen den Islam.

Wer in dem wachsenden Terror etwa einen Zusammenhang mit dem politischen Islam, islamischer Demokratiefeindschaft und den muslimischen Integrationsverweigerungs-Migranten sieht, wird sofort in geübter Kooperation mit der mehr als willfährigen, nahezu gleichgeschalteten Regierungsjournaille in die rechte Ecke gestellt, dümmlich dreist als Rassist diffamiert und als Fremdenhasser dämonisiert. Dabei wird nur allzu gern geleugnet, dass auch der immer deutlicher werdende Rechtsruck

der durch unsere Politik politisch heimatlos gemachten Mitte ausschließlich durch unsere am Wählerwillen vorbeigierenden noch gewählten Vertreter verursacht wurde.

Trotz Paris, Tel Aviv und Brüssel wird unsere Politik gegen besseres Wissen nicht müde zu behaupten, der Islam sei eine Religion des Friedens, hätte mit den Terrortaten nichts zu tun und gehöre zu Deutschland und Westeuropa. Seine, bei jedem Terrorakt auf den Straßen freudentanzenden Anhänger seien eingeschwo-rene Demokraten und Terrorgegner.

Warum aber sieht man unsere hiesigen und weltweiten Muslime nicht auf unseren Straßen zu Tausenden im Protest gegen den islamischen Blutterror und zur Solidarisierung mit den unschuldigen Mordopfern.

Dafür sind unsere moderaten Muslime nicht zu gewinnen. Wenn es jemand gewagt hätte, einige Karikaturen über den großen Propheten zu veröffentlichen, oder sich etwa Israel gegen Raketenterror aus Gaza gewehrt hätte, dann gäbe es für hunderttausendfachen, häufig brandbewehrten Proteststurm unserer muslimischen Mitbürger und für massenhafte „Juden ins Gas“-Hetzrufe keine Grenze.

Der Terror, den Israel täglich erlebt, ist längst in den westlichen Ländern angekommen. So ist heute Israel, der kleine, einzige demokratische Staat in der gesamten Region zum sicheren Bollwerk und Hafen nicht nur für das jüdische Volk, sondern auch für die dort in Freiheit und Selbstbestimmung lebenden Muslime geworden und schützt durch seine Existenz, trotz Anfeindung und westliche Delegitimierung, das dekadente zur eigenen Verteidigung durch die Fahrlässigkeit seiner, vor allem deutscher Islamappeasement-Politiker kaum noch bereite West-Europa vor weiterer Destabilisierung des Mittleren Ostens und einem noch größeren Ausufernden des humanismus- und kultur-feindlichen islamischen Migrations-Tsunamis.

Es ist schon mehr als befremdlich, dass es ausgerechnet der osteuropäische Pragmatismus war und ist, der im Erhalt westlicher Werte gegen Selbstaufgabe und Islamisierung und vor allem die militärische Intervention des verpönten russischen Staates war, die im Kampf gegen den IS mehr bewirkt haben als die gesunde Menschenverstand kaum noch zugängliche, jahrelange den syrischen Exodus überhaupt erst verursachende Fehl-Politik der unsäglichen Obama-Administration, der Kerrys, Steinmeiers und

weiterer vor allem Israel delegitimierenden Islam-Appeaser.

Wie anders ist das fahrlässig-dümmliche Paktieren mit dem selbsterklärterweise die Vernichtung Israels propagierenden und die abendländische Kultur verachtenden Atombomben-Bauer und Schurkenstaat der iranischen Mullahs und die realitätsfernen charakterlosen, jeder Menschenrechtspolitik Hohn sprechenden Vereinbarungen mit dem Panislamisten, Kurdenmörder, Jerusalem-Beansprucher und IS-Unterstützer Erdogan zu werten?

Geradezu entlarvend vor dem Hintergrund täglichen weltweiten islamischen Terrors, unablässigen islamischen Mordens in der Region, nahezu täglicher Tötungsangriffe auf Kurden durch den bis zum Übelwerden hofierten Machtusurpator Erdogan, sind die auch kürzlich nochmals öffentlich bekräftigten Aussagen Obama-Kerrys, dass es das gegenwärtig vorrangig wichtige Anliegen westlicher Politik sein muss, endlich die Gründung eines weiteren – vorsätzlich falsch als palästinensisch bezeichneten – arabischen Staates mit einem dem Staat Israel weggenommenen Teil Jerusalems als Hauptstadt zu bewirken.

Bleibt abzuwarten, ob sich die westlichen Demokratien und ihre Völker – angesichts der bereits entstandenen irreversiblen Schäden – aus der suizidalen Bevormundung durch die gegenwärtigen, am common sense und dem Willen ihrer Wahlvölker vorbeiregierenden Politiker, aus der wachsenden Juden- und Demokratie-Hass getragenen Islamisierung, aus der deutlichst sichtbaren reaktiven Zunahme des rechtsradikalen und undifferenziert fremdenfeindlichen rechten Randes und aus der fortschreitenden Auflösung seiner säkularen, Staat-und-Religion-getrennten, freiheitlich-demokratischen, abendländischen und humanistischen Strukturen zeitnah erholen kann.

Israel, seine lebensbejahende, junge demokratische Gesellschaft und das jüdische Volk werden hoffentlich auch diesen Niedergang unserer hiesigen Lebenswerte – wie so oft in seiner Geschichte – unbeschadet überstehen.

In diesem Sinne – dem Staat Israel, dem jüdischen Volk, unseren Lesern und uns allen ein koscheres Pessachfest und alles erdenklich Gute.

Am Israel Chai

Ihr Dr. Rafael Korenzecher

Eine Zeitenwende, die keiner wahrhaben will

Die CDU erkennt nicht das wahre Ausmaß ihres Desasters

Von Markus Somm

In den beiden „Limes-Bundesländern“ Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg – beides Orte besonders langer jüdischer Geschichte – wurde am 13. März gewählt. Der Schweizer Journalist wirft einen kritischen Blick über die Grenze und den dortigen politischen Umbruch, den viele in seiner ganzen Tragweite noch nicht erkannt zu haben scheinen.

Diesen Freitag wurde bekannt, dass Lothar Späth gestorben ist. Der CDU-Politiker herrschte als Ministerpräsident dreizehn Jahre lang über das Bundesland Baden-Württemberg. Man nannte ihn „Cleverle“ – mit jener Mischung aus Respekt und Spott, wie sie die Deutschen gerne für die Schwaben ausdrücken, die ähnlich tüchtig und erfolgreich wie die Schweizer sind, was man nördlich des Mains einfach nicht verstehen kann, zumal beide Völker kein Hochdeutsch können.

Tode fallen immer zufällig an – und doch haftet diesem Tod etwas Symbolisches an, als ob Späth, der sein Land meistens mit einer absoluten Mehrheit regiert hatte, den Niedergang seiner Partei mit dem eigenen Ableben hätte unterstreichen wollen. Auch seine CDU, die am vergangenen Wochenende in den Landtagswahlen von Baden-Württemberg auf 27 Prozent abgesackt ist, erlitt eine Art Tod.

Auch wenn das manchem allzu drastisch formuliert vorkommen mag. Es wird viel schöngeredet – seit dem vergangenen Wochenende in Deutschland: Wer verloren hat, sagt, er habe gewonnen, wer zertrümmert wurde, sieht keine Ruinen. Niemand will von einer Zeitenwende etwas erkannt haben. Aus „schlechter Laune“, so hat der Hamburger Erste Bürgermeister Olaf Scholz diese Woche an einer Veranstaltung der NZZ in Berlin gesagt, hätten die Bürger so unorthodox gewählt. Andere, substantziellere, politische Motive traute der arrogante Sozialdemokrat seinem Arbeitgeber offenbar nicht zu. Selten wirkten auf mich die deutschen Politiker und die deutschen Journalisten so weltfremd wie am vergangenen Sonntag. Als ob sie nicht glauben wollten, was ihnen widerfahren war.

Lehren aus der Schweiz

Doch aus einer schweizerischen Perspektive, wo wir seit gut zwanzig Jahren mit dem Phänomen einer rechten, bürgerlichen Opposition leben, glaube ich besser erkennen zu vermögen, was in Deutschland vorgefallen ist. Es dürfte sich als epochal erweisen. Vielleicht irre ich mich, und der Aufstieg jener ungeliebten, bürgerlichen Opposition, die Alternative für Deutschland, AfD, die man wider besseres Wissen als „rechtspopulistisch“ zu denunzieren und zu verharmlosen versucht, stellt sich in ein paar Jahren als Strohfeuer heraus, wie viele Beobachter in Deutschland zu hoffen scheinen. War nicht die NPD in den späten sechziger Jahren plötzlich aus dem Nichts aufgetaucht und wieder im Nichts verschwunden? Gab es nicht einmal die Republikaner? Wer redet noch von den Piraten?

Dass „rechtspopulistisch“ eine Beschimpfung ist, die sich als pseudowissenschaftliche Beschreibung einer Partei oder einer Meinung tarnt, muss ich nicht weiter erläutern. Wenn ich das Programm der Linken oder auch der Grünen studiere, könnte man diese Parteien ebensogut regelmäßig als „linkspopulistisch“ bezeichnen. Es werden fast systematisch Dinge versprochen, die scheinbar populär sind, aber nie eintreffen. Dennoch tut man das nicht – weil einem die Linke schon lange



Was gibt es da zu lachen? Nichts!

nicht mehr bedrängt, – zumal viele Journalisten und manche deroutierte Bürgerliche linkes Gedankengut längst für vernünftig halten, ohne sich dessen bewusst zu sein. Die wahre Opposition sitzt rechts; nicht nur in Deutschland neuerdings, sondern in fast allen westlichen Ländern.

Wer die AfD als „rechtspopulistisch“ beschimpft, verharmlost sie aber auch, weil er im Grunde – ähnlich wie Scholz – hofft und glaubt, es handle sich um ein von Emotionen getriebenes, vorübergehendes Phänomen. Der Bürger hat schlechte Laune, er langweilt sich, also wählt er AfD. Ob in der Schweiz ein Politiker noch lange überleben könnte, der die Bürger offensichtlich für so unzurechnungsfähig hält, ist hier nicht

sondern der vielen tüchtigen Unternehmer, fleißigen Angestellten und hoch motivierten Arbeiter im Land, aber die CDU hat diesen Aufstieg offensichtlich nicht behindert, wie manche andere Regierung das geschafft hätte, sondern nach Kräften gefördert. Die Bilanz ist verblüffend: Von 1953 bis 2011 hat stets die CDU den Ministerpräsidenten gestellt und damit die Regierung geprägt und geführt. Hat die CDU in der Bundesrepublik je eine Hochburg besetzt, dann hier im deutschen Südwesten.

Wenn eine solche Partei innert bloß vier Jahren von 39 Prozent auf 27 Prozent einbricht, dann sind dafür Tausende von vorher treuen Wählern verantwortlich, von guten konservativen und liberalen,

„ Aus „schlechter Laune“, so hat der Hamburger Erste Bürgermeister Olaf Scholz gesagt, hätten die Bürger so unorthodox gewählt. Andere, substantziellere, politische Motive traute der arrogante Sozialdemokrat seinem Arbeitgeber offenbar nicht zu. Selten wirkten auf mich die deutschen Politiker und die deutschen Journalisten so weltfremd wie am vergangenen Sonntag. “

die Frage: Sicher handelt es sich um ein eindrucksvolles Beispiel von Wählerbeschimpfung. An den Hamburgern liegt es, das bei der nächsten Wahl zu beurteilen, wenn Scholz um ihre Stimmen bittet. Was mehr interessiert, ist die Frage, ob die AfD wirklich nur Ausdruck einer kurzzeitigen Verstimmung ist. Das bezweifle ich. Allein die Zahlen sprechen dagegen.

Spektakulärer Niedergang

Seit 1952, als Baden-Württemberg in seiner heutigen Form entstanden war, hat die CDU praktisch immer mehr als 40 Prozent Wähleranteil erzielt. Manchmal rutschte man leicht auf 39 Prozent ab, öfter übersprang die Partei die 50-Prozent-Hürde und konnte in ihrem „Ländle“ schalten und walten, wie es ihr beliebte. Mit Recht, mit großem Erfolg. Baden-Württemberg ist seit dem Krieg eines der reichsten Bundesländer Deutschlands geworden und damit eine der potentesten Wirtschaftsregionen der Welt. Das ist nicht das Verdienst der CDU,

immer bürgerlichen Leuten – die der CDU plötzlich das Vertrauen entzogen haben. Schlechte Laune? Das sind keine quengelige Kinder, die früher ins Bett hätten gesteckt werden müssen. Es handelt sich auch nicht um die berühmten „Modernisierungsverlierer“, welche die Politologen immer dann bemühen, wenn sie ein Phänomen nicht mehr erklären können, (den Baden-Württembergern geht es glänzend), noch sind es ehemalige DDR-Bürger, wie etwa jene in Sachsen-Anhalt, deren erratices Wahlverhalten man oft mit ihrer Prägung durch zwei Diktaturen gönnerhaft zu deuten versucht. Nein, das sind Leute, die zum Kern des deutschen Mittelstands gehören, jener seit jeher staatstragenden Schicht in Deutschland. Es sind Konservative, nicht bloß im politischen Sinn, sondern auch was ihr Wahlverhalten betrifft. Einmal CDU, immer CDU, hieß es jahrelang: Wenn man solche Leute verliert, dann gewinnt man sie kaum je wieder zurück.

Wer steht „rechts“?

Das ist die Lehre aus der Schweiz. Als der Freisinn und die CVP in den Neunzigerjahren einen großen Teil ihrer konservativen, EU-skeptischen Wählerschaft an die SVP verloren, zum Teil mutwillig, war zunächst nicht ersichtlich, dass man diese Wähler auf immer vertrieben hatte. Jahre später erst wurde das klar. Wer als bürgerliche Partei eine „rechte“ Konkurrenz aufkommen lässt, handelt sich Schwierigkeiten ein. Wer zulässt, dass diese bürgerliche Konkurrenz wie die AfD in zentralen Fragen der Politik – nämlich EU, Euro, Immigration – eine andere, konservativere Position einnimmt, muss damit rechnen, dass das bürgerliche Lager auf Dauer gespalten wird – wie wir das aus der Schweiz kennen. Froh darüber kann nur die Linke sein. „Rechts von mir“, sagte einst Franz Josef Strauß, der Gigant der CSU, „steht nur Dschingis Khan.“ Als bayerischer Ministerpräsident blieb er jahrzehntlang an der Macht – weil er wusste, wie man die eigene Klientel hegt und pflegt – im Guten wie im Bösen.

Die letzten Tage der CDU

Am Sonntagabend hielt es Angela Merkel, die Bundeskanzlerin, nicht für nötig, sich zu äußern, was kurios genug war, denn so sehr die Journalisten sich auch bemühten, so zu tun, als wäre es das nicht: Natürlich war das ein Plebiszit über Angela Merkel gewesen. In allen drei Ländern hatte man kaum über landespolitische Themen gestritten. In allen drei Ländern bewegte die Wähler vor allen Dingen die Flüchtlingspolitik, die Merkel zu verantworten hat.

Als sie am Montag dann endlich zu den Landtagswahlen Stellung nahm, sagte Merkel: „Das ist ein schwerer Tag für die CDU“ – und wie so oft bei ihr wirkte bescheiden, was an sich eine bemerkenswert egoistische Aussage war. Immerhin war auch sie verantwortlich für diese Niederlage. War es kein schwerer Tag für sie? Es schien, als wüsste sie oder bildete sie sich ein, dass sie notfalls auch ohne CDU regieren könnte. Längst haben die Rot-Grünen sie ja adoptiert: Wenn Merkel in diesen Tagen gelobt wird, dann von dieser Seite.

0Deshalb müsste die CDU-Führung erschüttert sein. Deshalb hätte die CDU schon am Montag über die Zukunft von Bundeskanzlerin Angela Merkel reden müssen – sonst redet man bald über die Zukunft der CDU.

Markus Somm ist Chefredakteur der Basler-Zeitung.

Bürgermeisterwahl in London

In London kämpfen der Spross einer jüdischen Aristokratenfamilie und ein gläubiger Moslem ums Bürgermeisteramt

Von Jerome Lombard

Wetten gehören zur britischen Kultur-DNS wie Fish and Chips und Cricket. Im Vereinigten Königreich wettet man traditionell und eigentlich auf alles: Auf Pferde, auf Hunde, auf den Schwangerschaftstest der Prinzengattin. Das politische Geschäft haben die von den Briten liebevoll „Bookies“ genannten Buchmacher sowieso schon vor langer Zeit als lukratives Betätigungsfeld erkannt.

Es verwundert also nicht, wenn die Bookies in London in diesem Monat besonders umtriebig sind: Am 5. Mai ist in der britischen Hauptstadt nämlich Bürgermeisterwahl. Alle wahlberechtigten Einwohner der 8,5-Millionenmetropole sind damit aufgerufen, per Direktwahl einen neuen Schulheiß zu bestimmen. Die Wahl ist ein erster großer Stimmungstest vor dem von Premierminister David Cameron für Juni ausgerufenen Referendum über die Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union (EU). In London stimmt man zwar noch nicht über die Frage „Brexit“- Yes or No ab, aber was in der Hauptstadt passiert, bewegt die ganze Nation. Zumindest die englische. Schotten, Waliser und Nordiren haben ja meist ihren ganz eigenen Kopf.

Der Londoner Bürgermeisterwahlkampf hat es diesmal durchaus in sich. Das wissen nicht nur die Buchmacher. Schon die politische Großwetterlage verspricht Spannung: Der amtierende Bürgermeister Boris Johnson tritt nicht erneut an und das liegt nicht an seinen Beliebtheitswerten. Der für seinen blonden Wuschelkopf und seine populistischen Sprüche bekannte konservative Politiker ist auch nach zwei Amtszeiten in London äußerst populär. Johnson hat aber ganz andere Ambitionen. Es ist schon lange ein offenes Geheimnis, dass er seinen Parteivorsitzenden Cameron gerne als Premier beerben würde. Das hat Johnson im Februar nochmal ganz deutlich gemacht, als er sich für einen Austritt Großbritanniens aus der EU ausgesprochen hat und damit Cameron, der sich nach schwierigen Verhandlungen mit den europäischen Partnern für einen Verbleib im Staatenverbund stark macht, offen vors Schienbein trat. Der parteiinterne Machtkampf bei den Tories geht damit in die nächste Runde. Für die oppositionellen Sozialdemokraten von Labour geht es in der Hauptstadt vor allem darum, zu beweisen, dass sie unter ihrem neuen Parteivorsitzenden Jeremy Corbyn Wahlen gewinnen können. Den Linksaußen Corbyn hatten die Sozialdemokraten nach der Schlappe bei den Parlamentswahlen im letzten Jahr zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Tories gegen Labour – das immer gleiche parteipolitische Duell. Das hat Tradition, und Tradition kommt in Großbritannien immer gut an. Und dass London jetzt Schauplatz eben dieses traditionsreichen politischen Wettstreits ist, darüber sind sich Bookies und Demoskopen weitestgehend einig. Denn gleich, zu welcher Annahmestelle der interessierte Wettfreund dieser Tage auch geht, zwei Namen dominieren überall die Kurse und versprechen gewinnträchtige Quoten: Zac Goldsmith und Sadiq Khan. Insgesamt bewerben sich zwar 12 Parteipolitiker und Unabhängige um das einflussreiche Amt des „Mayor of London“, doch führen die beiden seit Monaten das Feld an.



Bürgermeister-Kandidaten Zac Goldsmith und Sadiq Khan

Goldsmith als Kandidat der Konservativen und Khan für Labour. Beide wurden in internen Vorwahlen von ihren Parteien nominiert. Im medial geführten Wahlkampf bekam man sowieso den Eindruck, es gebe überhaupt nur diese beiden Kandidaten. Wer nun aber an einen langweiligen Wahlkampf denkt, der irrt gewaltig. „Brexit“-Diskussion, interner Machtkampf bei den Konservativen, der neue Linkskurs von Labour stellen mitsamt London-spezifischer Themen wie Wohnungsnot, Mietenexplosion in der Innenstadt und dritter Startbahn für Heathrow den inhaltlichen Rahmen. Für reichlich politischen Sprengstoff ist gesorgt. Hinzu kommt: Die beiden Favoriten im Rennen um City Hall könnten verschiedener kaum sein. Goldsmith, Sohn einer jüdischen Aristokratenfamilie mit Ausbildung am elitären Eton College streitet gegen Sadiq Khan, einen sich hochgearbeiteten Rechtsanwalt und Abkömmling einer pakistanischen Einwandererfamilie. „Jude“ versus Moslem. Eton-Zögling versus Community-College-Durchboxer. Upper class gegen Working class. Die beiden Bürgermeister in spe sind es wert, einmal genauer unter die Lupe genommen zu werden.

Naturschützer aus gutem Hause Frank Zacharias Robin „Zac“ Goldsmith will seinen Parteifreund Johnson als oberstem Londoner nachfolgen. Dass dessen Popularität nicht automatisch auf den seit 2010 für Richmond Park im britischen Unterhaus sitzenden Goldsmith abfärbt, zeigen aktuelle Umfragen. Einer „YouGov“-Erhebung vom Februar zufolge liegt Goldsmiths Mitbewerber Khan mit 31 Prozent 7 Punkte vor dem charmanten 41-Jährigen, der auf 24 Prozent kommt. Aber noch ist der Drops nicht gelutscht. 32 Prozent der Befragten geben an, dass sie noch unentschieden sind. Goldsmith entstammt einer britisch-jüdischen Familie mit Wurzeln in Deutschland. Sein Großvater, Frank Goldschmidt, wurde in Deutschland geboren, wanderte um 1900 nach England aus und heiratete eine katholische Frau aus Frankreich.

Er anglicisierte seinen Nachnamen, engagierte sich in den 1930er Jahren politisch für vom NS-Regime verfolgte jüdische Flüchtlinge und wurde ein überaus erfolgreicher Unternehmer. Am Bau des berühmten „King David“-Hotels in Jerusalem war er mit einer seiner Firmen beteiligt. In diese Fußstapfen trat auch Zacs Vater, Sir James Goldsmith, der seinen insgesamt acht Kindern ein Milliardenerbe hinterließ. Zac begann seine Berufskarriere als Journalist bei der von seinem Onkel Edward gegründeten Umweltzeitschrift „The Ecologist“, deren Herausgeber er von 1998 bis 2007 war. Um seinem Engagement für die Umwelt mehr Raum zu geben, trat er in die konservative Partei ein, für die er seit 2010 im Parlament sitzt. Unter Kollegen gilt Goldsmith als Freigeist, der sich auch mal gegen die Parteiführung stellt. So führt Goldsmith entgegen der Pläne Camerons die Kampagne gegen eine weitere Startbahn für den Londoner Flughafen Heathrow an. Bezahlbare Mieten und ein guter Öffentlicher Nahverkehr sind Goldsmiths inhaltliche Prioritäten im Wahlkampf. Allerdings sind das auch Khans Steckenpferde.

Ist Zac Jude? Haben die Londoner etwa „nur“ die Wahl zwischen einem Juden und einem Moslem als Bürgermeister für ihre Stadt? Schaut man in die Kommentarspalten unter Artikeln zum Wahlkampf in englischen Tageszeitungen, taucht diese Frage, meist begleitet von Stereotypen und kaum versteckten Ressentiments, immer wieder auf. Die Antwort ist nein. Zacs Familie hat einen jüdischen Hintergrund, Zac selber ist nicht jüdisch, weder von Geburt noch von der religiösen Praxis her. Diese Tatsache schützt ihn aber nicht vor antisemitischen Anschuldigungen, wie Goldsmith gegenüber der Presse erklärte: „Ich wurde von meinem Vater im Sinne einer starken Identifikation mit dem Judentum erzogen. Aber die Wahrheit ist, dass ich bis auf meinen Namen, der ein sehr jüdischer Name ist, nicht sagen kann, dass ich in irgendeiner Form jüdisch bin.“ Viel-

leicht stören sich Goldsmiths Kritiker aber auch einfach an seinem positiven Bild von Israel. „Ich bin immer ein Unterstützer Israels gewesen – kein unkritischer Unterstützer – aber ein Freund Israels“, wie Goldsmith dem Londoner Magazin „Jewish News“ sagte. Den jüdischen Staat sieht er als „helles Licht“ in einer dunklen Region.

Corbyn-Fanboy mit moderaten Tönen

Der neue Bürgermeister Londons wird ein gläubiger Moslem und heißt Sadiq Khan. Das ist zumindest der Wunsch der Sozialdemokraten. Überraschend hatte sich der 45-Jährige gegen seine internen Mitbewerber für die Kandidatur durchgesetzt. Lag das etwa an Khans Einsatz für die neue Spitze Jeremy Corbyn? Viele Beobachter führen Khans Nominierung auf eben dieses Engagement für den Linkspolitiker und dessen neuen Parteikurs zurück. Khan, seit 2005 Parlamentsabgeordneter für den Stadtteil Tooting im Süden Londons, bestreitet, dass es da einen Zusammenhang gibt. Er sei ein fleißiger Parlamentarier und personifiziere einen echten Vertreter der Arbeiterklasse: Als Sohn von acht Kindern eines pakistanischen Einwanderers, der seine Familie mit dem Gehalt eines Busfahrers durchbrachte, entstammt er einfachen Verhältnissen. In einem sozial benachteiligten Bezirk aufgewachsen, hat er sich durchgeboxt und an der städtischen Universität sein Examen als Rechtsanwalt geschafft. Khan weiß – im Gegensatz zu Goldsmith – wo dem kleinen Mann der Schuh drückt. Darauf zielt zumindest seine Wahlkampagne ab. Khan weiß aber auch, dass er sich von dem linken Image Corbyns neuer Labourparty distanzieren muss, will er nicht nur in den Umfragen vorne liegen, sondern auch tatsächlich Bürgermeister werden. Dass Corbyn aufgrund seiner anti-israelischen Einstellung und seinen Kontakten zu Antisemiten und Islamisten insbesondere für jüdische Wähler – traditionell eine sichere Wählergruppe von Labour – ein absolutes No-Go ist, hat Khan verstanden. Gegenüber dem Massenblatt „Mail on Sunday“ erklärte Khan, dass er die Sorgen britischer Juden ernst nehme und dass seine Partei von dem „inakzeptablen anti-jüdischen Image“ wegkommen müsse. Er versprach, dass Außenpolitik in seinem Wahlkampf keine Rolle spiele und dass er ein Bürgermeister für alle Londoner werden wolle.

Gegenüber einer Reporterin der israelischen „Times of Israel“ erklärte der Sozialdemokrat im letzten Jahr: „Ich verstehe es, dass viele Juden bei der letzten Parlamentswahl das Gefühl hatten, sie könnten Labour einfach nicht wählen. Im Jahr 2015 jüdischer Londoner zu sein, ist eine echte Herausforderung. Es ist auch ein Skandal, dass Schulen und religiöse Einrichtungen den Schutz benötigen, den sie aktuell haben und die (jüdische) Gemeinschaft nur so vor Antisemitismus geschützt werden kann.“

Ob Khans Kritik an den anti-israelischen und antisemitischen Tendenzen in seiner Partei ehrlich gemeint ist, oder doch nur wahltaktisches Kalkül bleibt, müssen die Londoner entscheiden. In einer Demokratie bestimmt schließlich immer noch der Wähler. Nicht der beste Kurs des Bookies.



GÜNSTIGER NACH TEL AVIV FLIEGEN

Pegasus erleichtert Ihnen die Reise:

- ★ 8 kg freies Handgepäck
- ★ Koscherem Bordessen auf Vorbestellung
- ★ Schnelle, komfortable Verbindungen zu über 100 Flugzielen in ganz Europa, der Kaukasus, Russland, dem Nahen Osten, Nordafrika und Zentralasien
- ★ Fliegen Sie mit uns günstiger von Berlin-Schönefeld, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, München, Nürnberg und Stuttgart

flypgs.com | **PEGASUS**
für unsere günstigsten Preise AIRLINES

TEL AVIV

SCHON AB

119.99
€*



* Inklusive Steuern

Trumps Zuspruch unter den jüdischen Wählern

Warum ein Präsident Trump auch für jüdische Wähler nicht unattraktiv ist

Von Uriel Heilman

Wenn Geld mehr als je zuvor zum korrumpierenden Einfluss in der Politik und im Weißen Haus wird, dann sollte das Weiße Haus von jemandem bezogen werden, der nicht vom Geld der Lobbyisten abhängig ist. Politiker haben ein echtes Problem mit Ehrlichkeit. Das Land braucht also jemanden, der keine Angst hat, die Wahrheit zu sagen, selbst wenn diese nicht politisch korrekt sein sollte.

Wenn Sie für Donald Trump stimmen wollen, dann haben Sie sich wahrscheinlich einige dieser Punkte zu eigen gemacht.

Trumps Wahlerfolge mögen einigen amerikanischen Juden sehr befremdlich vorkommen – die große Mehrheit von ihnen wählt verlässlich Demokraten – und alarmierend für diejenigen sein, die über seine späte Distanzierung von dem Rassisten David Duke, die Einschüchterungen auf Trumps Wahlkampfveranstaltungen und seinen ganz speziellen Positionen (oder dem Mangel an Positionen zu manchen Themen) verstört sind.

Aber Trumps jüdische Unterstützer sehen den Kandidaten als erfrischend ehrlich, furchtlos darin politische Dogmen (selbst konservative) in Frage zu stellen und als erfolgreichen Geschäftsmann – ihrer Meinung nach also hat er alle Eigenschaften und Erfahrungen, die ein Präsident braucht.

Sie glauben außerdem, dass er gut für Israel sein wird, nicht zuletzt, weil sie ihn für einen guten Verhandler halten, der klug genug ist, nicht öffentlich Stellung in dem israelisch-palästinensischen Konflikt zu beziehen.

Gedaliah Shaps, 49, Unternehmer und nach eigener Beschreibung modern-orthodoxer Jude aus Long Island bei New York: „Ich glaube, dass ihm Israel wirklich am Herzen liegt. Er sagt, dass Israel ihn lieben werde, und ich glaube, er hat Recht damit.“

Wie vielen anderen jüdischen Unterstützern Trumps, ist Shaps positiv aufgefallen, dass Trumps Tochter Ivanka orthodoxe Jüdin ist (sie konvertierte bevor sie ihren Ehemann Jared Kushner heiratete).

Während Trumps Gegner ihn als Demagogen und vulgären Dampfplauderer sehen, der das Land in die Katastrophe führen würde, sehen seine Befürworter seine mangelnde politische Erfahrung sogar als Plus und als Zeichen dafür an, dass während seiner Präsidentschaft Pragmatismus über Ideologie gehen würde. Sie sind gerne bereit ihm einen Vertrauensvorschuss zu geben.

„Ich glaube, er ist ehrlich. Offensichtlich hat er viel Erfahrung als Geschäftsmann“, sagt Marc Rauch, 64, Filmproduzent aus Los Angeles, der ursprünglich aus Brooklyn stammt. „Er ist kein Politiker. Er hat nicht 20 Jahre auf dieses Amt hingearbeitet. Was wir brauchen, sind echte Anführer, keine Berufspolitiker.“

Für viele jüdische Trump-Unterstützer, wie auch für viele andere Amerikaner, ist es das Wichtigste, dass Trump die besten Chancen hat, Hillary Clinton bei den Wahlen im November 2016 zu besiegen.

„Mir geht es mehr darum, wen ich nicht mag, als darum, wen ich mag“, sagt Lawrence Stern, 69, Anwalt aus Los Angeles.

„Ich war mein ganzes Leben lang Demokrat. Dennoch – bei den letzten paar



Donald Trump berührt den Bauch seiner schwangeren Tochter Ivanka.

Bundeswahlen habe ich gesehen, wie sich die Demokratische Partei immer weiter von ihren eigenen Grundwerten wegbeugt, hin zu solchen Werten, die sowohl

piierenden Faktor Geld in der Politik und vertrauen den Politikern im Allgemeinen nicht mehr. Dieses allgemeine Misstrauen der etablierten Politiker-Kaste gegen

„Wie vielen anderen jüdischen Unterstützern Trumps, ist Shaps positiv aufgefallen, dass Trumps Tochter Ivanka orthodoxe Jüdin ist (sie konvertierte bevor sie ihren Ehemann Jared Kushner heiratete).“

antisemitisch als auch anti-israelisch sind.“

Stern sagt, dass er gegen Clinton stimme, weil sie das Iran-Atomabkommen unterstützt hat, und wegen ihrer infamen Umarmung von Jassir Arafats Ehefrau 1999, und den Spenden, die die Clinton-

über erklärt die beiden größten Überraschungen des Wahlkampfes 2016: Der Aufstieg von Senator Bernie Sanders auf der „linken“ und der von Trump auf der „rechten“ Seite. In beiden Kandidaten sehen die jeweiligen Fans die Hoffnung auf einen großen politischen Wandel.

„Er ist nicht ohne Fehler“, sagt Sheldon Wolf, 53, Chef einer Software-Firma aus Tampa in Florida, über Trump. „Aber ich sehe auch, was er vorweisen kann. Die Leute sind so unzufrieden mit unserem Nichtsteuer-Kongress. Wenn da ein Typ kommt, der diese Streithähne zur konstruktiven Zusammenarbeit zusammenbringen kann, dann ist es Trump. Bestimmt nicht Bernie Sanders oder Ted Cruz.“

Befragt zur späten Distanzierung von Duke, oder zu seinen Bemerkungen auf der „Republikanischen Jüdischen Konferenz“ in Washington im Herbst 2015, als Trump die alten Stereotypen von Juden und Geld zu bedienen schien, sagen seine jüdischen Unterstützer, dass sie nicht glauben, dass er bigott oder ein Rassist sei. Viele betonen seine langjährige

Unterstützung für Israel und seine Teilnahme 2004 an der Israel-Parade in New York als „Grand Marshal“.

„Einige seiner Verhaltensweisen werden Fragen auf, aber ich bin bereit dieses Risiko einzugehen, weil ich die anderen

Republikaner schrecklich finde“, sagt Dr. Ben Enav, 44, Arzt aus dem Washingtoner Speckgürtel von Nord-Virginia. „Er sagt definitiv Dinge, mit denen ich nicht einverstanden bin, vor allem, wenn es um Rasse oder Geschlecht geht“, sagt Enav. „Vieles von dem, was er sagt, ist einfach Show. Er sagt, was viele Leute denken.“

Es gibt einige Widersprüche in dem, was seine jüdischen Anhänger an Trump schätzen. Sie sehen seine ungehobelte Person als authentisch an, glauben aber, dass er sich als Präsident ganz anders verhalten wird. Sie bewundern seinen geschäftlichen Erfolg, aber reden seine unternehmerischen Fehler und Misserfolge klein. Sie zollen seinem großen Ego Anerkennung, sagen aber, dass Trump weiß, dass Präsident-sein eher bedeutet, die richtigen Berater um sich zu sammeln als dass es sich nur um die einzelne Person des Präsidenten dreht. Kurz gesagt, sie projizieren die positiven Dinge, die sie sich von einem Präsidenten wünschen, auf Trump und spielen die negativen Zeichen herunter, die seine Gegner so alarmierend finden.

„Die Leute sagen, er sei so oft gescheitert – nun, aus Fehlern lernt man. Du wirst keinen Erfolg haben ohne oft gescheitert zu sein“, sagt Lisa, 32-jährige jüdische Wählerin aus Los Angeles, die darum bat, dass ihr Nachname nicht veröffentlicht werde.

„Ich denke, dass er viele seiner umstrittenen Aussagen macht, weil nur so eine politische Kontroverse entstehen kann. Ich denke nicht, dass er als Präsident so handeln würde wie wir ihn aus dem Fernsehen kennen.“

Viele jüdische Trump-Fans sehen ihn als relativ moderaten und eher vernunft- als ideologie-geleiteten Mann.

„Verglichen zu anderen Republikanern ist er in manchen Punkten der liberalste von allen“, sagt Orna Enav, 45, Einwandererin aus Israel und Ehefrau von Ben Enav.

„Zu sozialen Themen wie homosexueller Ehe und Abtreibung – über die er aber nicht öffentlich spricht – ist er vermutlich liberaler als irgendjemand sonst. – Ich kann verstehen, warum ihn einige in der Republikanischen Partei nicht wollen.“



Stiftung von arabischen Geldgebern angenommen hat.

Viele der politischen Gefühle, die Juden antreiben für Trump zu stimmen, finden sich auch unter den nicht-jüdischen Amerikanern. Sie beklagen den korrump-

Die Einschränkung der Freiheit hat mit dem Islam zu tun

Linke Medien schlagen zwei Fliegen mit einer Klappe

Von Anabel Schunke

Die Anschläge von Brüssel sind kaum 24 Stunden her, da wird in Teilen der deutschen Medien schon wieder eine Anleitung dafür herausgegeben, wie man damit umzugehen hätte. Man kennt sie ja, die obligatorischen „Das-hat-nichts-mit-dem-Islam-zu-tun“-Artikel. Vor allem eher linke Medien schlagen mit derlei Artikeln stets zwei Fliegen mit einer Klappe.

Zum einen kann man sich einer notwendigen Islam-Kritik und allen Überlegungen hierzu, die letztlich auch die Flüchtlingspolitik betreffen würden, entziehen, indem man einfach beschließt, dass das nichts mit dem Islam zu tun hat. Zum anderen eröffnet dies zugleich die Möglichkeit, sich ausgiebig den anderen Ursachen von Terrorismus zu widmen und in diesem Zusammenhang zur innig geliebten Kapitalismuskritik zu greifen.

Die „Frankfurter Rundschau“ spricht sich jedenfalls 24 Stunden nach den Anschlägen bereits „gegen hysterische und überzogene Reaktionen“ aus. Ein bisschen implizite Verschwörungstheorie darf es hierbei neben der generellen Kapitalismuskritik auch gerne sein. Man dürfe die Freiheit nicht zugunsten der Sicherheit einschränken. Diese Auffassung teile ich. So wie sie in manchen Artikeln jedoch vorgetragen ist, impliziert diese Aussage, die Anschläge würden irgendjemandem (den Regierungen) in die Hände spielen, da sie die Legitimation zu noch mehr Überwachung geben würden. Die eigentliche Frage, die sich mir statt dem verschwörungs-obligatorischen „cui bono?“ allerdings stellt, ist diese, wie viel Freiheit wir auch ohne Ausbau von Überwachung und Kontrollen derzeit überhaupt noch haben. Trifft Benjamin Franklins Aussage, dass der, der die Freiheit für die Sicherheit opfert, am Ende beides verlieren wird, in diesen Zeiten immer noch zu?

Freiheit und Sicherheit: quo vadis?

Um diese Frage zu beantworten, muss man sich erstmal fragen, an welchem Punkt wir mittlerweile stehen. Es herrscht eine generelle Angst vor Terroranschlägen. Nach Paris oder Brüssel wäre ich auch vor den gestrigen Anschlägen nur noch mit mulmigem Gefühl gefahren. Auch in deutschen Großstädten wie Berlin, Frankfurt und München fühle ich mich derzeit nicht mehr wirklich wohl. Natürlich ist es nicht so, dass ich dort 24 Stunden lang Angst habe, aber das mulmige Gefühl wird allmählich zum stillen unterschwelligen Begleiter an jedem großen öffentlichen Platz. Als im letzten Jahr die Anschläge von Paris passierten, war ich gerade selber auf einem Konzert. Drei Wochen später erneut. Richtig frei und unbeschwert habe ich mich nicht gefühlt. Im März 2015 war ich ebenfalls auf einem Konzert in Berlin. Da war das Gefühl noch ein vollkommen anderes. Da habe ich über all das nicht nachgedacht.

In diesem Moment muss ich feststellen, dass mir das Gefühl von mehr Sicherheit, von mehr Überwachung, mehr Kontrollen sehr wohl ein Stück dieses Freiheitsgefühls zurückgeben könnte. Dass sich Freiheit und Sicherheit an diesem Punkt nicht als zwei Determinanten erweisen, bei der die Ausbau der einen automatisch zur Ein-



Das soll nichts mit dem Islam zu tun haben? Brüssel am 22. März.

schränkung der anderen führt. An diesem Punkt der Bedrohung, an dem die Freiheit schon so empfindlich eingeschränkt ist, würde die Sicherheit mir ein Stück dieser Freiheit wiedergeben.

Freilich ist das Maß hierbei entscheidend. In Sachen der Sicherheit ist vor allem Präzision statt Generalüberwachung der gesamten Bevölkerung gefragt. Ein Anfang wäre an dieser Stelle

schränkung der Freiheit führen. Im Gegenteil werden diese Maßnahmen erst wieder für mehr Freiheit auch im Kopf der Menschen sorgen.

Die Freiheit der Gegner der Freiheit beschränken

Hierzu gehört jedoch auch, dass wir die Gegner unserer Freiheit in ihrer Freiheit einschränken. Die Toleranz muss da en-

„Darüberhinaus beschwert sich keine andere Einwanderergruppe über eine etwaige Ausländerfeindlichkeit der Deutschen. Kein Japaner, kein Vietnameser, Grieche etc. fühlt sich hier unfair behandelt und in seinen Möglichkeiten beschnitten, sodass er auf die Idee kommt, sich dem radikalen Islam anzuschließen und anderen Menschen nach dem Leben zu trachten.“

eine konsequentere Überwachung der salafistischen bzw. radikal-islamistischen Szene hierzulande. Es reicht nicht, nur die bereits bekannten Gefährder zu überwachen, während man in den sozialen Netzwerken jeden Islamkritiker stärker verfolgt und zensiert als jeden radikalen Salafisten oder jede hetzerische islamistische Seite, die sich offen verfassungsfeindlich und intolerant gegenüber unseren Werten gibt. Die Menschen spüren, wie machtlos wir uns immer noch gegenüber jenen Verhalten, die gar keinen Hehl daraus machen, dass sie unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung ablehnen. Die Menschen spüren, dass wir auch in Sachen Asylpolitik hierzulande nichts im Griff haben, wenn fast 500.000 Menschen unregistriert durchs Land streifen. Hier muss dringend angesetzt werden und dies wird mitnichten zu einer generellen Ein-

den, wo sie nicht erwidert wird und wo man sie missbraucht, um die Freiheit anderer einzuschränken. Hierfür ist es wichtig, dass wir endlich aufhören, nach Anschlägen Artikel zu verfassen oder Leute in Talkshows darüber schwadronieren zu lassen, dass die Attentäter letztlich eigentlich Opfer dieses kalten, erbarmungslosen Systems seien. Wir müssen aufhören, uns die Schuld für ihr Scheitern zu geben. Statt sich zu fragen, was unsere Gesellschaft noch in Sachen Integration verbessern kann, muss man sich endlich fragen, ob manche Menschen überhaupt jemals zu integrieren waren. Ob diese Kultur der Integration nicht schon naturgemäß Grenzen setzt, die mit noch so viel Bemühungen von Außen nicht zu überwinden sind. Es ist die Absage an eine Illusion, die uns seit Jahrzehnten fest im Griff hat und die nötig wäre, um aus diesem ewig gleichen Kreislauf auszubrechen.

Ich habe es satt, als Bürger von irgendwelchen Kollegen und „Islam-Experten“ eine indirekte Schuld am Versagen dieser Menschen auferlegt zu bekommen. Ich will nicht mehr für die Verbrechen irgendwelcher Islamisten mit haftbar gemacht werden. Jedenfalls wäre mir nicht bekannt, dass ich auch nur einen von ihnen davon abgehalten hätte, sich zu integrieren, gut in der Schule zu sein und einem Beruf nachzugehen. Darüberhinaus beschwert sich keine andere Einwanderergruppe über eine etwaige Ausländerfeindlichkeit der Deutschen. Kein Japaner, kein Vietnameser, Grieche etc. fühlt sich hier unfair behandelt und in seinen Möglichkeiten beschnitten, sodass er auf die Idee kommt, sich dem radikalen Islam anzuschließen und anderen Menschen nach dem Leben zu trachten. Kein einziger. Broder hat dieses Phänomen treffend in seinem Kommentar zu Blüm und Idomeni beschrieben. Es herrscht in dieser Kultur ein grundlegendes Problem mit der Selbstverantwortung. Und wir haben den Fehler begangen, diese Verantwortungsverlagerung anzunehmen. Damit muss Schluss sein, wenn ein effektives, entschiedenes Handeln gegen die Gegner unserer Verfassung möglich sein soll.

Jede dieser Bemühungen, die Schuld auf andere als die Täter zu verlagern, stellt meines Erachtens eine Verhöhnung der Opfer dar und sorgt dafür, dass wir uns weiterhin fröhlich im Kreis drehen, wenn es um die Bekämpfung von Terrorismus geht. Ich will sie nicht mehr lesen und ich will sie nicht mehr hören. Die Erklärungen für das, was nicht zu erklären und schon gar nicht zu entschuldigen ist.

Was wir an dieser Stelle brauchen, sind nicht noch mehr Integrationsprojekte und Terrorismusprävention. Kein Land der Welt ist aktiver in diesem Bereich als Deutschland. Was wir jetzt brauchen, ist ein starker Staat, der entschieden gegen seine Feinde vorgeht und wieder für mehr Sicherheit und Freiheit innerhalb der Bevölkerung sorgt.

(Mit freundlicher Genehmigung von Roland Tichy)

Brüssel: Terror-Oase im Herzen Europas

Der Antisemit und Islamisten-Freund Philippe Moureaux war 20 Jahre lang Bürgermeister in Molenbeek – die Geschichte einer Bankrott-Erklärung

Von Stefan Frank

„Wir sollten nicht Rakka, sondern Molenbeek bombardieren“, fordert ein französischer Publizist. Aus dem mehrheitlich moslemischen Brüsseler Viertel stammen die Drahtzieher der jüngsten Terrorwelle. Nirgendwo in Europa ist die Konzentration dschihadistischer Terroristen größer. Doch kaum jemand außerhalb Belgiens redet über den langjährigen antisemitischen Bürgermeister, der für diese Entwicklung verantwortlich ist – ein Bündnis mit dem radikalen Islam sicherte ihm die Macht.

Der Brüsseler Stadtteil Molenbeek gilt als Europas „Terroristenfabrik“. Von dort kamen mindestens drei der Drahtzieher der Terroranschläge vom 13. November: Ibrahim Abdeslam, Abdelhamid Abaoud und Salah Abdeslam. Und da hört die Liste noch lange nicht auf. Die Wiener Tageszeitung „Die Presse“ schreibt:

„Zum ersten Mal kam Molenbeek bereits im Jahr 2001 in die Schlagzeilen: Abdessatar Dahmane, der Mörder des afghanischen Kriegshelden und Schrecken der Taliban, Ahmed Schah Massoud, war ebenso ein Stammgast des für seine radikalen Positionen bekannten Islamischen Zentrums in der Rue du Manchester Nr. 18 wie Hassan El Haski, der mutmaßliche Drahtzieher der Anschläge von Casablanca (2003, 41 Tote) und Madrid (2004, 200 Opfer). Aus Molenbeek stammten die Waffen, die im Jänner 2015 beim Anschlag auf die französische Satirezeitschrift ‚Charlie Hebdo‘ zum Einsatz kamen. Hier wohnte der französische Dschihadist Mehdi Nemouche, der im Vorjahr im jüdischen Museum in Brüssel ein Blutbad anrichtete. Von hier aus brach im August 2015 Ayoub El Khazzani zum versuchten Anschlag auf den Schnellzug Amsterdam-Paris auf.“

Auch die beiden Dschihadisten, die die belgische Polizei im Januar in Verviers tötete, stammten aus Molenbeek. Der Terrorist Amedy Coulibaly, der den koscheren Pariser Supermarkt „Hyper Cacher“ überfiel, hatte sich einige Zeit in Molenbeek aufgehalten.

Die Mehrheit der in jüngster Zeit in Europa in Erscheinung getretenen Terroristen stammt aus einem einzigen, sechs Quadratkilometer großen Viertel – eine verblüffende Konzentration. Belgien ist, im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl, der größte europäische Exporteur von Kämpfern des Islamischen Staates in Syrien und dem Irak. Die meisten davon – mindestens 48 – kommen wiederum aus Molenbeek. Der französische Journalist Eric Zemmour sagt: „Frankreich müsste Molenbeek bombardieren, nicht Rakka.“

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Molenbeeks ist moslemisch, ein Viertel stammt – wie die Attentäter – aus Marokko. „Wissen Sie, hier in Molenbeek gibt es mehr verschleierte Frauen als in Casablanca“, sagt einer der Bewohner dem Reporter des französischen Nachrichtenportals „Atlantico“. Dieser schreibt, das sei „sicherlich eine Übertreibung“, muss allerdings selbst zugeben: „Wenn man sich in den Straßen dieses Außenbezirks von Brüssel mit seinen knapp 96.000 Einwohnern bewegt, beschleicht einen ein bizarrer Eindruck. Nicht nur, weil man glaubt, nicht im Königreich Belgien zu sein, sondern auch, weil eine drückende Atmosphäre herrscht.“

Auswärtige Reporter entdecken Molenbeek erst jetzt. Diejenigen, die dort leben müssen, klagen schon lange über die dortigen Zustände. Der folgende Abschnitt stammt aus einer Reportage des belgischen Wochenmagazins „Le Vif L'Express“ von 2011:

„Einsturzgefährdete Gebäude, Straßenecken, die zu Mülldeponien umfunktioniert sind, ein abgestelltes Auto rostet auf einem Parkplatz vor sich hin: Hier täte Stadterneuerung not. ‚Dies ist ein Ganovenviertel. Hier wird man wegen fünf Euro zusammengeschlagen‘, sagt Karim. Der Händler ist nicht glücklich. Er erzählt, wie er kürzlich mit dem Messer in der Hand einen Teenager verfolgt hat, der ‚Kippen geklaut‘ habe. Die Szene ereignete sich nur wenige Schritte von der U-Bahn-Station Ribaucourt entfernt. ‚In mein Haus wurde innerhalb eines Jahres zweimal eingebrochen‘, sagt ein Zeuge. ‚Wenn ich jetzt zum Supermarkt an der Ecke gehe, schließe ich zweimal ab und schalte den Alarm ein.“

Zeugnisse einer Stadt in Angst. Die Verantwortung dafür trägt Philippe Moureaux, Mitglied der Parti Socialiste und von 1992 bis 2012 Bürgermeister von Molenbeek. Mit den Klagen seiner Bürger konfrontiert, bestritt er stets die unhaltbaren Zustände in seiner Stadt: „Es macht mich wütend, wenn Leute winzige Punkte rausgreifen und darüber nach Kräften lügen“, sagte er in der zitierten Reportage. Molenbeek sei „nicht die Bronx“; die Probleme mit der Kriminalität betreffen nur wenige Straßenzüge, so Moureaux. Dann



Philippe Moureaux gestikuliert auf der Brüsseler Buchmesse im Februar 2016 hinter seinem Buch „Die Wahrheit über Molenbeek“.

außerhalb des Ramadan schikaniert. 2008 berichtete das flämische Magazin „Dag Allemaal“ darüber, wie „Jugendliche“ in den Straßen Molenbeeks rufen: „Die Juden sind unsere schlimmsten Feinde“. Entlang der Rue du Prado und der Chaussée de Gand in Molenbeek hatte es früher viele

„Die Mehrheit der in jüngster Zeit in Europa in Erscheinung getretenen Terroristen stammt aus einem einzigen, sechs Quadrat-kilometer großen Viertel!“

verriet er, wes Geistes Kind er ist: „Molenbeek ist ein Symbol, das bestimmte Leute kaputt machen wollen. Doch nur über meine Leiche.“ Bestimmte Leute? Glaubte der Bürgermeister ernsthaft an eine Verschwörung gegen sein Elendsviertel? Man muss nicht lange suchen, um festzustellen, dass Moureaux – auf dessen Initiative Belgien 1981 ein „Anti-Rassismus-Gesetz“ verabschiedet hat – ein Antisemit ist, wie er selbst in Belgien selten ist.

Gleichzeitig hat er die Gewalt junger Muslime beschönigt und unterstützt – auch die gegen Juden.

Während des Ramadan 2009 gab es in Molenbeek schwere Ausschreitungen. Moslemische Jugendliche errichteten Barrikaden aus brennenden Autoreifen, zündeten Autos an, warfen Steine auf Feuerwehreute, die zum Löschen kamen, und plünderten, mit Steinen und Brechstangen ausgestattet, die Geschäfte. Unbestätigten Berichten zufolge hatte die Polizei die Anweisung erhalten: „Reizt sie nicht, durchsucht sie nicht, interveniert nicht, selbst wenn sich Dutzende von ihnen zusammenschließen, spricht keine Verwarnungen wegen Belästigung aus, nicht einmal, wenn sie Steine auf euch werfen.“ (Berichte, der durch ähnliche aus Deutschland bekanntgewordene Anweisungen an die Polizei heute noch glaubhafter erscheinen.)

Jüdische Ladenbesitzer wurden auch

„drogué du pouvoir“ sei, waren seine eigenen Worte. Das Blatt beschrieb ihn als einen „hochfliegenden Intellektuellen, Universitätsprofessor und brillanten Minister, der in dem schönen Viertel Uccle (!) residiert“. Doch zurück zu Moureaux' Juden: „Mit 20“, sagte er, sei er Marxist gewesen und habe niemandem ein Recht auf Abweichung zugestanden; doch er habe sich „weiterentwickelt“. „Was mich umgestimmt hat, das waren genau die Gespräche mit Vertretern der jüdischen Gemeinde. Es macht mich heute traurig zu sehen, wie sie den Muslimen das Recht auf Abweichung verweigern.“

Kein Recht auf Abweichung räumte Moureaux den Bürgern während des Ramadan ein. In einer Pressemitteilung mit dem Titel „Ramadan-Regelung für alle“, rief Moureaux die Bürger im August 2011 dazu auf, während des Monats Ramadan ab dem Nachmittag nicht mehr mit dem Auto ins Zentrum von Molenbeek zu fahren, da dann Moslems ihre Einkäufe erledigten.

Im Januar 2015, nach dem Massaker in der Redaktion von „Charlie Hebdo“ und dem Mord an vier Juden im HyperCacher-Markt, gab der nunmehr pensionierte Bürgermeister ein Interview auf Maghreb TV, einem über das Internet übertragenen Fernsehsender, der sich an ein aus Nordafrika stammendes Publikum in Belgien richtet. Nachdem er, wie viele andere, dazu aufgerufen hatte, nicht alle Muslime für die Taten einiger Terroristen verantwortlich zu machen, wurde es wild:

„Einige haben ein Interesse daran, uns zu spalten. ... Diese Leute findet man leider vielerorts. Es gibt eine Ansteckung der Probleme im Mittleren Osten, im Nahen Osten, des israelisch-palästinensischen Problems, welches dazu führt, dass einige ein Interesse daran haben, die hiesigen Streitigkeiten anzufachen, wie eine Art von Reflex auf das, was dort passiert. ... Man wird sagen, das komme von beiden Seiten. Aber es ist offensichtlich, dass hier im Westen vor allem versucht wird, Hass auf Araber zu schüren, um die Politik des Staates Israel zu rechtfertigen, eine Politik, die mir inakzeptabel erscheint.“

Israel ist schuld daran, wenn Belgiens – und vor allem Molenbeeks – Araber einen schlechten Ruf haben? Diese Art von antisemitischem Ressentiment ist leider nicht nur für Moureaux typisch.

Der Jurist Etienne Dujardin schrieb dieser Tage auf dem Nachrichtenportal Levif.be, die Zustände in islamischen Terrorvierteln wie Molenbeek, Verviers oder Saint Denis hätten auch etwas mit gezielten Bestrebungen einiger Politiker zu tun, die in den radikalen islamischen Zirkeln willkommene Wahlkampfhelfer fänden:

„Die Parteien haben eine auf Wahlen ausgerichtete Klientelwirtschaft betrieben, sie alle haben dieselben radikalen Moscheen als Sprachrohr ihres Wahlkampfes benutzt. Manche betrachteten sie als ein großes Reservoir leicht verfügbarer Wählerstimmen.“

Und so kam es, dass Bürgermeister Moureaux die Verwandlung Molenbeeks in eine Bastion des Dschihad als etwas wahrnahm, aus dem er persönlichen Profit ziehen konnte. Da er selbst in einem Viertel der Reichen wohnt, konnte er mit großer Überheblichkeit Bürger abkanzeln, die sich über die ausufernde Kriminalität beschwerten. Die Wahlen gewann er, indem er sich den radikalen Islam gewogen machte. Wieder einmal wird die Regel bestätigt: Wenn jemand gegen Israel hetzt, ist dies immer auch ein Symptom für andere schwerwiegende Charakterfehler einer Person.

Toleranz beginnt im Klassenzimmer

In Ungarn lebt die viertgrößte jüdische Gemeinschaft Europas

Von Gil Boesch

Die Budapester Organisation „Haver“ möchte durch Aufklärung Toleranz gegenüber Juden schaffen. Seit über zehn Jahren besucht sie dazu regelmäßig Bildungsinstitutionen, um jugendlichen Werte der jüdischen Kultur zu vermitteln.

„Was assoziiert ihr mit dem Judentum?“ Die Antworten auf diese Frage reichen von Geld über Gaskammer bis Thora. Es ist die Eröffnung zur Unterrichtseinheit von „Haver“. Schätzungsweise 100.000 Juden leben heute in Ungarn, sie sind die viertgrößte jüdische Gemeinde Europas. In Budapest erinnern die eisernen Schuhe am Ufer der Donau an den Holocaust. Die Deportation von 600.000 ungarischen Juden während des Zweiten Weltkrieges ist ein dunkles Kapitel der Vergangenheit. Antisemitismus ist aber auch in der Gegenwart noch ein spürbares Phänomen in Ungarn. Spätestens seit dem Einzug der rechtsextremen Jobbik-Partei ins Parlament hört man auch im öffentlichen Diskurs vermehrt rassistische Parolen.

„Haver“, was auf Hebräisch sowie auf Ungarisch „Freund“ heißt, will den Dialog zwischen Juden und Nichtjuden fördern. Die Non-Profit-Organisation, die 2002 als kleines Projekt entstand, wächst stetig. Finanziert wird der Verband durch Spenden. Die Vereinigung spricht jährlich mit über 1.500 Schülern und Studenten. Ihre Mission führt sie in alle Teile des Landes, größtenteils besuchen sie jedoch Schulen in Budapest. Die Hauptstadt ist das Zuhause für die größte jüdische Gemeinde Ungarns. In Zukunft will die Organisation vermehrt in abgelegene Dörfer fahren, in denen die jüdische Population geringer ist. Die Großzahl der Lehrer wird durch das Internet oder Kollegen auf das Programm aufmerksam. Die Dienstleistung ist für Bildungsinstitutionen gratis, die Mitwirkenden arbeiten ehrenamtlich. Sie besuchen Universitäten und Gymnasien. In ihrem Programm soll ein Umfeld geschaffen werden, in dem es keine Tabus gibt, indem auch die unschönen Dinge zur Sprache kommen und keine politische Korrektheit, sondern ein authentischer Meinungsaustausch herrscht.

Alternative Unterrichtsmethoden
„Die größte Herausforderung besteht darin, das Interesse der Jugendlichen zu wecken und ihnen die Wichtigkeit der Thematik zu vermitteln. Das ist nicht immer einfach. Wir waren schon in Klassen, wo niemand zugehört hat, wo wir gegen eine Wand sprachen. Wir müssen die Schüler aus ihrer Passivität locken. Bei uns gibt es keinen Frontalunterricht – die Schüler sitzen im Kreis. Es ist eine ungewohnte Situation, denn sie müssen sich aktiv an unserem Unterricht beteiligen“, erklärt Júlia Dés, Geschäftsführerin bei „Haver“.

„Zudem besuchen wir die meisten Gruppen nur ein einziges Mal – in kurzer Zeit müssen wir so möglichst viel vermitteln. Viel lieber würden wir Kurse über eine längere Dauer geben.“ Die Vorkenntnisse der Schüler variieren stark. Nicht nur von Gegend zu Gegend, sondern von Klasse zu Klasse und von Schüler zu Schüler. Einzelne



Ein Mädchen in Budapest bei einer Holocaust-Gedenkveranstaltung

überraschen mit ausgeprägtem Wissen, andere haben noch nie von Israel gehört. Der Wissensstand lässt sich

dementum wird separat keine Aufmerksamkeit geschenkt. Die Organisation agiert anders als der herkömmliche

„Eine blonde Jüdin, das war für die Schüler bisher unvorstellbar. Einige ungarische Schüler haben noch nie von Israel gehört.“

an keinem Kriterium festmachen. Jeder Besuch birgt somit eine neue Herausforderung, jeder Gruppe gebührt individuelle Aufmerksamkeit. Studien an Universitäten zeigen besorgniserregende Befunde: Ein Fünftel der Studenten haben judenfeindliche Vorurteile. Bei genauerer Untersuchung zeigt sich, dass die Einstellung meist auf Unwissen zurückzuführen ist. Je größer die Bildungslücken zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, desto eher wird eine rassistische Haltung vorgefunden. „Haver“ arbeitet genau deshalb mit jungen Menschen – denn der Holocaust wird im regulären Schulplan meist nur in einer kurzen Unterrichtseinheit behandelt, dem Ju-

Lehrplan: Lektionen zum Holocaust werden nur in Klassen gehalten, die sich bereits mit der jüdischen Identität auseinandergesetzt haben.

Zurück im Klassenzimmer

Was bedeutet es, eine jüdische Identität zu haben? Was ist Identität überhaupt? Die Schüler beginnen zu erzählen, was ihre Identität bildet. Manche bezeichnen sich als Sportler, andere als Ungarn oder Musiker. Das Judentum wird nicht nur als Glaubensgemeinschaft vorgestellt, sondern als eine kunterbunte Kulturgemeinschaft. Die „Haver“-Mitarbeiter erklären, dass „Jude zu sein“ für jeden Menschen etwas anderes bedeutet. Für einige zählt

die Gemeinschaft, für andere die Tradition für wieder andere der Zusammenhalt – die Religion steht aber nicht immer im Vordergrund. In der besuchten Klasse reagiert man mit Stauen: „Ich dachte immer, wenn man jüdisch ist, muss man religiös sein. Ich war auch verblüfft, als sie uns erzählt haben, dass die deportierten Juden zum Teil nicht gläubig waren.“ Weiterhin werden den Schülern Fotografien von Gesichtern präsentiert. Ein blauäugiges Mädchen, ein älterer Herr mit Bart, ein dunkelhäutiger Junge. Die Porträtierten könnten verschiedener nicht sein. „Was glaubt ihr, welche dieser Menschen sind Juden?“ Laut beginnt die Klasse zu diskutieren. „Auf meiner Fotografie ist bestimmt keine Jüdin“, verkündet jemand, „die hat ja rotes Haar.“ Ein anderer glaubt zu wissen: „Ich habe einen Juden, der hat sogar eine Kippa an!“ In Wahrheit sind aber alle abgebildeten Personen jüdischer Abstammung. Ein einfaches Beispiel veranschaulicht die heutige Diversität der jüdischen Diaspora, welche sich über die ganze Welt erstreckt.

Die besuchte Schule liegt in einem kleinen Dorf, anderthalb Stunden von Budapest entfernt. Das riesige Schulhaus ist der Mittelpunkt des Örtchens. Trotz der großen Schülerzahl gibt es hier kaum Juden. Die Wände zieren ungarische Flaggen und volkstümliche Objekte. Es wird gekichert – eine blonde Jüdin, das war für die Schüler bisher unvorstellbar. Es wird immer lauter, es wird gejauchzt und geplaudert, die Unruhe wird größer. Es braucht die Anstrengung des Lehrers und der „Haver“-Mitarbeiter, um die Schüler zu bändigen. Leise hört man eine Stimme: „Von wo kamen die Juden überhaupt? Sind sie quasi eine andere Menschenart?“ Es sind Fragen wie diese, die geklärt werden sollen. „Wichtig war uns von Anfang an, dass die Mitarbeiter, die Institutionen besuchen, selbst Juden sind“, meint Dés. Vielerorts kommen die Jugendlichen durch uns zum ersten Mal mit Juden in Kontakt. „Feiert ihr eigentlich auch Weihnachten? Wollt ihr eure Kinder jüdisch erziehen? Würdet ihr je diskriminiert, weil ihr Juden seid?“, mit solchen Erkundigungen können sich die Jugendlichen so direkt an Mitglieder der jüdischen Gesellschaft richten.

Das Judentum erhält ein Gesicht in Form von jungen Personen, die den Dialog an Schulen vorantreiben. Der größte Nährboden für judenfeindliche Parolen findet sich an Orten, an denen Schüler nie mit ihnen in Kontakt kamen, wo man nicht über genug Wissen zum Judentum verfügt, um antisemitischen Vorurteilen kritisch entgegen zu treten. Der fremde, mit Stereotypen beladene Jude, soll aus dem Gedächtnis der Schüler verschwinden. Am Ende der Lektion werden sie erneut befragt und siehe da: Es wurden neue Gedankenverbindungen geschaffen. Der sagemunwobene Jude wird immer mehr zu einer Person aus Fleisch und Blut. Eine Person der ungarischen Gesellschaft.

Mehr Informationen zu „Haver“ finden Sie unter www.haver.hu

(Mit freundlicher Genehmigung der „Budapester Zeitung“)

Eine schwere Partnerschaft

Die jüdischen Organisationen Russlands im Dilemma zwischen Zusammenarbeit und Opposition

Von Dmitri Stratiewski

Laut der letzten Volkszählung lebten 2010 in Russland etwa 158.000 Juden. Mark Kupoweckij, Leiter des Zentrums für jüdische Studien an der Russischen Humanitären Staatsuniversität, hält diese Zahl für untertrieben. Die jüdische Gemeinschaft Russlands sollte seiner Untersuchung zufolge etwa 200.000 Personen zählen. Auf jeden Fall hat sich die jüdische Diaspora in Russland in den letzten Jahrzehnten halbiert: 1989 lebten in der Russischen Sowjetrepublik noch 551.000 Juden.

Trotz der sinkenden Zahlen entwickelte sich in Russland ein buntes Netzwerk von jüdischen religiösen, kulturellen und wohltätigen Vereinen, inspiriert durch die Gorbatschow-Perestroika und Demokratisierung unter Jelzin. Diese Struktur bleibt bis heute im Wesentlichen erhalten. 2015 funktionierten landesweit über 60 jüdische Großvereine, darunter knapp zehn Dachverbände. Allein in Moskau gibt es gegenwärtig neun Synagogen, 14 Gemeinde- und Gebetshäuser sowie eine Jeschiwa, mehrere jüdische Schulen, Kindertagesstätten, Koscher-Geschäfte, Kulturzentren und andere Einrichtungen. Einflussreich sind vier russlandweite Dachvereinigungen: der Kongress jüdischer Religionsgemeinden Russlands KEROOR (100 Organisationen in 68 Städten), die Föderation jüdischer Gemeinden Russlands FEOR (in 178 Städten aktiv), die Föderale jüdische Kulturautonomie FENKA (Präsenz in 52 Regionen) und der Russische Jüdische Kongress REK. Der FENKA-Präsident Wladimir Sternfeld sagte Ende 2015, die jüdischen Organisationen Russlands seien „nicht immer miteinander solidarisch“. Was meinte er damit?

Der sowjetjüdische Diskurs bewegte sich in einem Dreieck: Verhältnis zum Staat Israel, Verhältnis zur Religion und Verhältnis zum eigenen Staat. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Auflösung des odösen „Jüdischen Antizionistischen Komitees“ war eine staatlich diktierte ablehnende Haltung gegenüber Israel vom Tisch. Heute fühlen sich beinahe alle jüdisch-russischen Funktionäre dem jüdischen Staat verbunden. Das Verhältnis zur Religion spielt in Russland nach wie vor eine Rolle. Das 70-jährige Sowjeterbe aber hat seine Spuren hinterlassen. Drei Generationen sowjetischer Juden wuchsen im atheistischen Umfeld auf. Das Jüdisch-Religiöse war de facto verboten (wie auch die christliche Religion unterdrückt wurde). Das Jüdische bedeutete eine Volks- und nicht Religionszugehörigkeit, und wurde durch einen entsprechenden obligatorischen Pass- und Fragebogenantrag definiert. Die jüdische Vereinswelt in Russland spiegelt diese historisch bedingte Situation wider.

Es werden zum Teil gewisse Doppelmodelle betrieben. Die FEOR betont auf ihrer Internetseite das Vorhandensein mehrerer Angebote für Nichtreligiöse im Kultur- und Bildungsbereich. Der REK bezeichnet sich selbst als säkular, pflegt jedoch Kontakte zu religiösen Gemeinden. Das Religiöse und das Weltliche koexistieren friedlich. Das Verhältnis zum eigenen Staat tritt in der jüdischen Debatte Russlands zunehmend in den Vordergrund. In der Sowjetunion verliefen die Fronten ganz klar. Die jüdische Bewegung war unterdrückt und agierte im Untergrund. Nach der Wende der Staatspolitik gegenüber dem Judentum wurden die meisten jüdischen Aktivisten glühende Perestroika-Anhänger. Der 1989 gegründete Dachverband sowjetjüdischer Organisationen WAAD unterstützte Bo-



Wjatscheslaw Mosche Kantor ist ein russischer Unternehmer und Philanthrop. Seit 2007 ist er Präsident des Europäischen Jüdischen Kongresses.

ris Jelzin in seinem Kampf gegen die alte Parteinomenklatura und verurteilte den August-Putsch 1991 scharf. In das erste russische freigewählte Parlament zogen 15 jüdische Politiker ein.

Spätestens mit der Etablierung des Putin-Systems in Russland kam es zum Paradigmenwechsel. Die russisch-jüdischen Vordenker mussten ihre Kooperation mit dem Staat auf den Prüfstand stellen. Dieser

einer Synagoge. „Juden weg aus Russland“, hieß auf den Plakaten.

Die Galionsfiguren der Kreml-loyalen jüdischen Bewegung sind hingegen nicht besorgt. Der Oberrabbiner Russlands und FEOR-Vorsitzender Berel Lazar sieht hier nur Einzelfälle und lobt auf einer Pressekonferenz die Verdienste des Kreml-Chefs: „In Europa häufen sich antisemitische Fälle. In Russland fühlen sich die Juden

„Einer der beiden konkurrierenden Oberrabbiner Russlands, Berel Lazar, der als Vertreter Putins gilt, lobt auf einer Pressekonferenz die Verdienste des Kreml-Chefs: „In Europa häufen sich antisemitische Fälle. In Russland fühlen sich die Juden sicher.“

Prozess ist noch nicht vollendet. Die emanzipatorischen Bestrebungen sind nicht mehr so wichtig, das kulturelle und religiöse jüdische Leben nicht gefährdet. Dürfen die jüdischen Organisationen in Russland wie in den anderen Staaten sich politisch einmischen, eine eigene Agenda haben oder lieber ausschließlich im humanitären Bereich handeln? Während einige jüdische Prominente vor der russischen Politik halt machen, verfolgen mehrere Funktionäre eine andere Strategie.

Das unabhängige russische Zentrum gegen Xenophobie „Sowa“ registrierte in den letzten Jahren mehrere antisemitische Vorfälle. Hier sind die Auszüge aus der Jahresstatistik.

2013: Zwei Anschläge auf das Jüdische Kulturzentrum in Syktywkar; Brandanschlag auf ein jüdisches Restaurant in Jekaterinburg. Die Täter stellten das Anschlagsvideo mit menschenfeindlicher Hetze ins Netz.

2014: Die Aussage einer Moderatorin in der führenden Nachrichtensendung Russlands „Rossija-24“, die Juden hätten „den Holocaust durch eigene Handlung nähergebracht“; Vorwurf eines Stadtrates aus Kaliningrad/Königsberg, die Juden hätten die Absicht, „Russland zu vernichten, genauso wie 1917 und 1991“.

2015: Antisemitische Beleidigung zweier jüdischer Künstler im russischen Staatsfernsehen.

2016: Rechtsradikale Kundgebung in der Millionenstadt Perm gegen den Bau

sicher“. Kurz vor der Präsidentschaftswahl 2012 sagte er im Interview der „Haaretz“, dass die Mehrheit der russischen Juden für Putin stimmen würde. Sein enger Vertreter und FEOR-Präsident Aleksandr Boroda zeigt noch mehr Treue: „Die Juden Russlands müssen die persönlichen Gefahren für ihr Leib und Leben im Falle des Sturzes der Putin-Regierung begreifen und die Spielregeln gut verstehen.“ Wjatscheslaw Kantor, Milliardär und Präsident des Europäischen Jüdischen Kongresses EJC, preist Putins Errungenschaften hoch, da „die Lage der Juden in Russland vielleicht die beste in Europa“ sei, meint, dass die russische Luftwaffe in Syrien „nicht nur Interessen Russlands, sondern ganz Europa“ schütze, und würdigt Putin als „Freund des jüdischen Volkes“.

Der israelische Journalist Jurij Nudelman respektiert zwar den Einsatz Lazars für das Judentum, kritisiert aber zugleich seine „Untertänigkeit“. Sein russischer Kollege Michail Pijewskij ist kategorisch: „Nicht die russischen Juden brauchen Lazar, sondern die russischen Machthaber“. Lazar, Kantor und Boroda repräsentieren nicht die ganze jüdische Gemeinschaft Russlands. Ihre Nähe zum Kreml garantiert für sie dennoch einen ungehinderten Zugang zur Presse und macht sie zum Sprachrohr des Judentums. Andere Vertreter der jüdischen Bürgergesellschaft, außerhalb der politischen Opposition, melden sich selten zu Wort. Die Gründe dafür sind vielfältig. Zum Ersten ist in Russland die Wahl oder

die Ernennung der Vorstände der größten jüdischen Organisationen ein Politikum.

In Russland gibt es derzeit de facto zwei Oberrabbiner: Lazar von der FEOR und Adolf Schajewitsch von der KEROOR. Anfang der 2000er Jahre kooperierte Schajewitsch mit den mächtigen politischen Kontrahenten Putins wie Chodorkowski und Gussinski, und fiel im Kreml in Ungnade. Schajewitsch hat die Wahl Lazars nicht akzeptiert und dabei die Unterstützung von mindestens zwei mitgliederstarken jüdischen Dachverbänden, KEROOR und REK, erfahren. Trotzdem ist nur Lazar als einziger vom Staat anerkannter Oberrabbiner medial präsent. Schajewitsch wird vom Kreml mit Auszeichnungen formell gewürdigt, verfügt jedoch über wenig Möglichkeiten, seine Position nach außen zu vertreten. Zum Zweiten wollen die regierungskritischen jüdischen Meinungsmacher keine Schatten auf die Verbände werfen, da sie als Racheakt eine schlechte Behandlung der Einrichtungen vom Staat fürchten, zum Beispiel bei der Vergabe öffentlicher Gelder für die religiösen oder kulturellen Aktivitäten.

Im REK-Beirat sind viele Persönlichkeiten vereinigt, die kein Geheimnis aus ihrer oppositionellen Haltung zur Innen- und Außenpolitik Putins machen: Musiker Andrej Makarewitsch, Wissenschaftlerin Irina Jassina, Theaterregisseure Iosif Rajchelgus und Mark Rosowskij, der Politiker aus der Jelzin-Zeit Leonid Gojsman und andere. Bei den kritischen Äußerungen zu Moskaus Vorgehen in der Ukraine, zur Einschränkung der Pressefreiheit oder zur staatlich vorgeschriebenen Betrachtung der Geschichte distanzieren sie sich vom REK und äußern sich als Privatpersonen. Umgekehrt können die REK-Mitglieder im Konflikt mit dem Staatsapparat nur dann mit Unterstützung rechnen, wenn es sich um öffentlich wirksame Fälle wie antisemitische Ausführungen handelt.

Der Kongress leistete dem Schriftsteller und bekennenden Putin-Gegner Wiktor Schenderowitsch Beistand als er vom Chef des russischen Medienkonzerns Dmitrij Kisselew verbal antisemitisch angegriffen worden war. Bei einer anderen Konfliktsituation, als Schenderowitsch in der Presse wegen seiner kritischen Position zum Olympiaspiel in Sotschi stigmatisiert wurde, schwieg die Kongressführung still. Zum Dritten werden zwecks Bekanntgabe einer oppositionellen Sichtweise andere Wege praktiziert. In den KEROOR- und REK-Präsenzen auf Facebook erscheinen ohne Stellungnahme der Redaktion regelmäßig Beiträge von Schenderowitsch, Gojsman und anderen Putin-kritischen Autoren. Mehrere lokale jüdische Gemeinden Russlands veröffentlichten den Appell der jüdischen Vereinigungen der Ukraine an Putin, sich nicht in die innere Angelegenheit des Nachbarlandes einzumischen.

Das Dilemma der russisch-jüdischen Vereinswelt – Regierungstreue oder Opposition – ist bis heute nicht gelöst. Eine Finanzierung durch die Mitgliedsbeiträge kommt für sie wegen des schlechten Einkommens der meisten Mitstreiter nicht in Frage. Die Hilfsangebote aus dem Ausland sind bescheiden. Die Gemeinden hängen weiterhin am Tropf der öffentlichen Förderung im Rahmen der landesweiten oder regionalen Programme oder sind von den Großspenden der jüdischen Unternehmer abhängig, die wiederum auf Kompromisse angewiesen sind. So verbirgt die Mehrheit der jüdischen Vereinsaktiven ihre Meinung zur aktuellen Politik seines Staates oder benutzt dafür andere Kanäle.

Feste Burg in Afrika

Mit Kenia verbindet Israel eine langjährige militärische Kooperation und Partnerschaft

Von Jerome Lombard

Das Wetter in Jerusalem war alles andere als einladend. Als der kenianische Präsident Uhuru Kenyatta Ende Februar von seinem israelischen Amtskollegen Reuven Rivlin mit allen militärischen Ehren zum Staatsbesuch empfangen wurde, war der Himmel über den Judäischen Bergen verhangen und grau. Während Rivlin zusammen mit seinem Gast aus Ostafrika auf dem ausgerollten roten Teppich eine die Nationalhymnen der beiden Länder spielende Ehrenformation der Israeli Defence Forces abschnitt, schüttete es sprichwörtlich wie aus Kannen.

Doch auch wenn das nass-kühle Februarwetter in der israelischen Hauptstadt dem historischen Ereignis – Kenyatta war der erste kenianische Präsident seit 22 Jahren, der dem jüdischen Staat einen offiziellen Besuch abstattete – nicht so recht dem ihm gebührenden Rahmen zugestehen wollte: Die zwischenmenschliche Atmosphäre war überaus herzlich und spiegelte damit die guten bilateralen Beziehungen zwischen Kenia und dem jüdischen Staat wieder. Mit Kenyatta war ein Partner und Freund zu Gast in Israel. Und auch das Wetter sollte sich während des dreitägigen Staatsbesuchs des Kenianers noch von einer etwas freundlicheren Seite zeigen. Gott sei Dank! Ansonsten wäre das für einen Staatsgast obligatorische Pflanzen des Olivenbaumes im „Hain der Nationen“ westlich von Jerusalem eine ziemlich rutschige Angelegenheit geworden.

„Israel geht zurück nach Afrika und Afrika kommt zurück nach Israel“, sagte der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu zur Begrüßung Kenyattas in seinem Amtsbüro. „Viele afrikanische Staaten sind an einer Zusammenarbeit mit Israel interessiert und Sie führen diesen Trend an“, erklärte der Premier weiter gegenüber seinem Gast, den er mit einem beherzten Händedruck empfing. „Zwischen unseren beiden Ländern bestehen Kooperationen auf den verschiedensten Gebieten: Verteidigung, Landwirtschaft, Technik und in vielen weiteren Bereichen. Ihr Vater war der Gründer Kenias und ein Begründer der Beziehungen zu Israel und durch Ihren ersten Staatsbesuch in Israel führen Sie diesen Weg fort.“ Der 54-jährige Uhuru ist seit April 2013 der vierte Präsident Kenias und Sohn des Staatsgründers Jomo Kenyatta. Dieser hatte sich sowohl in seiner Amtszeit als Premier als auch später als Präsident des unabhängigen Kenia stets um gute Beziehungen zu Israel bemüht. Die Aufnahme bilateraler Beziehungen im Jahr 1963 fand unter seiner Regierungsführung statt.

Vielen Israelis dürfte der Name Jomo Kenyattas auch noch aus einem anderen Kontext bekannt sein: Stichwort Entebbe-Krise 1976. Auch wenn die Regierung in Nairobi stets eine Beteiligung an der Rettungsaktion für die Geiseln eines von einem palästinensisch-deutschen Terrorkommandos ins ugandische Entebbe entführten Flugzeugs bestritten hat, war die entscheidende Unterstützung Kenias für die israelischen Spezialkräfte bereits unmittelbar nach der Operation offensichtlich. Kenyatta hatte es in seiner damaligen Funktion als Staatspräsident israelischen Flugzeugen gestattet, in seinem Land zwischenzulanden und aufzutanken. Zudem gibt es Berichte, dass Agenten des Mossad Militärboote der kenianischen Armee nutzten, um über den Viktorias See schnell und unerkannt ins Nachbarland Uganda zu gelangen. Kenia zahlte einen



Kenias Präsident Uhuru Kenyatta unterzeichnet am 23. Februar 2016 in Jerusalem ein Abkommen mit Israel.

hohen Preis für seine Solidarität mit dem jüdischen Staat. Der damalige ugandische Diktator Idi Amin, der seinerseits die PLO- und RAF-Terroristen in ihrem Vorhaben unterstützt hatte, ließ aus Rache mehrere hundert in Uganda lebende kenianische Staatsbürger ermorden.

Dass der Besuch Kenyatta Juniors nun ausgerechnet im Jahr des 40. Jubiläums der Entebbe-Operation stattfindet, ist sicher kein Zufall. So bedankte sich Netanjahu ausdrücklich beim Präsidenten für die historische Unterstützungsrolle seines Vaters, der hierdurch ganz praktisch die enge Freundschaft beider Länder unter Beweis gestellt habe. Der Premier erklärte zudem, dass er noch in diesem Jahr zum Gegenbesuch nach Kenia reisen wolle und an einer Gedenkveranstaltung in Uganda teilnehmen möchte. Für Netanjahu hat das Gedenken an Entebbe auch eine ganz persönliche Bedeutung. Sein älterer Bruder, Yonatan „Yoni“ Netanjahu, war Oberstleutnant der an der Operation beteiligten IDF-Eliteeinheit Sayeret Matkal. Der damals 31-jährige kam bei der Befreiungsaktion ums Leben.

Kenyatta bedankte sich für den freundlichen Empfang in Jerusalem und sprach von einem „historischen Besuch“. Beide Staaten befänden sich in „schwierigen Nachbarschaften“, teilten gemeinsame Sicherheitsinteressen und seien Verbündete im Kampf gegen den radikalen politischen Islam. „Die Kooperation zwischen unseren beiden Ländern ist seit unserer Unabhängigkeit beeindruckend und wir freuen uns darauf, dass insbesondere dieser Besuch diese Beziehungen in der Zukunft weiter stärken wird“, erklärte Kenyatta. Am Ende des Staatsbesuchs unterzeichneten die beiden Politiker Verträge über gemeinsame Projekte in den Bereichen Wasser und Landwirtschaft.

Militärische Zusammenarbeit und Anti-Terror-Kampf

Unmittelbar nach der Deklaration seiner Unabhängigkeit von Großbritannien 1963 nahm das mehrheitlich christliche Kenia volle diplomatische Beziehungen zum jüdischen Staat auf. Dieser Schritt war im beiderseitigen realpolitischen Interesse. Der gerade erst unabhängig gewordene junge Staat in Ostafrika suchte nach internationaler Anerkennung und wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven. Israel, und daran hat sich bis heute nichts geändert, nach verlässlichen und solidarischen Partnern. Der afrikani-

sche Kontinent mit seinen vielfach moslemisch geprägten Bevölkerungen und Staatsführungen, die eng mit den arabischen Nationen zusammenarbeiten, ist kein einfaches diplomatisches Spielfeld für den jüdischen Staat. Seit 1963, mit Unterbrechung im Jahr 1973, als Kenia auf Drängen mehrerer afrikanischer Staaten die bilateralen Kontakte vor dem Hintergrund des Jom-Kippur-Kriegs für immerhin 15 Jahre auf Eis legte, ist Kenia Empfänger israelischer Entwicklungshilfe (im Rahmen des MASHAV-Programms) und israelischer Militärunterstützung.

ren die Islamisten von Al-Shabaab Rache. Die letzte große Attacke ereignete sich im September 2013 in Nairobi, als schwer bewaffnete somalische Terroristen das bei Einheimischen und Ausländern gleichermaßen beliebte Westgate-Einkaufszentrum im Zentrum der kenianischen Hauptstadt überfielen, über 60 Menschen ermordeten und weitere als Geiseln nahmen. Auch in diesem jüngsten Fall gab es von beiden Seiten offiziell nicht bestätigte Berichte über eine israelisch-kenianische Zusammenarbeit bei der Befreiung. So sollen israelische Terrorismusexperten an den Verhandlungen mit den Geiselnern beteiligt gewe-

„ Der ugandische Diktator Idi Amin ließ aus Rache für die kenianische Hilfe bei dem Entebbe-Unternehmen der Israelis mehrere hundert in Uganda lebende kenianische Staatsbürger ermorden. “

Zur Erinnerung: Die Unterstützung während der Entebbe-Krise fand damit zu einer Zeit statt, in der offiziell keine diplomatischen Kontakte zwischen den beiden Ländern bestanden. Dass es aber in dem gesamten Zeitraum von 1973 bis 1988 klandestine Vereinbarungen und geheime Abkommen zwischen Nairobi und Jerusalem gab, daran besteht kein Zweifel. Zu bedeutend war die militärisch-sicherheitspolitische Kooperation. Die Regierungen in Nairobi interessierten sich in dieser Zeit vor allem für Kampfschiffe, Gabriel-Raketen und anderes militärisches Gerät aus israelischer Produktion, aber auch für das Wissen israelischer Armeeausbilder. Im Laufe der Jahre gewann die kenianisch-israelische Militärszusammenarbeit immer mehr an Bedeutung. Der Grund: Die Aktivitäten diverser terroristischer Gruppierungen in Kenias unmittelbarer Nachbarschaft. Insbesondere der islamistische Terror von Organisationen wie der El-Kaida-nahen Al-Shabaab-Miliz, die aus dem gescheiterten Staat Somalia heraus operiert, ist ein wesentlicher Faktor in Nairobis regionaler Sicherheitsstrategie. Spätestens ab Mitte der 1990er Jahre ist Kenia zum regelmäßigen Ziel islamistisch motivierter Anschläge geworden. Erst recht seitdem sich das Land an der von der Afrikanischen Union (AU) geführten Militäroperation AMISOM zur Befriedung Somalias beteiligt, schwö-

sen sein. Einige Medienberichte, die sich auf Aussagen von Augenzeugen stützen, sprechen gar von israelischen Armeeeinheiten, die aktiv an der Operation beteiligt gewesen sein sollen. Abwegig ist eine solche Koordination beziehungsweise Beteiligung keineswegs. Israelische Interessen waren direkt betroffen: Unter den Geiseln befanden sich israelische Staatsbürger und das Einkaufszentrum gehört in Teilen einer israelischen Investorengruppe.

Partnerschaft mit Zukunft

Die enge militärische Kooperation und wirtschaftliche Partnerschaft mit Kenia ist ein großer Erfolg der israelischen Diplomatie. Beide Länder stehen im Fadenkreuz des internationalen Dschihadismus. Die politische Stabilität am Horn von Afrika und ein energischer Kampf gegen Islamisten in Somalia liegt im unmittelbaren Interesse des jüdischen Staats. Kenia als aufstrebender Wirtschaft in Ostafrika kommt dabei eine Leuchtturmfunktion für andere Staaten der Region zu. Der jetzige Staatsbesuch Präsident Kenyattas ist nicht nur ein weiterer Ausdruck der Freundschaft zwischen den beiden Nationen, sondern zeigt auch, dass Israel international keineswegs politisch so isoliert ist, wie es die Feinde des jüdischen Staates der Welt gerne glauben machen wollen.

An ihrer Sprache werdet Ihr sie erkennen

Mosche Jaalon und Frank-Walter Steimeier im Vergleich

Von Dirk Maxeiner

Dieser Tage erschien ein Interview in „Die Welt“ mit dem israelischen Verteidigungsminister Mosche Jaalon. Es war nicht nur interessant, was er sagte, sondern vor allem auch, wie er es sagte.

Auf die Frage „Wie schätzt man in Israel die Lage in Syrien ein?“ antwortete er:

„Syrien wird nach unserer Einschätzung noch auf sehr lange Zeit chronisch instabil bleiben. Man kann aus einem Ei ein Omelett machen, aber kein Ei aus einem Omelett. Die Idee, man könnte Syrien noch einmal vereinen, ist pures Wunschdenken.“

Diese Antwort ist nicht nur klar und präzise, sondern gefällt auch wegen des anschaulichen und obendrein von einer gewissen Ironie geprägten Sprachbildes. Diesen Politiker versteht auch derjenige, der sich mit dem Thema wenig befasst, und man hört ihm sogar gerne zu.

Vergleichen wir damit einmal eine Aussage unseres Außenministers

Frank-Walter Steinmeier zum gleichen Thema:

„Wir brauchen eine Allianz all derjenigen, die ihren Teil der syrischen Gesellschaft vertreten, die de facto Macht ausüben, die Grundsätze des Wiener Prozesses respektieren und dafür bereit sind, ihren Kampf untereinander im Zuge der Genfer Verhandlungen einzustellen.“

Was will uns Steinmeier mit dieser Antwort sagen? Die Sache ist kompliziert? Das kann man besser sagen, siehe oben. Oder will er die eigene Bedeutung unterstreichen, indem er eine komplizierte Sache noch komplizierter ausdrückt?

Die Sprache zeigt auch immer, was der Sprecher denkt und wie er die Welt versteht. Mosche Jaalon scheint mir jemand zu sein, der Wert darauf legt, dass ihn auch andere verstehen. Dafür nimmt er eine Metapher aus dem Alltag, die jedermann sofort einleuchtet.

Frank-Walter Steinmeier scheint im Gegensatz dazu keinerlei Wert darauf zu legen, dass normale Menschen ihn verstehen. Er wirft Nebelkerzen, um

die Banalität seiner Beschreibungen zu kaschieren. Er will dem Zuhörer offenbar klar zu machen: Du verstehst davon nichts, aber ich, und zwar weil ich über so etwas wie höheres Geheimwissen verfüge. Vordergründig geht es um Syrien, hintergründig geht es darum, die eigene Bedeutung herauszustrichen.

Ein weiteres Beispiel:

Die Welt fragt Verteidigungsminister Mosche Jaalon: „Es gibt das Argument, dass der Iran-Deal die Flüchtlingswelle verstärkt hat – weil die Hoffnungen der Sunniten dadurch enttäuscht wurden. Glauben Sie, da ist etwas dran?“

Dessen Antwort lautet:

„Sie können mich gern anrufen, wenn McDonald's in Teheran eröffnet. Keine Chance. Das ist pures Wunschdenken.“

Nehmen wir jetzt im Vergleich dazu eine Aussage Frank-Walter Steinmeiers zu den Verhältnissen in Teheran:

„Historisch ist die Einigung, ers- tens, allein aufgrund der zeitlichen

Ausdehnung dieses drei Jahrzehnte dauernden Konfliktes und eines Verhandlungsprozesses, der nach über zwölf Jahren jetzt an sein Ende gelangt ist. Historisch, zweitens, weil diese Einigung weit in die Zukunft hinein Weichen stellen könnte für eine bessere Zukunft einer zutiefst unfriedlichen Region.“

Während der Israelische Politiker ziemlich klar und verständlich seine Meinung sagt, ergeht sich sein deutscher Kollege erneut in einer wabernen Bedeutungshuberei und zündet rhetorische Nebelkerzen.

Die Sprache einer Person verrät immer viel über deren Welt- und Eigensicht, über die Präzision ihres Denkens und ihre intellektuellen Qualitäten. Der Vergleich zwischen dem israelischen und dem deutschen Politiker wirft somit ein Schlaglicht auf die Qualität unseres politischen Personals. Der Unterschied zwischen Jaalon und Steinmeier spricht Bände.

(Mit freundlicher Genehmigung von „Die Achse des Guten“)

Wenn einer sich irrt... und niemand widerspricht

Der Astronaut Alexander Gerst sieht aus 400 Kilometern angeblich Explosionen in Gaza

Von Monty Aviel Ott

Zu Zeiten des Kalten Krieges wäre er sicherlich als Held bezeichnet worden. Seine Taten sind ohne Zweifel beachtlich und er ist ein weitgereiseter Mann. Nicht nur auf der Erde, sondern auch darüber. Aber auch dort oben, mit dieser unglaublichen „Weit“-Sicht, ist es möglich sich zu irren. Als Geophysiker und Astronaut hat man nicht zwangsweise auch politisches Sachverständnis.

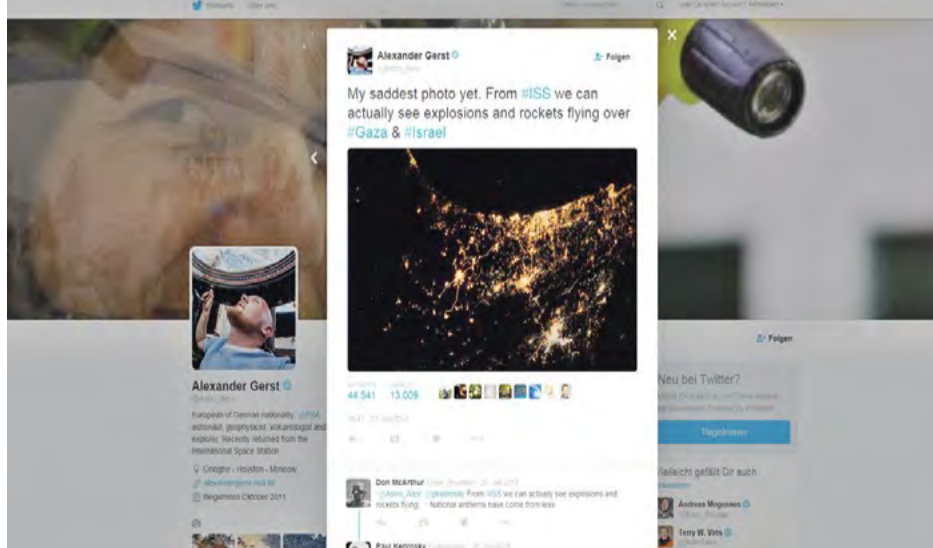
Alexander Gerst ist deutscher Astronaut. Damit gehört er schon zu einer elitären Gruppe und hat einen weiten Weg hinter sich: Vom Abitur am Technischen Gymnasium in Öhringen 1995 bis ins Weltall. Nach der Reifeprüfung ging es für den Astronauten erst einmal ein Jahr lang mit dem Rucksack durch die Welt. Die Vulkane Neuseelands begeisterten ihn so sehr, dass er das Studium der Geophysik begann. Nach dem anschließenden Studium der Geowissenschaften in Wellington erhielt er 2005 den Master of Science und wurde im nachfolgenden Jahr Sommerstipendiat des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt.

Auf sein Interesse für die Raumfahrt angesprochen, erzählte Gerst die Geschichte, wie sein Großvater als Funkamateur den Mond als Reflektor für Erde-Mond-Erde-Funkverbindungen nutzte. Mit der Auszeichnung der Deutschen Forschungsgemeinschaft für ausgezeichnete Nachwuchsgeophysiker im Jahr 2007 und der Promotion an der Universität Hamburg im Mai 2010 erreicht Gerst weitere Meilensteine, die sich neben die Ehrenbürgerwürde seiner Geburtsstadt (25. November 2014), den Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg und das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse reihen.

Am 20. Mai 2009 wurde Gerst als neuer Astronaut der Öffentlichkeit vorgestellt, nachdem er sich gegen über 8.000 Mitbewerber durchgesetzt hatte. Nach der Nominierung durch die ESA

am 18. September 2011 flog Gerst vom kasachischen Baikonur aus am 28. Mai 2014 zur ISS und blieb dort ein bisschen mehr als fünf Monate, bis zum 10. November 2014.

Während dieser fünf Monate schaffte es Gerst seine Popularität mittels Twitter zu steigern. Er schickte diverse Bilder in das soziale Netzwerk, die Pyramiden, Vulkane, das Gelbe Meer vor China, den Ätna, Sonnenuntergänge oder die Lichter über Brasilien während der Fußball-Weltmeisterschaft zeigten.



Die Bilder waren teilweise von einer unfassbaren Schönheit und Ästhetik umgeben – sehen doch sogar fürchterliche Wirbelstürme aus dem All schön aus –, dass es jedem, der nicht ganz unempfindlich für diese Dinge ist, schwerfällt sich nicht an ihnen zu erfreuen. Es ist doch immer wieder begeisternd, wie unfassbar klein und unfassbar schön die Erde auf diesen Bildern wirkt. Die unglaubliche Farbmischung, die sich kein Dali in dieser Kombination erdenken könnte – ein unfassbar schönes Naturschauspiel. Und dort oben brauchte Gerst kein Jahr für seine Weltreise, sondern umrundete die Erde innerhalb von eineinhalb Stunden.

Am 23. Juli 2014 sandte „Astro-Alex“ (Selbstbezeichnung des Astronauten im Netz) seinen Followern dann ein Bild, mit welchem er Bestürzen ausdrücken wollte. Er betitelte es mit „Mein traurigstes Foto: von der #ISS aus sehen wir Explosionen und Raketen über #Gaza und #Israel.“ Das Bild zeigt den Gazastreifen und ein Stück Küste Israels, aber hauptsächlich das Mittelmeer.

Auf Gersts Welttournee scheint dieses Stückchen Erde allerdings ausgeblieben zu sein. Der Kommentar für

sich nach kurzer Recherche als ein hell beleuchteter Hafen heraus. Alle anderen hellen Punkte sind Städte, Dörfer und Straßen – keine Explosionen.

Was außerdem verwundert: Warum ist es ausgerechnet dieses Bild sein traurigstes? Gab es zu diesem Zeitpunkt (Mitte 2014) keine anderen Kriege auf der Welt, keine andere Ungerechtigkeit (als die Raketen, die die Hamas auf israelische Zivilisten abschoss und die Zivilisten, hinter denen sich die Terroristen verschanzten)?

Während es teilweise Kommentare in den sozialen Netzen gab, die „Astro-Alex“ als mutig bezeichnen, dafür dass er sich an dieses „heiße Eisen“ herantraue, erscheint es doch verwunderlich, dass niemand so recht öffentlich widersprechen wollte. Im Gegenteil: Gerst irrt, und die deutschen Journalisten übernehmen seinen Irrtum. „Spiegel“, „Stuttgarter Zeitung“ usw. übernehmen seinen Irrtum ungeprüft und verbreiten ihn weiter. Dieser Irrtum ist bis heute unwidersprochen im Netz. Alexander Gerst scheint ihn ebenso wenig wie die genannten Medien bemerkt zu haben.

Nicht nur, dass Europa manchmal schon zu weit entfernt ist, um den Menschen im Nahen Osten kluge Ratschläge zu erteilen, scheint es doch noch vermessener sich in moralisierender Art von 400 Kilometern oberhalb des „blauen Riesen“ zum Thema auszulassen.

44.000 Menschen haben Alexander Gersts Tweeter-Meldung „retweeted“, also geteilt und weiterverbreitet. Sie alle haben nicht bemerkt, dass die vermeintlichen Explosionen in Wirklichkeit nur die Straßenbeleuchtungen von Israel sind. – Man sieht eben manchmal nur, was man sehen möchte.

Das Foto von Alexander Gerst („Mein traurigstes Foto“ / „My saddest photo“) ist noch immer online. Sehen Sie sich seine „Explosionen“ doch einmal an. Vielleicht haben Sie schon in einer dieser „Detonationen“ gesessen und eine Cola getrunken?

sich ist nicht so dramatisch, aber auf Gersts Bild sind keine Lichter zu sehen, die man nicht zumindest einer Stadt oder einem Dorf zuordnen könnte.

Es stimmt – während Gerst sich auf der ISS befand, herrschte ein bewaffneter Konflikt im Nahen Osten. Aber das Foto zeigt nicht diese Auseinandersetzung. Gerst, der sich als Kriegsberichterstatter aus 400 Kilometern Höhe (!) versuchte, glaubt Explosionen und Raketen auf seinem Foto zu sehen. In Wirklichkeit scheint er wenig vertraut mit der Landkarte der Region, ihren Städten und deren Beleuchtung bei Nacht zu sein. Ein besonders hell leuchtender Punkt in Gaza-Nähe stellt

Von Armin H. Flesch
und Christian Ignatzi

Verrat unter Freunden

Ist die Robert-Bosch-Stiftung vor BDS eingeknickt?

Die Robert-Bosch-Stiftung und der Jüdische Nationalfonds KKL wollten kooperieren. Zum Auftakt traf sich eine hochkarätig besetzte Gesprächsrunde in Stuttgart. Drei Monate später herrscht allseits beharrliches Schweigen. Was ist geschehen?

Am Anfang lief alles perfekt. In Deutschland und Israel feierte man den fünfzigsten Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, und in Berlin lernten sich zwei Leute kennen, die es gut meinten: Sarah Singer, frischgewählte Präsidentin des Jüdischen Nationalfonds KKL in Deutschland, und Dr. Joachim Rogall, Geschäftsführer der Robert-Bosch-Stiftung. Die älteste Umweltschutzorganisation der Welt mit unschätzbarem Erfahrungspotenzial in Sachen Wiederaufforstung von Wüstengebieten und eine der finanzstärksten deutschen Stiftungen, zu deren Schwerpunkten Völkerverständigung, Wissenschaft und Gesundheit zählen – das sollte ein Traumpaar der Entwicklungshilfe werden!

Wen wundert's, wenn Joachim Rogall kurze Zeit später freudig bekennt: „Das war Liebe auf den ersten Blick.“

Der Rahmen für Rogalls Liebeserklärung könnte festlicher kaum sein. Am 3. Dezember 2015 trifft man sich in der holzvertäfelten Halle der Villa Bosch in Stuttgart. Zur „Verlobungsfeier“ unter dem Motto „Nachhaltigkeit und Innovation“ haben die Frischverliebten eine kleine, aber feine Runde wohlmeinender Gäste eingeladen. Der baden-württembergische Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid gehört ebenso dazu wie Christian Lange, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjustizministerium, und der israelische Gesandte in Berlin, Avi Nir-Feldklein. Vertreter von Firmen und Organisationen arrondieren die 35-köpfige Versammlung, die vom ehemaligen bayerischen Umweltminister Werner Schnappauf moderiert wird.

Ein konkretes Projekt der beiden Organisationen gibt es zwar zu diesem Zeitpunkt noch nicht, aber viele gute Ideen werden im Laufe des Abends geäußert. Die meisten arabischen Staaten haben mit denselben klimatischen Problemen zu kämpfen wie Israel; ihre Bevölkerungen würden nach Ansicht des KKL von dessen Wissen enorm profitieren. Weil die politische Lage ein direktes Engagement des KKL beispielsweise in Jordanien aber unmöglich macht, könnte die Bosch-Stiftung hier Türen öffnen. Schliesslich läuft alles auf Afrika hinaus: In Ruanda und Kenia ist der KKL bereits erfolgreich aktiv, eine Unterstützung aus Deutschland wäre hochwillkommen. Mit der klaren Absicht, den guten Worten Taten folgen zu lassen, geht man spätabends auseinander.

Wer zweifelt jetzt noch daran, dass es bald zu einer verbindlichen Vereinbarung kommen und aus der Verlobung eine Ehe werden wird? So könnte der Abend in Stuttgart am Ende zu dem führen, was Avi Nir-Feldklein sich zu Beginn erhofft hatte: „Die Welt ein kleines Stück besser zu machen.“ Doch dann kommt alles ganz anders...

Durch die Berichterstattung werden auch Kreise auf den Abend aufmerksam, die aus gutem Grund nicht zu seinen Gästen gehört hatten: die antiisraelische BDS-Bewegung und ihr schwäbischer Wurmfortsatz, das sogenannte „Palästina-Komitee Stuttgart“, kurz „PaKo“. Beide Organisationen verstehen sich als selbsternanntes Sprachrohr der Armen und Unterdrückten, sofern sie nur unter dem Joch des imperialistischen Zionismus darben.

In der Wahl ihrer Mittel und Argumen-



Kleine, aber feine Runde: Joachim Rogall, Christian Lange, Sarah Singer, Moderator Werner Schnappauf und der frisch abgewählte Nils Schmid (v.l.n.r.).

te sind „BDS“ und „PaKo“ nicht zimperlich. Der Staat Israel wird grundsätzlich als Apartheidsstaat verunglimpft, obwohl alle israelischen Araber das volle Wahlrecht besitzen, in der 120-köpfigen Knesset 13 arabische Abgeordnete sitzen und der Vorsitzende der arabischen Ta'al-Partei zum stellvertretenden Parlamentssprecher gewählt wurde.

Weil man einen solchen „Monster-Staat“ natürlich bekämpfen muss, wo immer es geht, betreibt die BDS-Bewegung seit über zehn Jahren einen inter-

samenarbeit mit dem JNF“ beschädigen.

Schon die Überschrift des Schreibens verrät die Taktik: Zunächst werden sämtliche Palästinenser, Afrikaner und alle Gegner des Kolonialismus ungefragt und nonchalant in einen Topf geworfen. Die ihnen kollektiv unterstellte Ablehnung von Apartheid – welcher anständige Mensch lehnt die nicht ab? – wird einem Brief vorangestellt, in dem es um eine Kooperation mit dem Jüdischen Nationalfonds KKL gehen soll. Bevor noch der

„Ein Projekt, das in Afrika weit mehr Menschen geholfen hätte, als in Deutschland dagegen protestiert haben.“

nationalen „Kauft nicht bei Juden“-Boycott gegen israelische Waren. Nur nennt sie es anders: „Boycott, Desinvestition, Sanktionen (BDS) gegen Israel bis zum Ende von Apartheid und Besetzung in Palästina.“ Dazu als Signet eine halbierte Blutorange, aus der Blut tropft: Das Blut der Kinder Palästinas. Was wie absurdes Theater klingt und als Delegitimations-Kampagne gegen Israel für jedermann leicht zu durchschauen sein sollte, ist tatsächlich ein höchst erfolgreiches Propagandaunternehmen.

Falschbehauptungen schafften es regelmäßig bis in die Medien und tragen damit unmittelbar zur Meinungsbildung bei. Offenkundige Lügen werden halb zurückgenommen und durch neue Lügen kaschiert oder in die Zuckerwatte vermeintlicher Menschenrechtsrhetorik verpackt. Protestbriefe sind oft von ausufernder Länge und reihen eine derart unüberschaubare Vielzahl angeblicher und von Laien schwer überprüfbarer „Verbrechen“ auf, dass der Leser das ganze entweder genervt beiseite schiebt oder gläubig-empört unterschreibt. So auch im Fall der Robert-Bosch-Stiftung.

Unter der Überschrift: „Palästinenser, Afrikaner und die Gegner von Kolonialismus lehnen Apartheid ab,“ mahnen die „PaKo-Aktivistinnen“ den „sehr geehrten Herrn Professor Rogall, die Damen und Herren vom Vorstand der Robert-Bosch-Stiftung und den sehr geehrten Herrn Minister Schmid,“ sie mögen doch „den guten Namen der Robert-Bosch-Stiftung“ nicht „durch die Zu-

mit der Liebe auf den ersten Blick ist's auf den zweiten nicht weit her. Jeglichen Hinweis auf den Verlobungsabend in der Bosch-Villa sucht man von nun an auf der Stiftungs-Website vergebens. Geschäftsführer Joachim Rogall ist zu dem Thema nicht zu sprechen.

Beim KKL verschwindet die Erfolgsmeldung über die bevorstehende Zusammenarbeit ebenfalls von der Website und niemand möchte zu dem Thema offiziell Stellung nehmen. Wer's dennoch tut, will namentlich nicht genannt werden. Alle verweisen darauf, dass es sich um das Projekt der Präsidentin Sarah Singer gehandelt habe; nur sie könne dazu etwas sagen. Doch Sarah Singer sagt nur, dass sie bald in Urlaub fahren werde und vorher keine Zeit mehr habe, irgendwas zu sagen.

Dass es etwas zu sagen gäbe, bestätigen nicht nur die eingangs zitierten Reden von Singer und Rogall vom 3. Dezember, sondern auch alle, die damals als Gäste zugegen waren. Der Vertreter einer in Entwicklungszusammenarbeit erfahrenen Organisation erinnert sich: „Es gab den konkret geäußerten Wunsch zur Zusammenarbeit; dafür sollte an jenem Abend der Grundstein gelegt werden. Im Gespräch war ein Entwicklungsprojekt in Afrika, meines Wissens in Kenia.“

Einer, der nicht dabei war, die Hintergründe aber kennt, ist Grisha Alroi-Arloser, der Geschäftsführer der Deutsch-Israelischen Handelskammer in Tel Aviv. „Ja,“ bestätigt er, „es sollte eine Kooperation geben, und ja, sie wurde seitens der Robert-Bosch-Stiftung abgesagt. Nach der Berichterstattung über diesen Abend gab es eine großangelegte Aktion der BDS-Bewegung. Damit hatte die Stiftung nicht gerechnet und ist eingeknickt.“

Geht man heute auf die Homepage der Robert-Bosch-Stiftung, dann springt einem der Hinweis auf deren Filmförderpreis für deutsch-arabische Produktionen entgegen. „Die Robert-Bosch-Stiftung,“ so heißt es im nachfolgenden Text, „hat während der Berlinale den Filmförderpreis 2016 für internationale Zusammenarbeit an Nachwuchs-Filmemacher aus Deutschland und der Arabischen Welt vergeben. Die Auszeichnung ist mit insgesamt 210.000 Euro dotiert.“

Filme und das Verständnis zwischen der arabischen Welt und Deutschland fördern, das ist eine gute und schöne Sache, gegen die kein Gutmeinender etwas haben kann. Doch es stellt sich die Frage, ob ein so großer Tanker wie die Robert-Bosch-Stiftung nicht mit ebensolcher Selbstverständlichkeit ein gemeinsames Projekt mit dem Jüdischen Nationalfonds KKL vertreten könnte? Ein Projekt, das in Afrika weit mehr Menschen geholfen hätte, als in Deutschland dagegen protestiert haben. Die Antwort gab Stiftungs-Geschäftsführer Joachim Rogall am 3. Dezember selbst: „Wir wollen dazu beitragen, dass bestimmte Projekte nicht abgelehnt werden, weil sie aus Israel kommen. Das sehe ich als unsere Aufgabe.“ – Und also?

Einige Gesprächspartner, die wir in diesem Artikel zitieren, oder auf deren Aussagen wir uns beziehen, wollten namentlich nicht genannt werden. Dies respektieren wir. Es liegt jedoch zu jedem Gespräch, das wir geführt haben, ein Protokoll vor. Alle Informationen und Zitate, deren genaue Herkunft wir nicht angeben können, haben wir nur verwendet, wenn ihr Inhalt durch unsere Gegenrecherche bestätigt wurde.

Eine Halbjahresbilanz im Asylbewerberheim:

Weder Sozialromantik noch Hass – eher Sisiphos

Von Eva Quistorp

Inzwischen habe ich in den 6 Monaten im Asylbewerberheim, seit Merksels großem Mantra „Wir schaffen das“, wie Hunderttausende andere Ehrenamtliche auch mit vielen Asylbewerbern den Sommer, den Herbst, den Winter und die fünfte Jahreszeit, den Fasching erlebt. Unzählige Talkshows zum Thema liefen seitdem im Fernsehen.

On den etwa 1.300 Asylbewerbern in „meinem“ Heim grüßen mich wohl um die 150, davon 40 Kinder, was mich jedes Mal freut. Um die 50 Asylbewerber habe ich näher kennengelernt, habe mit ihnen Tee getrunken, auf der Bank im Hof gesessen, Musik oder „Allah Akbar“-Rufe aus ihren Handys gehört. Ich habe mit ihnen in der Kantine gegessen, ihnen guten Appetit gewünscht, obwohl gutes Gemüse und Würste, ausreichend Abwechslung beim Essen, fehlt, und furchtbar viel weggeschmissen wird.

Sie freuen sich alle, wenn sie mich auf der Straße oder in der U-Bahn wiedererkennen. Das irritiert eine alte Westberlinerin, denn so herzlich, so sanft und höflich wurde ich sonst selten in der anonymen U-Bahn-Szene begrüßt. Ich habe den Eindruck, dass ich langsam die Macken, die Blickwinkel eines Kriegsreporters oder von „Ärzten ohne Grenzen“ teile. Ich passe nicht mehr in das High Society- oder Subkultur-Berliner-Leben mit der Berlinale, den Partys, den Events, den Konferenzen, den Yogakursen und Lifestyle-Sorgen.

Gestern guckte ich, als ich zum Thema „Fluchtursachen bekämpfen“ mal wieder im Bundestag war, sofort auf die Frau mit dem Putzwagen. Denn sie war die und das Einzige, was mich mit meinen Erfahrungen im Heim verband. Als ich unter Vollmondschein die Spree entlang nach Hause ging, wunderte ich mich, keine Männergruppen zu sehen. Ich erwischte mich bei dem Gedanken, dass es doch schön sei noch mal so wie früher ganz allein auf der Straße zu gehen und wie einst an Frieden zu glauben. Dass einiges noch wie früher schien, sich doch nicht alles geändert hat, wirkte beruhigend auf mich.

Hatte doch Frau Göring-Eckhardt im September großspurig angekündigt, dieses Land wird sich ändern, es wird religiöser werden. Ich wusste nie, ob sie das als Zwangsbeglückung für alle, als Drohung oder als wunderbare Verheißung meinte. Leider folgten auf die Zukunftsforneln und Beruhigungsfloskeln die Zunahme von Konflikten, die Polarisierung der Mitte der Gesellschaft, der Anstieg der AFD und rechtsextreme Gewalttaten. Was sich in diesem Land sinnvoll ändern soll, was besser nicht, wie es geschafft werden kann, darüber muss genauer und alltagsnäher geredet werden. Mehr Bürger und die redende Kaste müssten einfach vor Ort hilfreich anpacken, deeskalieren, Versorgungs- und Integrationsprobleme lösen, wie es viele vormachen, die wenig in den Medien auftauchen. Sonst halte auch ich wie einige Ehrenamtliche die Rolle von Sisiphos, in die ich mich jetzt in der Arbeit und dem Leben mit den vielen neuen Asylbewerbern zu fügen versuche, nicht so lange aus, wie es angesichts der Europa- und Weltlage nötig wäre.

Die letzten 6 Monate als Lehrjahre
Wenige der Asylbewerber oder auch der Ehrenamtlichen – auch das Wort kommt in den Deutschheften für Aus-



Die Autorin (3.v.r.) beim Weltfrauentag.

länder nicht vor – haben als Gesprächsstoff die Attentate in Paris, die sexualisierten Gewaltausschreitungen von Männern aus Nordafrika in Köln oder die der rechtsextremen Szene. Die meisten gucken ständig Nachrichten

Übersetzer zu besorgen, mit ihnen hinzugehen. Andere beschwerten sich über kaputte Heizungen, andere wollen Spielzeug nur für ihre eigenen Kinder und horten diese in ihren Zimmern. Einige wollen, dass ich ihnen eine Woh-

„ Manche kommen mir wie Kinder vor. Das wollen wohl viele, die gut mit fauler Toleranz gelebt haben oder gern von Augenhöhe reden, nicht begreifen und denunzieren es als Paternalismus. “

aus Syrien und ihren Heimatländern, halten mit dem Handy Kontakt mit ihren Familien, oft riesige Großfamilien mit zehn Söhnen, wie sie mir stolz erzählen. Ein filmreifes Bild sind die Abende, wenn der WLAN-Anschluss von vielen Männern im großen Flur im Heim gesucht wird und sie aufgereiht nebeneinander hocken oder sitzen, fast wie ich es aus den Männercafés aus der Türkei oder Algerien kenne. Nur wenige Frauen in einer Extraecke. Die grüße ich extra und umarme sie. Die eine ist aus Aleppo, die andere aus Bagdad, eine aus Eritrea und Nigeria. Wie soll ich das alles im Kopf zusammenhalten? IS-Terror, Boko Haram, die Bombardierungen der Krankenhäuser in Aleppo von Assad und Russland, der Krieg von Erdogan gegen die Kurden, die Diktatur in Eritrea. Was die Frauen wohl alles gesehen haben? Die Frauen aus Afrika ohne Kopftuch strahlen mich an, eine will hier gern Kosmetikerin werden, die andere ist wie viele hier schon wieder schwanger.

Gern würde ich sie alle zu der Frauendemonstration am 8. März mitnehmen, sie alle zusammen in ein Frauencafé einladen, sie ihre Biografien aufschreiben lassen. Männer bitten mich, ihnen ihre Bescheide vom Amt zu übersetzen oder verständlich zu machen, ihnen Arzttermine zu organisieren, dazu

nung oder einen Job besorge, was mir das Gefühl von vollkommener Überforderung gibt. Es scheinen Unmengen an Sozialarbeiterinnen und Übersetzerinnen neben Wohnungen und passenden Jobs zu fehlen. Wie schaffen wir das?

Die Lage in den Willkommens- und Übergangsklassen ist auch nicht rosig. Wo sollen die 25.000 Lehrerinnen herkommen, die auf die Probleme vorbereitet sind oder sie als Chancen gestalten können? Wann können Asylbewerber, Schüler und Vereine gemeinsam in den Turnhallen Sport und Tanz üben? Wer zahlt für das alles? Das fragt Sigmar Gabriel zwar sehr spät erst, aber mit Recht.

Es gab eine Menge Polizeieinsätze und oft Krankenwagen vor dem Heim, auch Gewaltszenen. Von denen bekam ich immer nur das Ende mit – wenn es darum ging, dass jemand ausgewiesen wird wegen Gewalttätigkeit und nicht versteht, wie man ihm das antun kann, wie man ihn von der Familie trennen kann. Da findet in einem Moment die extreme Nähe von Willkommen und Abweisen statt, die wohl nur wenige in der Berliner Kultur- und Debatten-Szene vor Ort mitbekommen. Die Asylbewerber beklaugen sich auch, sogar die Handys. Ich rege mich auf, will sofort helfen und suchen. Doch die

Sicherheitsleute und die Ehrenamtlichen im Helferbüro zucken nur mit den Schultern, „das ist halt bei denen so“.

Ein Sicherheits-Lümmel spielt mir gegenüber den mächtigen Macker und will mich wieder nicht ins Haus lassen, will seinen Namen und seine Nummer nicht angeben. Der Heimleitung ist es zu viel Stress, dem eine Entschuldigung abzuverlangen.

An einiges, das ich vernünftig durchdenke und als Realität anerkennen muss, kann ich mich nicht ohne Bauchschmerzen und schlaflose Nächte gewöhnen. Das Gefühl, dass die Welt aus den Fugen sei, bricht auch bei mir durch. Verwaltungen und Kommunen brauchen Grenzen ihrer Belastung, mehr Hilfe und Geld von der Bundesregierung. Es muss ein Ende des Asylbewerberstromes in so schneller Zeit und mit solchen Massen absehbar sein, sonst kommt einem jede Arbeit an der Integration vergeblich vor. Ich fühle mich erschöpft, ohnmächtig, so wie wohl viele Hauptamtliche und auch Polizisten. Die Gutwilligen aller Art brauchen eine Atempause. Wer gibt uns Inseln der Ruhe und Stabilität?

Da tut ein Konzert der Berliner Philharmoniker für die Helfer gut. Viele legten sich auf den Boden im Foyer und meditierten bei Harfenklang. Doch es fehlen Orte des langsamen Erklärens, Vermittelns, des Nachdenkens und des Einübens gewaltfreien Streitens, Kompromisse zu finden, was früher in vielen Kirchen oder Gewerkschaften, Vereinen, Schulen geschah. Die Kulturszene und Wissenschaft ist zu sehr in ihren Milieus abgekapselt. Wenige arbeiten konkret an Erfolgsprojekten des Zusammenlebens in Europa und im Nahen Osten, in Nordafrika. Experten, Wissenschaftler, Massenmedien stürzen sich eher auf Pegida, als auf die stillen, vielfältigen Integrationsprojekte. Hollywood ist wichtiger in den Nachrichten als Treffpunkte und Begegnungsprojekte der Alternativen zur hemmungslosen Globalisierung. Wenn Frau Kipping in Talkshows meint, es wären doch nur ein Asylbewerber auf 80 Deutsche im Vergleich zum Libanon, krieg ich die Wut. Ich habe auf jeden Fall gelernt, die Fragen der Integration und meiner Fähigkeiten dabei genauer, schärfer und weitsichtig zu stellen.

Auch viele Asylbewerber kämpfen damit, dass sie sich Illusionen gemacht haben, dass sie Schleppern oder Facebook geglaubt haben. Deutsch lernen und lehren ist wirklich nicht so einfach, wie darüber in Talkshows geredet wird. Nirgendwo habe ich bisher ein Plakat vom BAMF gesehen, dass man einen Job wirklich nicht ohne Deutschkenntnisse bekommt, nirgendwo ein Plakat, das über wichtigste Spielregeln oder Geschichtsdaten in Deutschland und Europa aufklärt. Lehrerinnen, die arabisch und Farsi sprechen oder Afghanistan, Syrien oder den Irak gut kennen, sind rar. Man hätte doch den Übersetzern aus Afghanistan, die für Deutschland gearbeitet haben, sofort und schnell Asyl geben sollen und könnte sie jetzt als Deutschlehrer hier gebrauchen.

Deutsch lernen ist wichtig – sagen alle

Einige Asylbewerber sind leider sang- und klanglos in andere Orte oder Hei-

me verschwunden, einige haben sich ihre jungen blonden Ehrenamtlichen ausgesucht. Andere treiben sich in der Stadt herum oder gehen in Deutschkurse außerhalb des Heimes, die mir nicht sehr erfolgreich für die Sprechfähigkeit erscheinen. Die Verlage haben wie die Catering- und Security-Firmen ein Geschäft mit den Asylbewerbern gemacht. Einige Syrer gehen fleißig studieren. Alle reagierten aufgeregt, als sie das Foto von Frau Merkel im Deutschheft für Asylbewerber fanden, an dem ulkigerweise auch das Wort Zähne an ihrem Gesicht gelernt werden soll.

Die Mehrheit der Deutschhefte sind bisher für die aktuelle Lebenslage der Asylbewerber aus den zerfallenden Staaten vollkommen unangemessen. Für alle Fragen und Gefühle, Erfahrungen, die sie beschäftigen gibt es keine Bilder, keine Worte, keine Sätze. Die Worte „Frieden, Trauer, Verlust, Angst, Träume, Albtraum, Schmerz, Freude, Sehnsucht, Krieg, Flucht, Heimat“ fehlen. Sogar die Wort „Deutschland“ und „Demokratie“ fehlen ebenso wie „Tränen, Liebe, Versöhnung, Gewalt, Rache, Freundschaft, Diskussion, Kompromiss, Höflichkeit, Verhandeln, Verbot, Spielregeln“. Das sind alles Worte, die sie dringend brauchen würden.

Sie brauchen früh und ausdauernd einen guten Sprachunterricht, zum einen, um sich auszudrücken, aber auch um die neue, freiere Welt mit ihren Regeln einordnen zu können, ihre Welt-sicht durch deutsche Worte zu erweitern.

Nachdem die Verlage an ihren alten Auflagen der Deutschlern-Hefte in den letzten Monate noch mal gut verdient haben, bin ich gespannt, was sie demnächst endlich Neues rausbringen werden und wer sie dabei beraten durfte, wer die neuen Lehrerinnen und Erzieherinnen weiterbildet für die interkulturelle Arbeit, die oft psychische und soziale Schwerstarbeit ist, die in der digitalen Welt noch weniger wert scheint als schon vorher. Lehrerinnen, Sozialarbeiter und Erzieherinnen die für immer mehr Anteile von ausländischen Kindern geeignet sind, fehlten schon vor dem Massenandrang der Flüchtlinge.

Ein neuer Ort des Lernens ist für einige meiner Schützlinge ein Bioladen geworden, der eine Art Kultur- und Seelsorge-Ort für Polen, Türken, Kroaten, Iraner ist, die ein offenes Ohr und weites Herz für Sorgen bei dem Iraner finden, der selbst über die Berge und die Türkei zu Fuß nach Deutschland gekommen ist. Er hilft mir seit Wochen, Übersetzer für Farsi zu finden.

Nebenbei bekomme ich dann die Meinungen der Iraner und Türken, die schon länger in Berlin leben und sich hier durchgeschlagen, etwas aufgebaut haben, über die neuen Migrantenströme mit: „Die passen nicht nach Deutschland, die passen nicht in die moderne Welt, die kennen Deutschland überhaupt nicht!“ Sie sagen es mit Kopfschütteln, mit Mitgefühl, nicht als Ausdruck von Hass. Denn sie wissen, welche Anstrengungen vor allem die, die erst hier Deutsch lernen, die eine schlechte Schulbildung haben, die Analphabeten sind, zu leisten haben, woran sie scheitern können. Sie sind auch wegen der großen kulturellen und religiösen Unterschiede skeptisch.

Schließlich sind die Flüchtlinge aus dem Iran meist Gegner der islamischen Theokratie und wissen, wie hartnäckig rigide islamische Lehren gerade bei Ungebildeten eine dauernde Barriere der Integration bilden können. Bei meiner Be-

gleitung einiger Flüchtlinge zu Ärzten, wo ich lange nach Ärzten suchen musste, die arabisch oder farsi sprechen, stieß ich auf eine junge Iranerin, die meinte, „die wollen doch alle nur ein Attest fürs Asyl, die sind oft gar nicht schwer krank, von denen hatten wir hier seit Wochen ganz viele.“ Viele in den Praxen antworten nett, nehmen sich Zeit, doch sind genervt davon, dass Asylbewerber wie selbstverständlich erwarten, dass für sie übersetzt wird, sie die Praxen füllen können, meinen, dass sie hier ins Paradies geflohen sind, in ein Land in dem niemand schon vorher gestresst war und auch Alteingesessene wochen- oder monatelang auf Arzttermine warten oder kein Geld für

gig machen. Daher stimme ich den Konzepten Bayerns für Integrationskurse und auch für Sanktionen bei Fernbleiben zu.

Wer sind eigentlich die Ehrenamtlichen?

Die Ehrenamtlichen finden sich selbst meist toll, wie ich bei dem ersten Treffen der Ehrenamtlichen unseres Heimes merkte. Schließlich waren viele die Pioniere der Willkommenskultur. Ohne sie wäre schon im August 2015 vieles zusammengebrochen. Es war für viele Ehrenamtliche ein Sommer der Euphorie, des Tatendrangs, der freudigen Improvisation, des an-die-eigenen-Grenzen-Gehens, das Gefühl, etwas Wichtiges zu leisten,

„ Die Ehrenamtlichen finden sich selbst meist toll – wie ich bei dem ersten Treffen der Ehrenamtlichen unseres Heimes merkte. Der August 2015 war für sie ein Sommer der Euphorie. Neben Salafisten und Strenggläubigen mit schwarzen Kopftüchern gibt es unter Ehrenamtlichen auch Linksradi-kale, die die Schuld an den Krisen der Welt nur dem Westen, dem Kapitalismus, dem Mossad und den USA geben. Mittlerweile werden die Ehrenamtlichen weniger.. “

teure Medikamente haben.

Manche kommen mir auch wie Kinder vor, denen man die Grenzen der Realität und das Land, in dem sie gelandet sind, die Arbeit hier, den Leistungsdruck, die Pluralität, das Durcheinander in Lebensstilen und Werten wie im Kindergarten oder Grundschule erklären müsste. Ein Psychotherapeut in der FAZ meinte, wir sollten die Elternrolle gegenüber den Flüchtlingen annehmen. Das wollen wohl

direkt Teil an der Weltgeschichte zu haben. Das Gefühl, wir sind die Guten, die Kanzlerin schafft das alles nicht ohne uns, ist groß. Eine Haltung gegen die Politik konnte sich da auch gut untermischen, zumindest gegen die, die Grenzen wollen und nicht allen Bleiberecht versprechen. Neben den Salafisten und Strenggläubigen mit schwarzen Kopftüchern gibt es unter Ehrenamtlichen auch Linksradi-kale bei „refugees welcome“, auch einige,



Die Autorin beim Weltfrauentag.

viele, die gut mit fauler Toleranz gelebt haben oder gern von Augenhöhe reden, nicht begreifen und denunzieren es als Paternalismus.

Doch viele Ehrenamtliche sind da lässiger, fragen mich sogar, wieso die denn Deutsch lernen oder in die Kurse kommen sollen, die hätten doch andere Probleme, man müsse doch nur nachsichtig mit denen sein. Diese Haltung halte ich für fatal, weil sie gerade in den ersten Wochen den Willen zur Integration schwächt. Zu viel Nettigkeit von den Ehrenamtlichen, zu viel nur-helfen-wollen, kann auch abhän-

die die Schuld an den Krisen der Welt nur dem Westen, dem Kapitalismus als solchem und nur unseren Waffenexporten geben, dem Mossad und den USA. Solche Verschwörungstheorien kursieren leider auch bei Asylbewerbern.

Auch solcher Wahnvorstellungen müssen wie ein rigides Koranverständnis, Diskriminierung von Juden, Christen und Ungläubigen in Integrationskursen und in Radios und Zeitschriften überwunden werden, in Theater- und Malkursen. Es gibt reizende jüngere und ältere Ehrenamtliche, die mit einer wunderba-

ren Unschuld des humanitären Handelns ihre Zeit und Liebe den Asylbewerbern zuwenden.

Es gibt Organisationsfreaks, Experten für die Vermittlung an Gesundheitsämter, an Juristen oder an die Berufsschulzentren. Handwerker sind ebenso rar wie Angebote selber etwas zu reparieren, selber mit anzupacken. Zum Hofputzen gab es Aufrufe. Putzen tun aber täglich, auch sonntags, meist Frauen aus Bulgarien und auch einige stille, vom Leben gezeichnete Männer. Die meisten älteren Putzfrauen haben schlechte und nicht mehr alle Zähne. Was sie wohl alles sehen und was sie denken? Ich habe sie erst mal nur gefragt, ob sie den Mindestlohn bekommen. Zu Weihnachten habe ich auch ihnen etwas geschenkt, damit nicht nur die Asylbewerber Geschenke und Aufmerksamkeit bekommen und habe die Kinder extra zuzugucken lassen.

Die Ehrenamtlichen werden weniger, denn Differenzen werden deutlich wie bei „Moabit hilft“ zum Beispiel. Organisations- und Kommunikationsschwächen können nicht einfach durch Facebook-Gruppen gelöst werden. Fahrkarten umsonst zu verteilen, ohne sie an die Pflicht für Deutschkurse zu binden, halte ich für falsch! Der mangelnde Respekt gegenüber dem Deutschunterricht im Asylbewerberheim, von dem alle möglichen Experten reden, ist kein kleiner Fehler. Es gibt bisher nicht ein Plakat des Bürgermeisters, der immerhin einen Tag der offenen Tür im Rathaus möglich machte und zum Konzert in der Philharmonie für Ehrenamtliche kam, zum Deutschlernen. Auch von den Heimleitungen kein buntes großes Plakat, das zu Respekt gegenüber Kindern und Frauen auffordert, das mit Bildern klärt: „Keine Gewalt im Heim und auch nicht auf der Straße!“ Das ist weder Mc Kinsey oder den Medienteam vom Frau Özoguz eingefallen, auch nicht dem Arbeiter-Samariter-Bund. Eine seiner schönen Postkarten lautet mit dem Foto eines surfenden Jungen: „Wer seine Heimat verliert, findet bei uns eine neue.“ Was heißt das denn für die Frauen, Mädchen, Christen im Heim oder Schwule, die schwere Belästigungen erleiden?

Ein Lichtblick in Begegnungskultur der letzten Monate war das Konzert mit Barenboim, Rattle und Fischer in der Philharmonie mit Mozart und Beethoven, wo aber leider nur 2.000 Asylbewerber und Helfer teilnehmen konnten von 6.000, die wollten.

Mir bleibt wohl für die nächsten Monate die Aufgabe, mein Selbstbild zu erweitern um Sisiphos, muss ihn mir auch als Frau vorstellen. Sie wälzt einen Stein immer wieder den Berg hoch. So kann ich die Schwerstarbeit der Integration nicht leugnen und die Notwendigkeit von Grenzen, die Unklarheit, wer denn nun die Integrationskosten zahlt. Wie viele in den Kommunen, Ärzte, Lehrerinnen, Schüler, Theaterleute, Sozialarbeiter ziehen wir aus den Freuden der menschlichen Begegnungen, heiterem Lernen die Kraft, den Stein wieder langsam hochzuschieben. Sonst fallen uns und Europa die Steine auf den Kopf. Albert Camus kam aus Nordafrika, aus Algerien, so wie Boualem Sansal und Kamel Daoud, deren Bücher heute in Integrationskurse und an unsere Unis gehören, wenn sich alle von falschen Helden- und Geschichtsbildern verabschieden sollen.

Vielleicht kann ich ja im Sommer Modina mit zum Reichstagsufer nehmen und ihr da das Grundgesetz auf den gläsernen Tafeln zeigen, daran mit ihr lesen üben und das Lied, die Gedanken sind frei. Heute hat da schon eine Amsel geträllert, oder war es eine klimaverstörte Nachtigall?

Ins Zentrum des nordrhein-westfälischen Israel-Hasses

Der ehemalige Piratenpolitiker und Israel-Freund Daniel Schwerd wechselt zur NRW-Linken.

Von Roland Kauffold

Am 4. März 2016 teilte die NRW-Linke in einer Presseerklärung mit: „Die Linkspartei ist wieder im Landtag vertreten“. Dies wirkt überraschend, war sie doch bei der Landtagswahl im Mai 2012 nach nur zwei Jahren wieder aus dem NRW-Landtag geflogen. Ihre ideologischen, an stalin'sche Zeiten erinnernden Grabenkriege hatten die Wähler binnen zwei Jahren vertrieben. Ihr Stimmenanteil hatte sich mehr als halbiert: Von 5,6 % auf 2,5 %.

Dass es sich bei ihrem Neuzugang um den angesehenen ehemaligen Piratenpolitiker Daniel Schwerd handeln dürfte ist kein Geheimnis. Der in Köln lebende 49-Jährige war im Oktober 2015 nach zermürbenden internen Auseinandersetzungen aus der NRW-Piratenfraktion sowie aus der Partei ausgetreten. Seitdem sitzt er als Fraktionsloser im Landtag. Wegen seiner Medien- und Wirtschaftskompetenz gilt er als geschätzt. Sein konsequentes Auftreten gegen jegliche Form von Antisemitismus hatte ihm – der einen jüdischen Familienhintergrund hat – jedoch auch Feindseligkeiten mit Teilen seiner eigenen Partei eingebracht. 2013 hatte er bereits aus Enttäuschung über antisemitische Querelen den Vorsitz des Kölner Kreisverbandes seiner Piratenpartei niedergelegt.

Während des Gazakrieges im Sommer 2014 hatte Daniel Schwerd in einem Interview mit „haGalil“ unmissverständlich Partei für die schwierige Position des angegrif-



Daniel Schwerd



Ralf Michalowsky

fenen Israel bezogen und Israels Recht und Pflicht zur Selbstverteidigung unterstrichen. Die Beleidigungen und Einschüchterungsversuche gegen hier lebende Juden beunruhigten ihn. In scharfer Weise hatte er insbesondere die sich antizionistisch profilierenden NRW-Linken kritisiert: „Es ist schon eine neue Form der Bedrohung, oder vielmehr die Wiederkehr einer Form von Bedrohung, die wir lange nicht so offen gesehen haben. Die Gewalt wird wieder körperlicher und unmittelbarer – das Gefühl der Bedrohung wird wieder konkreter. (...) Wenn Menschen sich nicht trauen, in die Synagogen oder jüdische Einrichtungen zu gehen, als Jude erkennbar zu sein, oder auch zu viel Angst haben, ihre Meinung zu äußern und auf eine Demonstration zu gehen, ist das eine fatale Entwicklung in unserer Gesellschaft. Sehr traurig bin ich über die Angriffe gerade aus den linken Reihen. Hier hätte ich ein anderes

Menschenbild erwartet. Die Haltung vieler Linker gerade aus NRW hat mich erschreckt und entsetzt.“

Im April 2015 hatte Daniel Schwerd auf „haGalil“ – „Operation Last Chance“. Die letzten lebenden NS-Täter zur Verantwortung ziehen“ – eine Fortsetzung der strafrechtlichen Aufarbeitung der Naziverbrechen gefordert.

Und nun wird Daniel Schwerd ausgerechnet Mitglied der NRW-Linken? Einer Linken, deren führenden Repräsentanten im Sommer 2014 während des Gazakrieges gemeinsam mit Islamisten, militanten „Palästinensern“ sowie türkischen antisemitischen Rechts- und Linksextremisten gegen Israel und gegen Juden aufgetreten sind – als Redner wie auch als Kundgebungsanmelder. Die schockierenden Bilder und Hetzszene insbesondere aus Essen, aber auch aus Köln, das Gebrüll „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“, „Adolf Hitler! Adolf Hitler!“, „Kindermörder Israel“, ja vereinzelt sogar „Juden ins Gas“ aus dem Munde Hunderter aufgehetzter vorwiegend arabischstämmiger Judenhasser, politisch unterstützt durch die höchsten Repräsentanten der NRW-Linken, sind für Viele in ihrer schockierenden Dramatik unvergessen.

Die traumatisch anmutenden Bilder, für die führende Vertreter der NRW-Linken

maßgeblich Verantwortung tragen, stehen bis heute im Netz:

Der auch heute noch amtierende Landesvorsitzende der Linken, Ralf Michalowsky, hatte am 27. Juli 2014 daraufhin insbesondere gegen Daniel Schwerds Stellungnahme polemisiert und sich an der medialen Einschüchterung der hier lebenden Juden beteiligt. In grotesker Fehlwahrnehmung der erschreckenden Bilder während des Gazakrieges 2014 insbesondere in NRW-Städten sprach Michalowsky von „Kampagnen“ und von „medialen Hasspredigern“, und twitterte:

„Die hysterischen Warnungen vor einem neuen Antisemitismus in Deutschland sollen von Israels Vorgehen in Gaza ablenken.“

Man darf gespannt sein, wie lange sich der überzeugte Demokrat und Israelfreund Daniel Schwerd in dieser Umgebung wohlfühlt – und wie lange man ihn duldet. Vor allem auch, wie lange man ihn bei den Linken seine israelsolidarische Position öffentlich vertreten lässt. Eigentlich alles spricht dafür, dass die NRW-Linken ihn spätestens bei der Aufstellung ihrer Landtagskandidaten 2017 kaltstellen werden. Aber warten wir es ab. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Vielleicht jedoch – das wäre eine wunderbare Perspektive – übernimmt Daniel Schwerd die Grundhaltung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Bernie Sanders, so wie er diese kürzlich auf CNN in eindrücklicher Weise vorgetragen hat: „Ich bin stolz darauf jüdisch zu sein!“

Israel-Feind Abbas unter Kollaborations-Verdacht

Rupert Neudeck vergleicht Abbas-PA mit Quisling-Regierung, weil sie mit Israel „kollaboriere“

Von Gerd Buurmann

„Die Regierung in Ramallah ist vergleichbar mit der Quisling-Regierung in Norwegen in der Nazi-Zeit, eine Regierung, die von den Nazis eingesetzt wurde. Eine Regierung, die gemeinsame Sache mit dem Besatzer macht. Die Palästinenser leben zwar gut in der Autonomie-Behörde, aber es gibt den Geruch der Kollaboration.“

Diese Worte von Rupert Neudeck wurden am 18. März 2016 im „Kölner Stadt-Anzeiger“ veröffentlicht.

Ich sage dazu: Ein Mann, der in der Auseinandersetzung mit dem Krieg, der gegen Israel geführt wird, zu einem Nazivergleich greift, der darauf abzielt, ausgerechnet Israel mit Nazideutschland zu vergleichen, ist ein emphathieloses Astloch!

Rupert Neudeck hätte in der Debatte um Israel und die umstrittenen Gebiete, in denen laut Wunsch der Hamas und vieler Mitglieder der Fatah kein einziger Jude leben soll, viele Vergleiche ziehen können, aber er entschloss sich dazu, das kleine Land Israel, das sich gegen seine physische Vernichtung wehren muss, mit Nazideutschland zu vergleichen, obwohl er weiß, dass in Israel die Nachkommen eben jenes Volkes leben, das beinahe von Nazideutschland ausgerottet worden wäre und eben dieses Nazideutschland noch heute von Führern judenhassender Vereinigungen wie Hamas und DFLP verehrt wird, unter anderem durch das stolze Zeigen des Hitlergrüßes.

Diese DFLP hat in ihrer Geschichte mehrere tödliche Bombenanschläge verübt. Bei einer Geiselnahme in einer Schule in der nordisraelischen Stadt Ma'alot im Jahr 1974 zum Beispiel wurden 21 Schulkinder von Sprengfallen der DFLP getötet und mehr als 60 weitere Schüler verletzt.

Nicht nur in Gaza wurde diese Vereinigung im Jahr 2016 gefeiert, auch das Kölner Bürgerzentrum „Alte Feuerwache“ lud zur Feier der DFLP mit der Begründung: „Die DFLP ist eine linke Partei.“ Die Alte Feuerwache fügte hinzu, die DFLP werde nicht als Terrorgruppe betrachtet, sondern als eine „Befreiungsorganisation“.

Im Kölner Bürgerzentrum „Alte Feuerwache“ wurde – finanziert und unterstützt von der Stadt Köln – die dem Bürgerzentrum Fördergelder gibt, eine Party gefeiert für eine Bewegung, in deren Namen

und das Bürgerzentrum „Alte Feuerwache“ in Köln feiert das mal richtig derbe ab und zeigt Solidarität.

Der Sprecher der Hamas, Mushir Al-Masri, erklärt am 9. Oktober 2015 vor einer jubelnden Menge:

„Die Jerusalem-Intifada wurde ins Leben gerufen, und so Allah will, wird sie unumkehrbar sein. Das Messer ist unsere Wahl! Das Messer symbolisiert die Schlacht um das Westjordanland und um Jerusalem.“

Die Intifada ruft „Das Messer ist unsere Wahl“ und das Bürgerzentrum „Alte Feu-

„Rupert Neudeck von „Cap Anamur“ bezeichnet Abbas als „Kollaborateur Israels“, räumt aber ein, dass die Araber in den PA-Gebieten gut leben.“

unzählige Juden mit Messern auf offener Straße abgestochen, mit Autos an der Bushaltestelle überfahren, von Bomben in Geschäften zerissen, von Gewehren in Cafés erschossen und mit Beilen in Synagogen abgeschlachtet werden. Bis heute hat sich das Bürgerzentrum mit keinem einzigen Wort von dem Hass und dem Morden der DFLP distanziert und das obwohl die Feierlichkeit in Köln mit diesen Worten umworden wurde: „Solidarität mit der Intifada“.

Was Intifada bedeutet, erklärte der Kleiner Muhammed Salah „Abu Rajab“ am 9. Oktober 2015 in der Al-Abbar Moschee in Rafah: „Stecht die Juden ab! Sie haben keine Chance! Wir werden die Juden nicht mehr vertreiben! Wir werden sie allesamt abstechen und abschlachten!“

Die Intifada ruft „Stecht die Juden ab“

erwache“ in Köln lädt zum Tanz der Messer!

Am 17. September 2015 erklärte auch Machmud Abbas von der Fatah, was „Intifada“ bedeutet:

„Wir begrüßen jeden Tropfen Blut, der um Jerusalems Willen vergossen wurde. Dieses Blut ist rein, es ist pures Blut, vergossen für Allah und für seinen Willen. Jeder Märtyrer wird einen Platz im Paradies finden und jeder Verwundete von Allah belohnt werden.“

Das Bürgerzentrum „Alte Feuerwache“ kümmert sich nicht um diesen Hass und erklärt stattdessen, die DFLP sei eine „Befreiungsorganisation“. Das Internetportal „Ruhbarone“ erklärt dazu:

„Das muss man erstmal sacken lassen, die DFLP – eine Befreiungsorganisation! So ordnet der Verein Bürgerzentrum Alte

Feuerwache e.V. also eine Bande von Mördern ein, die seit Jahrzehnten für dutzende von Terroranschlägen auf militärische und zivile Ziele verantwortlich ist, die Ausbildungslager unterhält und Tunnel gräbt, damit ihre ‚Messer-Brigade‘ möglichst viele Juden auf den Straßen Israels überfallen und töten kann. Dass die DFLP sehr wohl auch eine Weile auf der Liste terroristischer Organisationen des US-Außenministeriums geführt wurde, dann aber – wie zum Beispiel auch die Roten Khmer – wieder gestrichen wurde, ist da nur eine belanglose Randnotiz.

Die Alte Feuerwache sieht ‚keinen Anlass zur Kritik‘. Der Verein betont sogar, den Veranstalter der Party zu Ehren der DFLP schon seit 30 Jahren zu kennen. Dementsprechend eng sind offenbar die Beziehungen zwischen dem Bürgerzentrum und dem deutschen Unterstützernetzwerk des palästinensischen Terrors. Köln, Partnerstadt von Tel Aviv, muss aufgrund der Faktenlage die großzügig ausgeschütteten öffentlichen Zuwendungen, die das Bürgerzentrum maßgeblich tragen, auf den Prüfstand stellen. Und nicht zuletzt sind Behörden und Dienste gefordert, denn die Öffentlichkeit sollte erfahren, in welchem Ausmaß im Bürgerzentrum Gewalt propagiert wird und ob möglicherweise auf den diversen Veranstaltungen Spendengelder für ausländische terroristische Organisationen gesammelt wurden und werden.“

Köln ist eine Stadt, in der aus Steuergeldern ein Bürgerzentrum bezahlt wird, in dem der Mord an Juden gefeiert wird, während ein Mann in der bekanntesten Zeitung der Stadt (Anm. d. Red.: in Köln gehören alle Zeitungen zum selben Unternehmen) unwidersprochen Israel mit Nazideutschland vergleicht.

Der kaum beachetete Terroranschlag in Deutschland

Eine 15-jährige Salafistin versucht in Hannover einen Polizisten zu erstechen

**Von Soeren Kern,
Gatestone Institute**

Ein 15-jähriges deutsches Mädchen marokkanischer Abstammung stach in Hannover auf einen Polizisten ein und verletzte ihn schwer. Der Messeranschlag scheint der erste vom Islamischen Staat inspirierte „Einsamer-Wolf“-Anschlag in Deutschland zu sein.

- Hans-Georg Maaßen, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) warnte am 5. Februar, dass der Islamische Staat gezielt Dschihadisten unter den Flüchtlingen einschleuste, die nach Europa strömen und berichtete, dass die Zahl der Salafisten in Deutschland inzwischen auf 7.900 gestiegen ist. 2014 waren es 7.000, 2013 noch 5.500.

- „Salafisten wollen auch in Deutschland einen islamischen Staat errichten.“ – Hans-Georg Maaßen, Präsident des Bundesamtes für den Verfassungsschutz.

- Mehr als 800 Einwohner Deutschlands – von denen 60 % Inhaber deutscher Pässe sind – haben sich dem Islamischen Staat in Syrien und dem Irak angeschlossen. Davon sind rund ein Drittel nach Deutschland zurückgekehrt. – Bundeskriminalamt.

- Bis zu 5.000 europäische Dschihadisten sind auf den Kontinent zurückgekehrt, nachdem sie auf den Schlachtfeldern des Nahen Ostens Kampferfahrung gesammelt haben. – Rob Wainwright, Direktor von Europol.

Der Vorfall ereignete sich am Nachmittag des 26. Februar im Hauptbahnhof von Hannover, als zwei Polizisten bemerkten, dass das – nur als Safia S. identifizierte – Mädchen sie beobachtete und ihnen folgte. Die Beamten gingen auf das ein islamisches Kopftuch tragende Mädchen zu; sie forderten sie auf ihren Ausweis vorzuweisen. Nachdem sie diesen übergab, stach sie einem der Beamten mit einem sechs Zentimeter langen Küchenmesser in den Hals.

Nach Angaben der Polizei ereignete sich der Angriff derart schnell, dass der 34-jährige Beamte, der eilig ins Krankenhaus gebracht wurde, nicht in der Lage war sich zu verteidigen. Nach ihrer Festnahme stellte die Polizei fest, dass Safia noch ein zweites, größeres Messer dabei hatte.

„Die Täterin wirkte eiskalt“, sagte ein Polizeisprecher. „Ihre einzige Sorge war, dass ihr Kopftuch verrutscht, sie wollte nach der Festnahme unbedingt das Kopftuch wieder richtig aufsetzen. Ob der Beamte überlebt, war ihr egal.“

Am 3. März offenbarte der hannoveraner Staatsanwalt Thomas Klinger, dass Safia im November 2015 an die türkisch-syrische Grenze gereist war, um sich dem Islamischen Staat anzuschließen, dass ihre Mutter sie aber überredet hatte am 28. Januar nach Deutschland zurückzukehren.

Nach Angaben der Polizei erfolgte der Anschlag vorsätzlich: Da sie sich dem Islamischen Staat in Syrien nicht anschließen konnte, hatte sich Safia entschieden einen Anschlag auf die Polizei in Deutschland zu verüben.

Safia wird wegen versuchten Mordes angeklagt. Sie wird zudem wegen eines Terrorvergehens angeklagt werden. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft verstieß das Mädchen mit seiner Reise in die Türkei, um sich dem Islamischen Staat anzuschließen, gegen § 89a des deutsche Strafgesetzbuchs – „Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat“.



Die deutsche Politik lässt zu, dass die nächste Generation der Terroristen mitten in Berlin angeworben wird.

Die Zeitung „Die Welt“ berichtete, dass Safia seit 2008 Teil der örtlichen Salafistenszene gewesen war – damals war sie erst sieben Jahre alt! Sie war in islamistischen Propagandavideos an der Seite von Pierre Vogel aufgetreten, einem Islam-Konvertiten und einem der bekanntesten Salafistenprediger in Deutschland. In diesen Videos pries Vogel Safia, weil sie in der Schule ein Kopftuch trug und weil sie in der Lage war Koranverse zu zitieren.

Safias Bruder Saleh soll in einem Gefängnis in der Türkei einsitzen; dort war er wegen des Versuchs festgenommen worden sich dem Islamischen Staat anzuschließen.

Bis jetzt fand der einzige andere erfolgreiche islamische Anschlag in Deutschland im März 2011 am Flughafen Frankfurt statt, als Arid Uka, ein ethnischer Albaner aus dem Kosovo, zwei US-Luftwaffenangehörige durch Schüsse tötete und zwei weitere verletzte. Uka wurde später zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Am 4. Februar 2016 verhaftete die deutsche Polizei vier Mitglieder einer ISIS-Zelle, denen vorgeworfen wird dschihadistische Anschläge in Berlin, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen geplant zu haben.

Der Rädelsführer – ein 35-jähriger Algerier, der mit seiner Frau und zwei Kindern in einer Asylbewerberunterkunft in Attendorf lebte – kam im Herbst 2015 nach Deutschland. Von dem sich als „Flüchtling“ aus Syrien ausgebenden Asylbewerber, der nur als Farid A. identifiziert wird, heißt es, er habe beim Islamischen Staat in Syrien eine militärische Ausbildung erhalten.

Ebenfalls festgenommen wurden: ein 49-jähriger Algerier, der mit gefälschter französischer Identität in Berlin lebte; ein 30 Jahre alter Algerier, der mit einer gültigen Aufenthaltsgenehmigung in Berlin lebte; und ein 26-jähriger Algerier, der Verbindungen zu Islamisten in Belgien haben soll und in einer Flüchtlingsunterkunft in Hannover lebte.

Die Männer sollten einen Anschlag auf den Checkpoint Charlie geplant haben, den kultigen Übergang zwischen Ost- und West-Berlin während des Kalten Krieges. Es heißt, sie planten auch einen Anschlag am Alexanderplatz, einem großen öffentlichen Platz und Verkehrsknotenpunkt im Zentrum Berlins.

Am 8. Februar verhaftete die deutsche Polizei einen mutmaßlichen ISIS-Kommandeur, der in einer Asylbewerberunterkunft in der kleinen Stadt Sankt Johann lebte. Der 32-jährige Dschihadist, der nur Bassam genannt wird und sich als syrischer Asylsuchender ausgab, war im Herbst 2015 nach Deutschland eingereist. Deutsche Geheimdienstbehörden wussten nichts von der wahren Identität des Mannes, bis das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ ihn interviewte, nachdem es einen Tipp von anderen Syrern in der Unterkunft erhielt. Bassam sagte, die Vorwürfe gegen ihn seien falsch: „Ich will Deutsch lernen und als Koch arbeiten“, sagte er.

In einem Interview mit dem ZDF warnte Hans-Georg Maaßen, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) am 5. Februar, dass der Islamische Staat gezielt Dschihadisten unter den Flüchtlingen einschleuste, die nach Europa strömen. „Das Terrorrisiko ist sehr hoch“, sagte er.

Am 4. Februar zitierte die „Berliner Zeitung“ Maaßen mit den Worten, das BfV habe mehr als 100 Warnungen erhalten, dass sich unter den derzeit in Deutschland lebenden Flüchtlingen Kämpfer des Islamischen Staates befinden. Von einigen der Dschihadisten ist bekannt, dass sie unter Verwendung gefälschter oder gestohlener Pässe nach Deutschland kamen.

Maaßen offenbarte zudem, dass das BfV von 230 Versuchen von Salafisten weiß, die auf der Suche nach neuen Rekruten deutsche Asylbewerberunterkünfte abklappern (so soll der kürzlich in Brüssel verhaftete Abdeslam in Ulmer Asylbewerberheimen Verbündete gesucht haben). In einem neueren Interview mit dem Berliner „Tagesspiegel“ sagte Maaßen, die Zahl der Salafisten in Deutschland sei inzwischen auf 7.900 gestiegen. 2014 waren es 7.000, 2013 5.500, 2012 4.500 und 2011 3.800.

Obwohl Salafisten nur einen Bruchteil der schätzungsweise sechs Millionen heute in Deutschland lebenden Moslems ausmachen, warnen Geheimdienstler, dass es sich bei den meisten der von der salafistischen Ideologie Angezogenen um beeinflussbare junge Moslems handelt, die von jetzt auf gleich bereit sind im Namen des Islam einen Terroranschlag zu verüben.

Im einem Jahresbericht beschrieb das BfV den Salafismus als die „dynamischste islamistische Bewegung in Deutschland“.

„Das absolute Wesen des Salafismus widerspricht beträchtlichen Teilen der deutschen Verfassungsordnung. Insbesondere lehnt der Salafismus die demokratischen Prinzipien der Trennung von Staat und Religion, Volkssouveränität und religiöser wie sexueller Selbstbestimmung, Gleichberechtigung der Geschlechter und das fundamentale Recht auf körperliche Unversehrtheit ab.“

In einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ warnte Maaßen: „Salafisten wollen auch in Deutschland einen islamischen Staat errichten.“

Am 16. Februar durchsuchten mehr als 200 deutsche Polizisten die Vereinsräume und Wohnungen von 44 Salafisten in Bremen. Bremens Innenminister Ulrich Mäurer sagte, er habe wegen des Vorwurfs der Rekrutierung von Dschihadisten für den Islamischen Staat die Schließung des Islamischen Fördervereins Bremen angeordnet:

„Es ist ziemlich apokalyptisch, dass mitten in unserer Stadt Menschen leben, die bereit sind sich von einem Tag auf den anderen massiv am Terror des Islamischen Staates zu beteiligen.“

Im Dezember 2014 schlossen die Behörden in Bremen schon die salafistische Vorgängerorganisation des Islamischen Fördervereins, den Kultur- und Familienverein (KUF), nachdem einige seiner Mitglieder sich dem Islamischen Staat angeschlossen.

Mehr als 800 Einwohner Deutschlands – von denen 60 % Inhaber deutscher Pässe sind – haben sich dem Islamischen Staat in Syrien und dem Irak angeschlossen, heißt es in „Die Welt“ auf Grundlage der neuesten vom Bundeskriminalamt zusammengestellten Daten. Die meisten davon, rund ein Drittel, sind nach Deutschland zurückgekehrt. Etwa 130 weitere sind auf dem Schlachtfeld getötet worden, darunter mindestens ein Dutzend Selbstmordbomber.

Soeren Kern ist ein Senior Fellow des New Yorker Gatestone Institute und Senior Fellow für Europäische Politik der in Madrid ansässigen Grupo de Estudios Estratégicos / Gruppe Strategische Studien.

Übersetzt von H. Eiteneier

Ein Paket voller Vorurteile

Tilman Tarachs Werk „Der ewige Sündenbock“ erscheint bereits in fünfter Auflage

Von Jörg Rensmann

Tarachs Buch „Der ewige Sündenbock“ ist in einer völlig überarbeiteten Version in der fünften, aktualisierten Auflage Anfang 2016 erschienen. Wegen der vergleichsweise umfangreichen, inhaltlich bedeutsamen und vor allem für den gesamten Kontext aktualisierten Ergänzungen und Präzisierungen lohnt sich eine neuerliche Lektüre des Buches allemal.

„Der ewige Sündenbock“ für die schwierige Lösung des Nahostkonfliktes ist in der Wahrnehmung vieler Europäer der Staat Israel. Die Scheinheiligkeit dieses Bildes dekonstruiert Tarach auf rund 340 Seiten.

Neben das noch immer lesenswerte Geleitwort von Henryk Broder ist eines von Waleed al-Husseini, dem in den „palästinensischen“ Gebieten geborenen Gründer des „Zentralrates der Ex-Muslime in Frankreich“, getreten. Al-Husseini, wegen seiner aus Sicht der „palästinensischen“ Führung ketzerischen Ansichten 2010 in ebenden Gebieten verhaftet und misshandelt, schreibt unmissverständlich: „Es gibt keine Menschenrechte in diesem neuen palästinensischen Staat. Es bemüht sich auch keiner der palästinensischen Führer um Frieden...Der Hass hat seinen Ursprung in der Religion und darin, was uns von Anfang an in der Schule beigebracht wird.“

„Palästinensische“ Dissidenten sollten in Deutschland endlich wahr- und ernstgenommen werden, um einen von Vorurteilen ungetrübten Blick auf den Nahostkonflikt zu werfen und die falsche Kumpanei mit jenen zu beenden, die über die Verbreitung antijüdischer Klischees in den „Palästinensergebieten“ dafür sorgen, dass der Konflikt weiterhin befeuert wird.

Zur historischen Grundierung dieses Befundes legt der Autor folgerichtig einen seiner Schwerpunkte auf die verhängnisvolle Rolle des eliminatorisch-antisemitisch motivierten Mufti Amin al-Husseini von Jerusalem in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts. Der Mufti hat nämlich eine ideologische Bedeutung für den palästinensisch-arabischen Nationalismus bis heute.

Diese Bedeutung ist bis heute gerade deshalb nicht zu unterschätzen, weil sich – wie Tarach richtig schreibt – mit der Fraktion des Mufti innerhalb des arabischen Lagers gerade jene historisch durchgesetzt hat, die anders als viele andere Araber, die die zionistische Einwanderung nach Palästina durchaus begrüßt hatten, zu keinerlei Kompromissen bereit war. Dies gilt im übrigen auch für die damalige Arabische Liga, die diesen Standpunkt den Ausgleich suchenden Vertretern der Jewish Agency noch im November 1947 unmissverständlich deutlich machten.

Der Einfluss des Mufti auf Organisationen wie die von Arafat gegründete Fatah, deren Namen nach Auskunft ihres Gründers religiöse Bedeutung hat, war maßgeblich; Arafat hatte sich im Ägypten der vierziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts im Umfeld des Mufti bewegt. Tarachs Detailwissen ist nicht nur an diesem Punkt beeindruckend. So zitiert er für diesen Kontext bedeutsam John und Janet Wallach aus deren Biographie des Palästinenserführers von 1994: „Mehrere erhielten Arafat und andere Studenten auch geheime Unterrichtsstunden von einem deutschen Offizier, der mit Hajj Amin nach Ägypten gekommen war.“

Es ist erstaunlich, dass noch kein deut-



scher Historiker neugierig genug war, die Identität dieses Mannes aufzuklären.

Dass deutsche ehemalige Wehrmachtsoldaten auf arabischer Seite gegen die Juden Palästinas im israelischen Unabhängigkeitskrieg kämpften, dürfte hinlänglich bekannt sein.

Der Mufti war als aktiver Bündnispartner der Nationalsozialisten während der Schoah an der Vernichtung jüdischer Kinder direkt beteiligt und beeinflusste erheblich sowohl die Moslembrüder in Ägypten und nicht nur Arafat und damit die PLO als „palästinensische“ „Befreiungsorganisation“, sondern auch Hassan Al-Banna und damit die ägyptische Moslembruderschaft und später die Hamas. Der Mufti habe „an der Spitze unserer vaterländischen Bewegung“ gestanden, zitiert Tarach nicht zufällig aus einem „palästinensischen“ Schulbuch.

So „pries etwa Präsident Mahmud Abbas Anfang des Jahres 2013 anlässlich des Jahrestages der Fatah-Gründung den Mufti: ‚Lasst uns unserer Vorkämpfer gedenken: des Großmuftis von Palästina, Hajj Amin el-Husseini.‘“

Der Mufti finanzierte die Fatah nicht nur von Anfang an, sondern hielt Arafat persönlich für besonders geeignet als Führer der palästinensisch-arabischen Nationalbewegung. Dass es PLO wie der Hamas dabei nicht um die Etablierung eines friedlichen palästinensischen Nationalstaates an der Seite des demokratischen Israels geht, sondern um einen territorialen Anspruch auf das gesamte

arabischen Staat Seite an Seite zu teilen und auf den Vorschlag der UN, eine Wirtschaftsunion mit dem jüdischen Staat zu bilden, einzugehen, hat bis heute fatale Auswirkungen. Denn solange eine palästinensisch-arabische Führung nicht ihren Anspruch auf ganz Palästina aufgibt, solange sie palästinensische „Flüchtlinge“ in der x-ten Generation verhetzt und deren manchmal prekäre Lage instrumentalisiert, so lange wird es keinen Frieden geben. Den arabischen Antisemitismus als wichtigstes Friedenshindernis weist der Autor bereits für die zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts nach, also bereits für die Zeit vor (!) der israelischen Staatsgründung. Er geht dabei konform mit den Forschungen des großen britischen Historikers Sir Martin Gilbert.

So wird im den Konflikt betreffenden Diskurs des gegenwärtigen Europa der grauenhafte antijüdische Pogrom von 1929 in Palästina mit der bestialischen Ermordung von Frauen und Kindern weitestgehend totgeschwiegen oder verharmlost, um sich den für ein europäisches pazifistisches Bewusstsein unangenehmen Bildern dieses von Arabern begangenen Massakers an wehrlosen Juden nicht stellen zu müssen – besteht doch die Gefahr, dass das liebgewordene Bild des von Zionisten drangsalierten palästinensisch-arabischen Opfers ein paar Risse bekommt.

Tatsächlich aber spielen für die vernichtungsantisemitische Hamas etwa die „Protokolle der Weisen von Zion“, die ja auch für die deutschen Nationalsozialisten essentielle Bedeutung hatten, eine entscheidende programmatische Rolle. Sie finden sich entsprechend in der Gründungscharta der Hamas wieder, ein Dokument, das bis heute in der Regel, so etwa in deutschen Schulbüchern, nur höchst selektiv zitiert wird. Dort heißt es unter Artikel 32 aber unmißverständlich: „Der zionistische Plan [...] ist in den ‚Protokollen der Weisen von Zion‘ verankert.“

Die in Europa durch zahlreiche Medien häufig verbreitete falsche Wahrnehmung der „palästinensischen“ Gruppen und Fraktionen korrigiert Tarach anhand zahlreicher gut dokumentierter Beispiele. Detail- und Faktenwissen des Autors sind beeindruckend. Personen- und Literaturlisten runden das Bild ab. Der Band lässt sich gut als eine Art Handbuch verwenden; er liefert zahlreiche Argumente, die es den Freunden Israels erleichtern dürften, die jüdische politische Souveränität angemessen in der Öffentlichkeit zu verteidigen.

Tilman Tarach
Edition Telok, Freiburg 2016
340 Seiten
ISBN: 978-3981348620

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Falsche Laudatio an der Wupper

Eine Terroristin wird im „Kinderland“ der tristen NRW-Stadt Wuppertal gefeiert

Von Felix Christians

Am 9. April will der „Koordinationskreis der palästinensischen Vereine und Gemeinden NRW“ ein Familienfest in der „Upsala Kinderwelt“ in Wuppertal feiern – Anlass ist der nationalistische „Tag des Bodens“. Als Stargast ist Leila Chaled angekündigt. Chaled gilt als Top-Terroristin, seit sie 1969 und 1970 an Flugzeugentführungen teilnahm. Sie ist führendes Mitglied der PFLP, die von der EU und den USA als Terrororganisation eingestuft wird.

Chaled vertritt die Auffassung, der „Islamische Staat“ sei „eine zionistische, amerikanische Organisation“. Einen Friedensprozess mit Israel lehnt sie ab. Neben Chaled ist der Londoner Journalist Abdel Bari Atwan angekündigt. Atwan ist ein vehementer Verfechter des Terrors gegen Israel. Im Januar vergangenen Jahres sagte er im libanesischen Fernsehen: „Der Dschihad muss in erster Linie gegen den israelischen Feind gerichtet werden ... alle unsere Waffen müssen auf diesen Feind zielen, ganz gleich, was unsere internen Streitigkeiten sein mögen, weil dies das Einzige ist, das uns allen gemeinsam ist. ... Araber, die nicht der Meinung sind, dass Israel ein Feind ist, sind weder Araber noch Moslems.“



Leila Khaled entführte früher Flugzeuge. 2016 wird sie in Wuppertal als Ehrengast geladen.

Dies sind offenbar einige der Botschaften, die in Wuppertal verbreitet werden sollen. Laut Ankündigung haben ausdrücklich auch Kinder unter 12 Jahren Eintritt zur Veranstaltung.

Schon 2014 fand in dem Drinnen-Spielplatz ein anti-israelisches „Nakba-Event“ statt. Im Spätsommer 2015 war eine Familienfeier zum islamischen Opferfest geplant, die offenbar mit Sala-

fisten in Verbindung stand. So sollte die Essensanlieferung vom berühmten Hagener „Salafisten-Grill“ – dem MaGriB – gestellt werden. Für Frauen und Männer war eine strikte Trennung vorgesehen. Inhaber des Parks sind Özkan Yildizak und Hüseyin Güzel, Veranstalter der für April geplanten Familienfeier ist ein gewisser Ahmad Zyadeh, der auf Facebook regelmäßig einschlägige Hassbotschaften verbreitet.

In der arabischen Welt – und insbesondere in „palästinensischen“ TV-Programmen – ist die Indoktrination von Kindern und Kleinkindern ein weitverbreitetes Phänomen. Schon früh lernen sie den Hass auf Juden und die Liebe zum Märtyrertod (auf Youtube finden sich viele verstörende TV-Ausschnitte dazu).

Die Betreiber der „Upsalla Kinderwelt“ haben auf eine Anfrage zu dem Vorfall nicht reagiert.

Israel: Das auserwählte Volk der UNO

Die Weltorganisation fordert nur von den Juden nicht weniger als den kollektiven Selbstmord

Von Attila Teri

Man stelle sich vor, jemand klingelt an der Haustür einer Familie. Der Vater macht auf, woraufhin der ungebetene Gast sagt, „ich bin gekommen um dich und deine Familie umzubringen und anschließend dein Haus niederzubrennen!“ Er würde vermutlich alles tun, um seine Liebsten zu schützen und sei es, dabei zu den äußersten Mitteln zu greifen. Zu Recht! Höchstwahrscheinlich käme niemand auf die glorreiche Idee ihm vorzuschlagen, den Besucher zu einer Tasse Tee hereinzubitten statt sich zu wehren.

Aber genau das verlangt die Weltgemeinschaft seit Jahrzehnten von Israel. Natürlich im übertragenen Sinne. Und nicht nur das. Zunehmend bekomme ich den Eindruck, als ob es der Welt lieber wäre, wenn die Juden endlich kollektiven Selbstmord begingen. Denn genau das wäre die Folge, würde Israel den Forderungen der UN, EU und USA nachkommen. Auf der einen Seite beweinen Jahr für Jahr Politiker die Opfer der Schoah und verkünden mit ihrem obligatorischen Betroffenheitsgesicht, „es darf nie wieder geschehen“, während sie auf der anderen Seite alles tun, damit es wieder geschieht.

Dabei muss ich betonen, ich bin weder ein Fan der gegenwärtigen israelischen Regierung, noch der Rechten oder der Siedlerbewegung. Mir bereitet die innenpolitische Entwicklung auch Sorgen, zumal es noch keiner Demokratie gut getan hat, wenn keine funktionierende Mitte, geschweige denn Linke mehr existiert. Bekanntlich war Angst schon immer der schlechteste Ratgeber der Menschen. Und die Mehrheit der Israelis hat Angst. Angst vor der Gegenwart und noch mehr Angst vor der Zukunft. Ob in der Situati-

on die adäquate Antwort die Stärkung der Konservativen und Rechten ist, sei dahingestellt. Zugleich ziehen sich die moderaten Kräfte zunehmend ins Privatleben zurück, verlassen zum Teil zermüht von der Lage das Land oder sind durch die Bank fast restlos desillusioniert.

„ Auf der einen Seite beweinen Jahr für Jahr Politiker der UNO, EU und USA die Opfer der Schoah und verkünden mit ihrem obligatorischen Betroffenheitsgesicht, „es darf nie wieder geschehen“, während sie auf der anderen Seite alles tun, damit es wieder geschieht.“

Aber auch wenn ich über diesen Zustand nicht sonderlich glücklich bin, versuche ich nicht Ursachen mit Wirkung zu verwechseln. Die mehr oder weniger ehrenwerten Damen und Herren der Weltpolitik tun jedoch genau das. Dabei sind sie in den meisten Fällen nicht einmal unmittelbar betroffen. Sehe ich mal von den Abermillionen von Hilfgeldern an diverse „palästinensische“ Gruppen ab, die sie Jahr für Jahr bewusst oder unbewusst verbrennen, obwohl es ihnen klar sein müsste, dass sie überall ankommen, bloß nicht bei denen, die es nötig hätten. Trotzdem zahlen sie fröhlich weiter und behaupten, Israel sei nicht an einem Frieden interessiert und tue alles, um die Zwei-Staaten-Lösung zu verhindern.

Betrachte ich jedoch nur die Geschehnisse seit dem Abzug aus Gaza im Sommer

2005, so komme ich zu einem ganz anderen Ergebnis. Motto: „Der Jude ist an allem schuld!“ Klingt komisch? Ist es auch. Aber nicht von der Hand zu weisen. Wie soll ich mir sonst die internationalen Reaktionen erklären? In unzähligen Resolutionen wird in aller Regelmäßigkeit Israel von der

UNO verurteilt, falls es mal wieder genug von den ständigen Angriffen hat und das tut, was die Pflicht jeder Regierung dieser Welt ist: seine Bürger zu schützen. Frankreich droht gerade „Palästina“ anzuerkennen, wenn Netanjahu nicht unverzüglich an den Verhandlungstisch zurückkehrt. UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon zeigt Verständnis für „palästinensische“ Terroristen und die EU kennzeichnet israelische Waren aus dem Westjordanland. Und das sind nur ein paar Beispiele der jüngsten Vergangenheit.

Zugleich interessiert es niemanden, wenn Israel von Terror überzogen wird, aus Gaza Tausende Raketen abgefeuert werden, oder Terroristen der Hamas & Co. Millionen in den Tunnelbau statt in die Infrastruktur investieren. Genauso wenig

juckt jemanden das seltsame Treiben der völlig korrupten, sogenannten „Palästinensischen Autonomiebehörde“. Und das, obwohl dies gar die Mehrheit der nicht von Hass fehlgeleiteten und indoktrinierten „Palästinenser“ beklagen. Es kommt nicht von ungefähr, dass kaum ein in Israel lebender Araber auf die Idee käme, in einen „palästinensischen“ Staat umzuziehen, falls es ihn eines Tages tatsächlich geben sollte. Sie wissen warum.

Israel soll die „widerrechtlich besetzten Gebiete“ sofort räumen – lautet die gebetsmühlenartige Aufforderung der Welt. Koste es, was es wolle und sei es das Ende des jüdischen Staates. Eine utopische Idee in Anbetracht der Lage um Israel. Sogar dann, wenn die „Palästinenser“ von heute auf morgen beschließen würden „ziemlich beste Freunde“ der Juden zu werden. Bibi könnte es sich nicht erlauben, die Siedlungen aufzulösen und die Sicherung der Grenzen eines „palästinensischen“ Staates aus der Hand zu geben. Am nächsten Tag stünden die IS-Kämpfer in den Vorgärten von Jerusalem – um nur einen Grund zu nennen.

Oft wird uns vorgeworfen, mit der „Judenkarte“ zu kommen, wenn wir es angeblich nicht besser wüssten. Tatsächlich? Dann mögen mir all die Kritiker erklären, warum niemand die Befreiung von Tibet, die Gründung eines kurdischen Staates, die Rückgabe der Ostgebiete an Deutschland und den Wiederanschluss von Arizona oder Texas an Mexiko fordert. Klingt absurd? Stimmt. Genauso absurd wie von den Juden zu verlangen, sich kollektiv umbringen zu lassen. Nein! Wir haben es satt, das „auserwählte Volk“ zu sein! Es wäre an der Zeit, dass das die Welt endlich begreifen würde!

Und plötzlich sind Israels Linke gegen Multikulti

Das Herzog-Lager versucht Enklaven ohne Juden zu schaffen

Von Ulrich Jakov Becker

Würde die israelische „Linke“ während der jetzigen, nicht enden wollenden Terrorwelle an der Macht sein, würden wir sicher wöchentliche Großdemos mit Forderungen nach mehr polizeilichem und militärischem Aktivismus sehen. Seit Monaten jagt ein Anschlag den nächsten und ein Ende scheint nicht in Sicht. Die Regierung wirkt machtlos und un kreativ.

Nur sind es die „rechten“ und religiösen Parteien wie Likud und HaBait HaJehudi (Das jüdische Haus), die gerade die Regierung stellen. Ja, Kritik ist da, aber große Proteste vom „rechten“ Lager gegen das „rechte“ Lager bleiben verständlicherweise aus. Und trotz rhetorisch kämpferischer Worte aus Koalitionskreisen ändert sich nicht wirklich etwas:

Die Terroristen sind die gleichen Terroristen. Die Märtyrerglückwünsche von Hamas, Fatah und Machmud Abbas, sind die gleichen Terrorglückwünsche. Die antisemitischen Mordspots und Slogans im „palästinensischen“ Fernsehen sind die gleichen. Und die israelischen Armee- und Polizeimaßnahmen sind die gleichen Armee- und Polizeimaßnahmen.

In dieser Zeit hat die „Linke“, allen voran die „Zionistische Union“, einen neuen Schlachtplan für den seit Jahren geübten Sturz Netanjahus ausgearbeitet:

Sie kritisieren die Unfähigkeit der „rechten“ Regierung den Terror zu beenden. Netanjahu bringe den Israelis keinen Frieden und keine Abschreckung, und scheint unfähig den Terror schnell einzudämmen.

Hach, was für ein „linker“ Glücksmoment! Alle „rechten“ Muskeln scheinen wirkungslos. Alle Versprechen, hart gegen den moslemischen Terror von innen und außen durchzugreifen, nutzlos. Diese „taktischen Lösungsversuche“ der Regierungen in Sachen Sicherheit seien sinnlos, ereifern sie sich, nur eine strategische, langfristige Lösung könne den Terror effektiv beenden und die haben natürlich nur sie.

Und hier kämen wir zur eigentlichen Neuheit:

Im „Netanjahu-Kritisieren“ hält die israelische „Linke“ alle Weltrekorde, auch im Auspinnen von „langfristigen Lösungen“ à la Oslo, und in Sachen „Hoffnung ist die Lösung“ hat die „Linke“ sowieso ein Dauerabo. Aber da kommt der neue sogenannte „Abtrennungsplan“, den die „Zionistische Union“ jetzt präsentierte. „Zionistische Union“: So nennt sich die „Arbeiterpartei“ zusammen mit den Überresten von Zipi Livnis „Friedensprozesspartei“ (deren richtigen Namen niemand kennt), damit der israelische Wähler nicht auf falsche Gedanken kommt.

Der neue „Abtrennungsplan“ ist eigentlich der alte „Beendet-die-Besatzung-bis-auf-ein-paar-kleine-Blöcke-Plan“ nur mit einem entscheidenden Unterschied:

Damals schunkelte man mit Palituch auf dem Rabinplatz zu hebräisch-arabischen Liedern, trunken von „Schalom/Salam“, angeekelt von der eigenen „Besatzung“ und dem „beherrschten Volk“, das man entlassen wollte und ihm „sein Land“ wiedergeben, um dann in alle Ewigkeit friedlich und freundlich Schulter an Schulter zu leben und sich ab und zu gegenseitig weiße Tauben zuzuschicken.

Heute betont die Linke dagegen lautstark, dass dieselbe Landabgabe nicht



„Linke“ Knesset-Mitglieder Hanin, Ghbarieh, Baraka und Sweid gehen durch Hebron, um „Palästinenser“ gegen Juden zu unterstützen.

etwa aus Menschen-, Feindes- oder Friedensliebe, oder für eine eventuelle Gerechtigkeit der Sache durchgeführt werden müsse, sondern aus ganz dringenden, und höchst egoistischen nationalen Inte-

Kultur? Woher diese plötzliche Aversion? General Eyal Ben-Reuven, Knessetabgeordneter der „Zionistischen Union“, erklärte in einem Radiointerview: „Natürlich hat die Regierung Schuld am Terror.“

„Zur Klarstellung sollte nochmal gesagt werden, dass es ich bei diesen Zitaten nicht um Produkte des Propagandaverantwortlichen der PA, der Hisb'Allah oder des Irans handelt, sondern um Aussagen israelischer Knessetabgeordneter, die behaupten israelische Interessen besser vertreten zu können als die jetzige (böse) „rechte“ Regierung.“

ressen.

Apokalyptisch beschreiben sie die furchtbare „zweivölkische“ Einstaatenlösung, die wegen den ollen „Siedlungen“ im Westjordanland vor der Tür stehe, und mit all den Arabern daherkomme, mit denen man dann verdammt wäre für immer zusammenleben zu müssen. Man solle die Araber lieber absplalten, bevor es zu spät ist, denn sonst würde ein „jüdischer und demokratischer Staat“ vor dem Aus stehen.

Die „Rechte“ laufe blind und dumpf territorialen Träumen und Interessen hinterher und verbeißte sich in Land, das Israel nur Millionen ungewollte Araber beschere würde. Wer ein wenig Verstand hätte (wie „Linke“), müsse doch sehen, dass man so schnell wie mögliche beide – Land und Araber – über Bord werfen müsse, damit das israelische Schiff nicht untergeht.

Was ist hier auf einmal los? Wo ist die Araberfreundlichkeit der Linken geblieben? Wo die Selbstgeißelung und die Verklärung der arabisch-moslemischen

Ihre rein taktische Bekämpfung des Terrors sei sinnlos. Nur der Abtrennungsplan seiner Partei würde helfen. Auf die Frage, wie genau er sich diesen Plan z.B. im dem gemischten Jerusalem vorstelle, antwortete er:

„An diesen 28 [arabischen] Dörfern haben wir keinerlei Interesse und keinerlei Verwendung für diese Dörfer. Sie sind nur eine Last für uns und es gibt keinen Grund, dass wir uns um sie kümmern sollten.“

Die Armee könne Grenzen beschützen, aber nicht Bevölkerungsgruppen im Inneren auseinanderhalten, und dieses Dorf von jenem trennen. Und deswegen sei ihr Plan die einzige Antwort auf die Frage, was gut für Israel ist.

Ein „Erfolgsversprechen“ könne er dabei auch nicht geben, aber eine „Chance auf Erfolg“. (Wie gesagt - die „Linke“ hat ein Abo auf Hoffnung.) Der Moderator hakte nach, ob in Gasa nicht so ein Abzug ganz gegenteilige Ergebnisse brachte? Nein, in Südisrael sehe es heute viel besser und sicherer aus als vor dem Abzug.

Aha. Ich vergaß oben bei der Charakterisierung des „linken“ israelischen Lagers also noch: „Leichter Wirklichkeitsverlust“. Gerade gestern flogen die Raketen wieder.

Der Parteiführer der „Zionistischen Union“ Herzog (Zitat vor der Wahl: „Ich werde Netanjahu besiegen.“ und „Ich bin der nächste Premier.“) nutzte den Besuch von US-Vizepräsident Biden gerade für das gleiche Mantra: „Nur eine Abtrennung wird den Terror beenden. Wenn wir uns nicht von den Palästinensern abtrennen werden hier weiter Juden ermordet.“

Sein Parteigenosse Chasson kommentierte unterdessen einen schweren Schusswaffenanschlag in Jerusalem in diesem Monat: „Schon wieder ein Schusswaffenanschlag gegen Juden in Jerusalem als Konsequenz des Versagens des Sicherheitskonzepts von Mr. Sicherheit [Netanjahu]. Die israelische Regierung weigert sich die palästinensischen Dörfer um Jerusalem aus Israel herauszunehmen und das ist das Ergebnis. [...] Wenn Netanjahu und der Likud darauf bestehen, Palästina mit dem jüdischen Jerusalem zu verbinden, sollten sie sich nicht wundern, wenn Juden in der israelischen Hauptstadt tagtäglich erstochen werden.“

Zur Klarstellung sollte nochmal gesagt werden, dass es ich bei diesen Zitaten nicht um Produkte des Propagandaverantwortlichen der PA, der Hisb'Allah oder des Irans handelt, sondern um Aussagen israelischer Knessetabgeordneter, die behaupten israelische Interessen besser vertreten zu können als die jetzige (böse) „rechte“ Regierung.

Wer genau ist Schuld, wenn Juden aus antisemitischen Motiven wahllos auf offener, rechtsstaatlicher Straße ermordet werden? Die Juden? Ja, sie hätten sich lieber einschließen sollen.

Wer hat Schuld, wenn Frauen vergewaltigt werde? Die Frauen? Ja, sie hätten sich lieber verschleiern sollen.

Verstehen die Herren Herzog und Co. eigentlich, was sie da sagen?

Das Opfer ist Schuld. Natürlich. Mosle-

misch-arabische Terroristen sind niemals Schuld. Der Terror ist unsere eigenen Schuld, weil wir nicht alle seine Forderungen unterschreiben und uns weiter und weiter zurückziehen. Bis wohin eigentlich zurückziehen?

Ihre Worte sind Wind in die Segel des Terrors – eine massive Ermutigung für die Terroristen weiterzumachen, denn offenbar hat der Terror Erfolg. Umso mehr Terror, desto mehr fliehen wir vor ihm. Umso mehr Terror, desto mehr Terrorbasen will man ihnen geben.

Und betonen sie die Aversion gegenüber Araber im eigenen Staat eigentlich, um „rechte“ Wählerstimmen zu fangen oder haben sie wirklich so panische Angst vor Arabern, dass sie sich lieber ins eigenen Fleisch schneiden, als die Nachbarschaft mit ihnen zu teilen? Wo ist der „linke“ Panhumanismus? Was sind das für völkische Trennungsmuster? Ist das noch „links“? Oder ist doch etwas dran an der mörderischen Judenfeindlichkeit der moslemisch-arabischen Gesellschaft?

Es scheint, dass die „Linke“ zu verstehen beginnt, dass selbst ein Ende der „Besatzung“ keinen Frieden bringen wird.

Sie versprechen – wie General Ben-Beuven – immer seltener den großen Frieden, und reden – im Prinzip wie die „Rechte“ – über ein besseres und sicheres Abfangen des Hasses auf der anderen Seite.

Die momentan anhaltende Volksterorserie verändert die „Linke“ vielleicht mehr als ihr lieb ist, denn es wird ziemlich klar, ob man dies will oder nicht, dass eine eventuelle politische Lösung am antisemitischen Hass der Alltagsterroristen dieser Tage nicht wirklich etwas ändern würde. Die Linken werden das so offen momentan noch bestreiten, aber diese neuen Pläne und Rhetorik lassen es erahnen.

Den 16-jährigen Terroristen, der sich nachmittags ISIS-Videos ansieht, seinen Freunden abends auf Facebook von seinem paradiesischen Dschihadtraum erzählt und am nächsten Morgen mit dem Küchenmesser von Mutti losgeht, um Juden in der Stadt zu erstechen, interessiert es nicht, ob Machmud Abbas gerade mit Netanjahu einen „Palästinensischen Staat“ mit oder ohne Soldaten im Jordantal ausgehandelt hat.

Die „Linke“ damals wollte die Siedlungen räumen, um nicht ein „fremdes Volk“ beherrschen zu müssen. Die „Linke“ heute will die Siedlungen räumen, damit dieses „Volk“ nicht Teil des eigenen Staates wird. Eigentlich ein undemokratischer Ansatz oder nicht?

Aber auch mit ihrer anti-arabischen Betonung der Siedlungs-Räumungsbegründung treffen die „Linken“ nicht wirklich die israelische Mehrheitsmeinung von heute. Nach der letzten PEW-Studie sehen Israelis die Siedlungen eher als Schutz und weniger als Bedrohung.

Aber nehmen wir die Abtrennungsphantasien von Herzog, Chaimovitch und Co. doch einmal ernst. Angenommen sie würden an die Macht kommen und – „zum Wohle Israels“ – alle arabisch bewohnten Gebiete von Judäa und Samaria abspalten – an PA, Hamas, ISIS, Iran, egal wen – und sich bejubeln, dass es es wert war, all das kritische Land über Bord zu werfen, da man so keinen Araber in den Staat aufnehmen musste.

Dann wäre es vielleicht die richtige Zeit, dass ihnen jemand auf die Schulter tippt und mitteilt, dass es in „Kernisrael“ noch über eine Million dieser moslemischen Araber gibt... in Jafo, Haifa, Galiläa, Negev etc.. Und nun? Sollten Herzog und Co. vielleicht diese Städte und Landstri-



Herzog 2015 mit Abbas in Ramallah.

che noch als Bonus beim Rückzug oben drauf packen?

Es scheint, dass die „Linke“ soweit nicht

ber“ und „israelische Araber“, die sie zumindest früher einmal relativ sauber zu trennen versuchten. Diese Trennungen

» Den 16-jährigen Terroristen, der sich nachmittags ISIS-Videos ansieht, seinen Freunden abends auf Facebook von seinem paradiesischen Dschihadtraum erzählt und am nächsten Morgen mit dem Küchenmesser von Mutti losgeht, um Juden in der Stadt zu erstechen, interessiert es nicht, ob Machmud Abbas gerade mit Netanjahu einen „Palästinensischen Staat“ mit oder ohne Soldaten im Jordantal ausgehandelt hat.

denkt und sowieso chronisch verwirrt ist mit den Begriffen „Palästinenser“, „Ara-

ber gibt es nicht. Die moslemisch-antisemitischen Mörder kommen sowohl aus

Galiläa wie aus Judäa, aus dem Negev wie aus Samaria.

Damit keine Zweifel bleiben, haben sich die zwei arabischen Parteien, die in der Knesset vertreten sind, gerade energisch gegen eine Einstufung der Hisb'Allah als Terrororganisation in den arabischen Golfstaaten ausgesprochen. Zuvor hatten sich einige ihrer bekannten Vertreter mit den Familien von getöteten Terroristen der momentanen Terrorwelle zu einer Schweigeminute getroffen.

Ist Israel nicht schon jetzt der „binationale Staat“, den die „Linke“ so als „rechten Teufel“ an die Wand malt? Sind die israelischen Araber zu großen Teilen nicht ebenfalls staatsfeindlich?

Um jeden Preis will die „Linke“ arabische Dörfer in Judäa abspalten, selbst ohne Frieden, selbst für gefährlichere Grenzen und möglichen Raketenbeschuss, aber über die Dörfer in Galiläa sagt sie kein Wort. Und falls doch – was würde sie sagen? Außer die „Rechte“ anzugreifen und politischen Profit aus Terror zu schlagen – weiss sie eigentlich selbst, was sie will?

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel.: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Zweierlei Maß

Demokratische Rechte für arabische weibliche Parlamentarier gibt es nur in der Knesset

Von Khaled Abu Toameh

Was haben Haneen Zoabi und Najat Abu Bakr gemeinsam? Beide Frauen sind Parlamentsmitglieder, die unverblümt sagen, was sie denken – Zoabi in Israel und Abu Bakr in den „palästinensischen“ Gebieten.

Die aus Nazareth stammende Zoabi ist israelische Staatsbürgerin. Abu Bakr aus der Stadt Nablus im Westjordanland ist gewähltes Mitglied des Palästinensischen Legislativrates (PLC), eines Parlaments, das seit 2007, als die Hamas die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) aus dem Gazastreifen vertrieb, faktisch handlungsunfähig ist.

Ihre unverblümete Rede in den Parlamenten ist jedoch so ziemlich das einzige, was die beiden Frauen gemeinsam haben. Das Leben der in Israel lebenden Zoabi unterscheidet sich doch sehr stark von dem ihrer Kollegin Abu Bakr, die palästinensische Staatsbürgerin ist.

Zoabi, Mitglied des israelischen Parlaments, ist eine notorische Provokateurin, die mit schöner Regelmäßigkeit die jüdisch-israelische Öffentlichkeit in Rage versetzt. So nahm sie z. B. an einer „Hilfs“-Flottille zum Gazastreifen teil – eine Aktion, die viele Israelis extrem wütend machte.

Bei anderen Gelegenheiten wurden ihre Äußerungen auch schon als Solidaritätsbekundung gegenüber den Feinden Israels ausgelegt. Vor nicht allzu langer Zeit hatte sie eine milde Strafe erhalten, nachdem sie einen Deal unterzeichnet hatte, in dem sie zugab, einen Araber beschimpft zu haben, der für die israelische Polizei arbeitete.

Letzten Monat war Zoabi dann abermals zurück in den Schlagzeilen – zusammen mit zwei weiteren arabischen Mitgliedern der israelischen Knesset, Jamal Zahalka und Basel Ghattas – weil sie sich mit den Familien von „Palästinensern“ getroffen hatte, die Terroranschläge gegen Israelis ausgeführt hatten.

Berichten zufolge waren sie und die beiden anderen Knessetmitglieder mit einem „blauen Auge“ davongekommen: Sie wurden für einige Monate von der Teilnahme an den Sitzungen der parlamentarischen Ausschüsse suspendiert.

Auch wenn Zoabis Benehmen und Rhetorik vielen Israelis – und auch einigen arabischen Bürgern Israels – zu tiefst zuwider sind, hat sich der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin zusammen mit anderen Israelis gegen ihren Ausschluss und den einiger anderer Parteikollegen der „Vereinigten Arabischen Liste“ aus der Knesset ausgesprochen.

„Wir dürfen der Knesset, deren Vertreter von der Öffentlichkeit gewählt wurden, nicht erlauben, die Wahl dieser Öffentlichkeit eigenmächtig außer Kraft zu setzen“, sagte Rivlin, und bezog sich dabei auf einen Gesetzentwurf, der es Knesset-Abgeordneten ermöglichen soll, gegen Kollegen zu stimmen, die ihre Unterstützung des Terrorismus zum Ausdruck bringen.

Kehren wir jedoch zurück zu der Frage: Wie geht es Haneen Zoabi und Najat Abu Bakr, unseren beiden weiblichen Parlamentsmitgliedern?

Während Zoabi als arabisch-muslimische Bürgerin von Israel frei ihren Pflichten nachgehen – und ihr Leben leben – kann, war Abu Bakr gezwungen, Zuflucht im Gebäude des Palästinensischen Legislativrates in Ramallah zu suchen.



Hanin Zoabi (links) und Najat Abu Bakr (rechts) sind Mitglieder des Parlaments – Zoabi in Israel und Abu Bakr in den palästinensischen Gebieten. Das ist so ziemlich die einzige Gemeinsamkeit.

Kurz gesagt – die beiden Frauen leben in verschiedenen Welten.

Seit letzter Woche, als Präsident Mahmud Abbas ihre Festnahme anordnete, hält sich Abu Bakr im Parlamentsgebäude der Palästinensischen Autonomiebehörde versteckt. Ihr

eller angesehen und sogar als ein Akt des Hochverrats.

Die Mitglieder des Parlaments der Palästinensischen Autonomiebehörde genießen keines der Rechte, die die arabischen Mitglieder im israelischen Parlament, der Knesset, innehaben.

„ Und was sagt ihre Kollegin Zoabi dazu? In Israel verhält sich die „Vereinigte Arabische Liste“ verdächtig schweigsam, was die Schikane ihrer Parlamentskollegin in Ramallah angeht.“

Vergehen: Sie machte die Finanzkorrumpion eines Kabinettsministers und engen Vertrauten von Präsident Abbas bekannt.

Sie behauptet, dass der Minister private Wasserverkäufe an Palästinenser getätigt und über 200.000 Dollar illegal aus dem palästinensischen Haushalt entnommen hat.

Dies ist jedoch nicht das einzige vermeintliche Verbrechen, dessen man sie beschuldigt. Ein weiteres ist ihre öffentliche Unterstützung eines Lehrer-Streiks im Westjordanland. Der Streik hatte Präsident Abbas und die Führungsriege der Palästinensischen Autonomiebehörde ernsthaft in Verlegenheit gebracht. Abbas ordnete die Verhaftung zahlreicher Lehrer an und stationierte Hunderte Polizeibeamte an Kontrollpunkten, um einen von den Lehrern organisierten Protest, in dem sie höhere Gehälter und bessere Arbeitsbedingungen fordern, zu vereiteln.

Offensichtlich hatte Abu Bakr vergessen, dass sie ein Mitglied des palästinensischen und nicht des israelischen Parlaments ist. Sie und ihre Parlamentskollegen haben nicht das Recht, Präsident Abbas oder andere ranghohe Regierungspersonlichkeiten in Ramallah zu kritisieren. Derartige Kritik wird als „Beleidigung“ hochrangiger Offizi-

So beinhaltet beispielsweise die parlamentarische Immunität, dass Zoabi und ihre Parlamentskollegen von den Behörden weder verhaftet, noch zum Verhör vorgeladen werden dürfen. In Wahrheit gibt es kein Leben im palästinensischen Parlament. Dank der PA und des Konflikts mit der Hamas ist es handlungsunfähig und dient nur noch dazu, dass auf seinem Rücken Palästinenser-Witze ausgetragen werden.

Das Fehlen eines funktionierenden Parlaments spielt jedoch Präsident Abbas und seiner Regierung nur in die Hände. Kein Parlament heißt, dass es auch niemanden gibt, der sie zur Rechenschaft ziehen kann.

Unterdessen wird Abu Bakr, das Parlamentsmitglied, das es wagt, öffentlich seine Stimme gegen den Präsidenten oder ein Mitglied der obersten Führungsriege der Palästinensischen Autonomiebehörde zu erheben, vom langen Arm der palästinensischen Sicherheitskräfte in die Zange genommen.

Abu Bakr ist jetzt ein Flüchtling. Seit einigen Tagen nun hat sie sich im Parlamentsgebäude verkrochen. Sie weigert sich, das Gebäude zu verlassen oder zum Verhör zu erscheinen und verlangt, dass Abbas den gegen sie verhängten Haftbefehl aufhebt.

Und wo hält sich ihre Kollegin Zoabi

bi derzeit auf? In Israel verhält sich die „Vereinigte Arabische Liste“ verdächtig schweigsam, was die Schikane ihrer Parlamentskollegin in Ramallah angeht.

Zweifelloso hätte sich uns ein anderes Bild gezeigt, wenn Abu Bakr an einem Checkpoint der IDF auch nur eine Viertelstunde lang aufgehalten worden wäre. Vor Ablauf dieser Zeit hätte Zoabi bereits Israel an den Pranger gestellt, weil es die Rechte eines Parlamentsmitglieds in den palästinensischen Gebieten verletzte.

Es gibt also zwei Abgeordnete. Eine von ihnen ist gezwungen, aus Angst vor der Verhaftung durch die palästinensischen Sicherheitskräfte in ihrem eigenen Parlament Schutz zu suchen. Die andere erhält alle Rechte und Privilegien, die auch ihre arabischen Mitbürger in Israel genießen – trotz ihres extrem provozierenden Verhaltens.

Dies ist der Unterschied zwischen einem Rechtsstaat und der Palästinensischen Autonomiebehörde, die schon seit Jahren die Struktur einer Mafiaorganisation besitzt.

Najat Abu Bakr träumt wie viele andere „Palästinenser“ von dem Tag, an dem auch sie eine Knesset haben werden, ein echtes Parlament, in dem die politischen Führer zur Verantwortung gezogen werden. Vorerst jedoch – und dies gilt auch für die absehbare Zukunft – bleibt dieser Tag ein bloßer Wunschtraum.

Zoabi und ihre arabischen Mitbürger Israels werden dennoch kaum in nächster Zeit ihre Koffer packen und nach Ramallah eilen. Anscheinend entspricht eine weitere arabische Diktatur nicht ihrer Vorstellung von einer erstklassigen Wohngegend.

Zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Khaled Abu Toameh ist ein preisgekrönter arabisch-israelischer Journalist und TV-Produzent, der sich in den letzten drei Jahrzehnten palästinensischen und arabischen Angelegenheiten gewidmet hat. Er erhielt 2014 den Daniel Pearl Award vom renommierten Los Angeles Press Club verliehen.

Siedlermusik

Vom (sub-)kulturellen jüdischen Innenleben in Judäa und Samaria

Von Chaya Tal

Neben Politik, aktuellen Nachrichten, Leben unter Terror und Religion gibt es weitere interessante und vielschichtige Themen, welche ich Ihnen im Zusammenhang mit dem jüdischen Leben in Judäa und Samaria näherbringen möchte. Natur und Freizeit habe ich schon angeschnitten und auch einige Gesellschaftsthemen wie Frauen, Studium, Karriere und Wohltätigkeit.

Aber die jüdischen Israelis in Judäa und Samaria haben nach der Rückkehr in die alt-neue Heimat auch ihre eigene Kunst und Kultur entwickelt, welche langsam, aber sicher ins Bewusstsein der Obrigkeit rückt. „Siedlerkunst“ und „Siedlerkultur“ ist nichts Einheitliches, alles teilt sich in Subkulturen auf, verfolgt verschiedene Ideale und Ausdrucksweisen. Ich, als noch immer eine teilweise Außenstehende, fühle mich immer wieder voller Neugier in die neue Materie hinein. So beispielsweise in die „Siedlermusik“.

Siedlermusik? Gibt es so etwas? In den deutschen Medien ist speziell dieser Begriff natürlich noch nicht aufgetaucht – was aber angesichts der Stimmungsmache gegen Siedler auch kaum verwunderlich ist.

Zum Thema: Wir haben junge Leute in Judäa und Samaria – sogar ziemlich viele. Sie leben in unseren Städten und Dörfern, sind sehr musikalisch produzieren auch selbst Musik. Die Geschmäcker sind bei jedem verschieden und natürlich hat der Mainstream-Pop auch in die traditionsbewusste Gesellschaft nationalreligiöser Juden seinen Einzug gefunden. Es gibt aber nicht wenige unter ihnen, die ihr „eigenes Ding“ machen wollen und tatsächlich auch Kreativität und Talent vorweisen können. In den meisten Fällen sind diese Künstler, die sich entschieden haben selbst Musik zu machen und diese auch an die Öffentlichkeit zu bringen, in ihren 20ern und 30ern. Sie setzen in ihren Kompositionen in Wort und Klang Akzente auf Tradition, Spiritualität, Verbundenheit zur Natur, Idealismus und auf die Beziehung zwischen Gott und Mensch.

Die Lieder, die sie komponieren, bringen sie auf Hebräisch heraus. Die Texte, mit vielen Metaphern geschmückt, ermuntern zum Leben, zum Glauben und zur Hoffnung und drücken Liebe oder Sehnsucht zu dem Land und seiner Verbindung zum jüdischen Volk aus. Dabei machen die Musiker Gebrauch von Zitaten aus den Heiligen Schriften, ergänzen diese und wandeln sie zu neuen Texten um. Die Musikstile selbst vermischen akustische Instrumente – dabei sind die Gitarre und verschiedene Flötenarten sehr populär – und neueste Soundeffekte und finden ihre Inspirationen sowohl in mediterranen, fernöstlichen als auch europäischen Klängen.

Ich möchte hier einige der beliebtesten Musiker der Juden aus Judäa und Samaria und ihre Lieder vorstellen. Die Beispiel-Lieder auf Hebräisch habe ich für Sie ins Deutsche übersetzt, nach Möglichkeit in einer sinngemäßen Übersetzung.

Binyamin (Bini) Landau

Bini Landau ist eine Entdeckung der letzten sechs Jahre, obschon er als Künstler seit dem Jahr 2000 verschiedenen Projekten seine Stimme und sein Können geliehen hat. Von seinen Kritikern, soweit ich es den Rezensionen entnehmen konnte, wird er unter „authentische jüdische Musik“ mit Einflüssen aus Ethno und Rock eingeordnet. Zwei Alben hat der Musiker aus der Siedlung Havvat Ma'on in den Süd-Hevronbergen bisher herausgebracht und in beiden Alben, „Über die Grenzen hinweg“ (2010) und „Stiftszelt/Tempel“ (2013), widmen sich seine Lieder dem Thema Spiritualität. Das Genre „jüdische Musik“ bezieht sich in Israel nicht etwa nur auf Klezmer, wie man das aus der Musikszene in Deutschland kennt, sondern ist endlos dehnbar – darunter fallen ethnische Gesänge, von religiösen Weisen inspirierte moderne Musik, neu vertonte Texte aus der Liturgie, Kompositionen aus antiken Texten und Neuschöpfungen, und das mit Einflüssen sowohl aus dem Okzident, als auch aus dem Orient.

Vor der Veröffentlichung seines ersten Albums arbeitete Bini Landau mit Sängern wie Sinai Tur zusammen, z.B. an einem Album spiritueller hebräischer Ge-



Musiker Bini Landau

sänge („Piyyutim“ genannt). Sein Album „Über die Grenzen hinweg“ produzierte er im eigenen Studio bei sich, in Havvat Ma'on, schrieb Texte und Musik selbst, in Anlehnung an das „Hohelied Salomos“. Das Album wurde von einigen positiven Rezensionen aus der nationalreligiösen Gemeinschaft begleitet, fand

personlich kennenlernen. Wer weiß – vielleicht mache ich das noch. Und bis dahin – hier das Lied und der Text von „Tempel“.

„ Das Ganze ist eine neuartige Form von Musik, inspiriert durch ständiges Eintauchen in die spirituell-religiöse Atmosphäre der jüdischen Siedlungen und Lerninstitute, die Verbindung zur biblischen Landschaft, das Ausprobieren alternativer Lebensstile in einsamen kleinen Dörfern oder Bauernhöfen inmitten der Berge und eine Mischung aus verschiedenen Instrumenten und Musikstilen. “

jedoch keinen wirklichen Anklang und wurde unter anderem dafür bemängelt, eine geringe professionelle Qualität aufzuweisen und nach „Hügeljugend-Geplänkel“ zu klingen. Zumal hatte sich Bini Landau – passend zur „Hügel-Aura“ – einen alternativen Kleidungsstil, vielleicht in Anspielung auf biblische Zeiten, zugelegt: Schals, Wollhut, lange Gewänder, lange lockige Haare, Gitarre.

Das zweite Album „Stiftszelt“ (oder auch „Tempel“) war nicht an einem bestimmten Thema ausgerichtet, sondern behandelte verschiedene Aspekte – alles dennoch mit jüdisch-geistigem Bezug. 2013 kam es heraus, diesmal in einem anderen Studio und in Zusammenarbeit mit bekannten Musikern. Es beinhaltet Lieder wie „Tempel“ (Mishkan), dessen Übersetzung ich für Sie weiter unten angegeben habe; das Lied „Sklaven“ (Avadim), „Glücklich ist der Mensch“ (AshreyHaIsh), „Flügel ausbreiten“ (LifrosKnafaim), „Stille Wasser“ (Mey Menuchot) und andere. Einige der Lieder sollen Zauderern und Niedergeschlagenen Mut machen, andere die Kleinheit des Seins und die menschliche Abhängigkeit davon anprangern („Sklaven“), wieder andere nutzen ganze Psalmverse, die mit Ethno- und Rockmotiven vertont wurden. Das Ganze ist eine neuartige Form von Musik, inspiriert durch ständiges Eintauchen in die spirituell-religiöse Atmosphäre der jüdischen Siedlungen und Lerninstitute, die Verbindung zur biblischen Landschaft, das Ausprobieren alternativer Lebensstile in einsamen kleinen Dörfern oder Bauernhöfen inmitten der Berge und eine Mischung aus verschiedenen Instrumenten und Musikstilen.

Bini Landau selbst macht für sich keine große Wer-

bung. Eine Webseite oder Facebook-Präsenz lässt sich nicht finden, Bilder gibt es nur wenige, auch Veranstaltungsposter fallen relativ bescheiden aus. Wie alt Landau ist, ob er verheiratet ist oder nicht, lässt sich über die reguläre Suche nicht herausfinden. Dafür müsste ich schon nach Havvat Ma'on fahren und ihn

Mishkan (Tempel). Deutsche Fassung: Chaya Tal

*Einen Tempel bau' ich im Herzen für dich
Dort findest du Ruhe vom Wandern
Einen Tempel bau ich im Herzen für dich
Dort wirst du Kräfte sammeln*

*Den Schmerz, den du fühlst,
verspüre auch ich
Auch ich bin durch stürmische Winde gegangen
Was du erbittest
Darum bat ich für mich
Doch den Ort meines Herzens konnt' ich nicht erlangen*

*So warte, verlange und sehn' dich danach
Dann bleibt dir die Hoffnung erhalten
Erheb' deine Stimme, bete auch für mich
Lass die Verzweiflung nicht walten*

*Pfade, noch eben verborgen und stumm
Werden sich uns offenbaren
Die eisernen Vorhänge werden sich heben
Das Herz wird Freiheit erfahren*

*Dann wirst du erleben, mit all deinen Sinnen –
Solltest du all das durchhalten –
Dass Glaube Berge versetzen kann
Und ebenso Meere spalten.*

Für das ZDF ist jeder Jude ein Besatzer

In Hebron, der zweitheiligsten Stadt des Judentums, stören Juden nur

Von Stefan Frank

Vor knapp zwei Jahrzehnten, am 14. Januar 1997, schüttelten der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und Jassir Arafat, der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, einander die Hand. Soeben hatten sie am Grenzübergang Erez, der Israel mit dem Gazastreifen verbindet, ein historisches Abkommen ausgehandelt. Sie hatten vereinbart, dass die Stadt Hebron, die Wiege des Judentums, in zwei Zonen geteilt würde: H1 und H2. Aus der Zone H1, die 85 Prozent der Stadt Hebron ausmacht, würde sich Israel binnen Tagen zurückziehen und die Kontrolle an die Palästinensische Autonomiebehörde übergeben. Nur in den verbleibenden 15 Prozent – H2 – würden fortan noch Juden leben dürfen, unter dem Schutz der israelischen Armee.

US-Präsident Bill Clinton lobte den unter Vermittlung der USA, Ägyptens und Jordaniens ausgehandelten Vertrag als wichtigen Schritt zur Bildung von Vertrauen und Kooperation zwischen beiden Seiten.

Es war ein Test: Wenn Juden und Araber sich über die Aufteilung der heiligen Stadt Hebron verständigen können, warum sollten sie dann nicht auch im Rest des umstrittenen Landes zu einem Modus der Koexistenz auf der Basis ausgehandelter und anerkannter Grenzen finden? Der Versuch ist schiefgegangen. Heute leben Juden in nur noch drei Prozent von Hebron, wie in einem Gefängnis sind sie von der Umwelt, die sie nicht betreten dürfen, getrennt. Und es ist nicht so, als würde ihnen das Opfer gedankt.

Für bestimmte Kräfte ist jeder Jude ein „Siedler“ und „Friedenshindernis“, das beseitigt werden muss. So denken nicht nur die Hamas und die PLO, sondern auch das deutsche ZDF. „Geisterstadt Hebron. Ex-Soldaten brechen das Schweigen“, betitelte das Nachrichtenmagazin „heute“ einen Beitrag auf seiner Webseite.

Die Autorin des Artikels, ZDF-Reporterin Miriam Staber, war bei einer Stadttour der antiisraelischen Lobbygruppe „Breaking the Silence“ dabei und weiß jetzt: Es wird keinen Frieden geben, solange in Hebron noch Juden leben. Nein, das sagt nicht sie, das sagt ihr Tourguide, Herr Bigelmann, „ein Ex-Soldat“. In Israel ist fast jeder ein „Ex-Soldat“ – ist das neuerdings ein Beruf? Nein, Bigelmann ist von Beruf antiisraelisch: Die EU zahlt den Leuten von „Breaking the Silence“ pro Jahr mehrere Hunderttausend Euro. Das erklärt wohl einiges; Bigelmann bekommt sein Gehalt dafür, dass er die Juden zum Problem erklärt: „Die Siedlungen haben Hebron zu einer Geisterstadt gemacht“, sagt er. Moment mal: Eine Geisterstadt, in der 200.000 Menschen (nämlich Araber) wohnen? Hat der sie noch alle?

Staber vertraut ihrem Führer so sehr, dass sie ihn zum Protagonisten ihres Artikels macht: Er ist der einzige, der zu Wort kommt. Leider erfährt man nichts darüber, wer Herrn Bigelmann früher zum „Schweigen“ gezwungen hat, das er jetzt „bricht“. Herr Bigelmann erklärt auch nicht, warum er die Juden aus Hebron vertrieben sehen will. Das Einzige, was er sagt – und was Miriam Staber dem deutschsprachigen



Juden demonstrieren in Hebron dafür, dass sie ihre von Arabern gekauften Häuser endlich beziehen dürfen.

Publikum weitergibt –, ist: Solange es in Hebron noch ein paar Juden gibt, wird das nichts mit dem Frieden: „Die

Bevölkerung in Sicherheit gebracht.“ Heute nennt man so etwas „ethnische Säuberung“, doch wir wollen nicht um

das scheint für sie nicht nur eine Lösung des Konflikts zu sein, sondern die einzige: eine Welt ohne Judenhass mag sie sich gar nicht ausmalen.

Jüdische Bürger von Hebron hat Miriam Staber nicht befragt, sie kommen nur als Störenfriede vor: „Ein Siedler fährt an der Gruppe vorbei und erkennt die Tour von ‚Breaking the Silence‘ ... Der Mann [fährt] mit seinem Auto neben der Gruppe her und hupt minutenlang, um die Tour zu stören. Weitere Siedler stören Bigelmans Ausführungen mit Beschimpfungen und Vorwürfen.“

Beklagenswert findet die „heute“-Reporterin die Lage der arabischen Bewohner des winzigen jüdischen Teils von Hebron, der Zone B. (Natürlich sagt sie an keiner Stelle „Zone B“, denn das würde vielleicht Leser darauf bringen, dass die Teilung Hebrons auf einer Rechtsgrundlage, einem bilateralen Abkommen basiert.) Von der zigmal größeren Zone A, die so judenrein ist, wie die restlichen drei Prozent nach Stabers Willen erst noch werden sollen, findet sich in dem Artikel kein Wort.

Das Hebron-Abkommen war ein Experiment. Es zeigt, was bei einer Teilung Jerusalems zu erwarten wäre: Auch wenn Netanjahu und Abbas sich morgen darauf einigen würden, dass 97 Prozent von Jerusalem arabisch würden und nur noch in drei Prozent des Stadtgebiets Juden leben dürften, würde die Welt, würden ZDF-Journalisten wie Miriam Staber es den Juden nicht danken. Frau Staber würde ausgerechnet in das kleine Gebiet Jerusalems fahren, wo es noch ein paar Juden gibt und diese „Siedler“ als diejenigen verteufeln, die ein „friedliches Zusammenleben“ verhindern. Ein paar von der EU bezahlte Juden zu finden, die diese Weltanschauung bestätigen, wird nicht schwierig werden: Die „heute“-Redaktion hat ihre Telefonnummern.

„Das Verstörende ist, dass der durch das Massaker von 1929 herbeigeführte Zustand eines judenfreien Hebron für die ZDF-Reporterin Miriam Staber der natürliche zu sein scheint, der einzige, den sie sich als einen friedlichen vorstellen kann. – Das Hebron-Abkommen zeigt, was bei einer Teilung Jerusalems zu erwarten wäre.“

Siedlungen hier verhindern ein friedliches Zusammenleben.“ Die „Siedlungen“, das sind Häuser, in denen Juden wohnen. Ein anderes Mal werden die Juden als „Besatzung“ bezeichnet. Folgt man freilich dieser Logik, wird es keinen Frieden geben, solange überhaupt noch irgendwo auf der Welt Juden leben – aber irgendwo muss man ja anfangen, warum nicht in Hebron.

Dabei schreibt Staber selbst, Hebron sei „die zweitheiligste Stadt des Judentums“. Wenn Juden kein Recht haben, in ihrer zweitheiligsten Stadt zu wohnen – wo dann? (Auf dem Tempelberg beanspruchen die Muslime Heimrecht, weil es ihr „drittheiligster Ort“ sei). Ferner räumt Staber ein: „Lange lebten hier Juden und Muslime friedlich miteinander.“ So wie heutzutage etwa in Haifa und Tel Aviv. Warum also sollte es nun dem Frieden dienen, wenn Hebron judenrein gemacht würde? Die Antwort der Autorin ist verblüffend: „Nach einem Massaker im Jahr 1929, bei dem 67 Juden ermordet wurden, wurde die jüdische

Begriffe feilschen. Das Interessante – und Verstörende – ist, dass der durch das Massaker herbeigeführte Zustand eines judenfreien Hebron für Miriam Staber der natürliche zu sein scheint, der einzige, den sie sich als einen friedlichen vorstellen kann.

Man weiß: Solange es in Hebron auch nur einen Juden gibt, wird es Araber geben, die ihn ermorden wollen. Um das Leben der 850 von Staber gezählten Juden („Siedler“) zu schützen, seien 600 israelische Soldaten notwendig, rechnet sie vor. Diese Relation hält sie offenbar für unwirtschaftlich oder unschön – und da hat sie uns mal ganz auf ihrer Seite: Ja, es ist unschön, dass ein großer militärischer Aufwand getrieben werden muss, weil es fanatische Muslime gibt, die sich mit der Existenz von Juden – sei es in Hebron oder anderswo – nicht abfinden können und sie töten wollen. Doch so denkt Miriam Staber nicht; für sie sind die Juden das Problem. Gäbe es keine Juden, bräuhete man keine Zäune, Checkpoints und Soldaten, so ihre Logik. Keine Juden,

Wildleben in Israel

Noch heute gibt es erstaunlich viele wilde Großtiere in Israel

Von Nikoline Hansen

Israel ist für seine Vielfalt bekannt – dafür steht nicht zuletzt das bunte Logo, das Touristen auf die vielfältigen Attraktionen, die unterschiedlichen Regionen und Landschaften und nicht zuletzt auf das bunte Leben in Tel Aviv aufmerksam macht. Weniger bekannt ist allerdings, dass Israel nicht nur Menschen unterschiedlichster Herkunft beherbergt, sondern auch eine Heimat für eine Vielzahl von Tierarten ist.

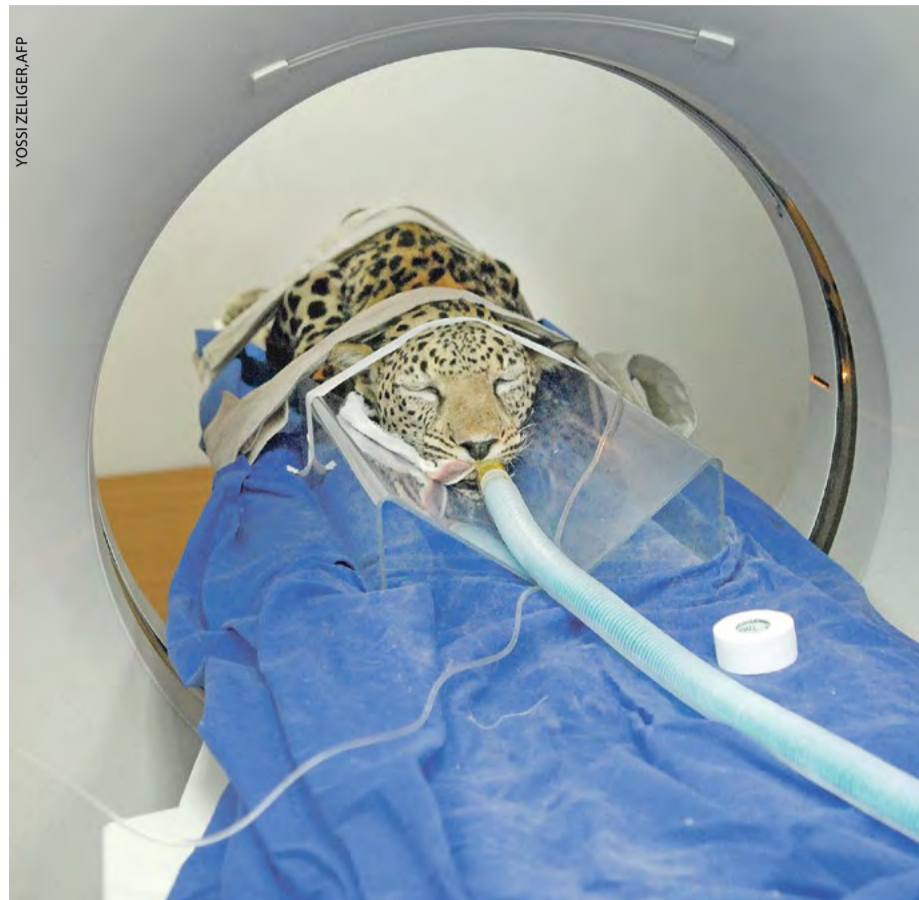
Dabei ging es den wildlebenden Tieren in Israel nicht anders, als den Tieren in den anderen Teilen der Welt auch: Viele wurden im Laufe der Jahrhunderte aus ihren angestammten Lebensbereichen vertrieben oder ausgerottet. Der Biblische Zoo in Jerusalem gibt einen Überblick darüber, welche Tierarten zur Zeit, als die Bibel entstand, in Israel vertreten waren – denn in der Bibel werden auch viele Tiere erwähnt – wobei sich die Forscher nicht immer einig sind, was für eine Tierart mit einem bestimmten Wort eigentlich gemeint ist.

Mit anderen Worten: Die Zoologie der Bibel und damit auch Israels ist eine Wissenschaft für sich. Als sicher gilt jedenfalls, dass es damals Bären, Krokodile und Löwen gab. Nilkrokodile wurden bis Anfang des 20. Jahrhunderts in der Natur in Israel gesichtet, ebenso wie Bären, die ebenfalls Anfang des 20. Jahrhunderts in der freien Wildbahn ausstarben. Die letzten lebenden Exemplare der sogenannten Syrischen Braunbären befinden sich im Zoo in Jerusalem und anderen Zoos der Welt. Die Löwen, die zu biblischer Zeit vermutlich ebenfalls häufiger in dieser Gegend anzutreffen waren, traf dieses Schicksal schon deutlich früher: gemeinhin wird davon ausgegangen, dass ihr Aussterben in der Gegend des heutigen Israels mit dem Vordringen der Kreuzfahrer in Verbindung steht, die gegen Ende des 12. Jahrhunderts gerne auf Löwenjagd gingen. Die Löwen überlebten das nicht, dafür eine andere Großkatzenart: Wenige Exemplare einer Leopardart leben noch heute in der judäischen Wüste und im Negev.

Während man das Aussterben dieser Tierarten bedauert und versucht, in Israel selten gewordenen Tierarten in eigens geschaffenen Naturreservaten und Nationalparks wieder zu größeren Populationen zu verhelfen, lebt ein Wildtier in Israel, dessen Existenz nicht gefährdet ist und das immer wieder zu Kontroversen Anlass gibt, auch wenn sein Vorkommen in Israel in weiten Kreisen unbekannt ist: das Wildschwein.

Nun würde man Wildschweine aus zweierlei Gründen nicht in Israel vermuten: Wildschweine leben gerne im Wald, sie sind bei der Nahrungssuche auf üppige Vegetation angewiesen, da sie sich in der Hauptsache von Früchten und Pflanzen aber auch kleineren, besonders wirbellosen Tieren ernähren, die in erster Linie ebenfalls in Gebieten mit entsprechendem Pflanzenwuchs anzutreffen sind, und zum anderen sind sie ganz sicher nicht koscher!

Wobei die zweite Tatsache den Tieren wohl eher zum Vorteil gereicht, denn ihr größter natürlicher Feind, der Mensch, hat zumindest wenn er sich an die jüdischen und islamischen Speisegesetze hält, keinen Grund, das Wildschwein als Nahrungsquelle zu jagen. Sicher ist es in diesem Fall also eher ein glücklicher



Dieser wildlebende (!) Leopard wurde in einem Schlafzimmer in Sde Boker eingefangen. Hier wird er tierärztlich untersucht.

Umstand, dass sich nicht alle Israelis an die Kaschrut, die jüdischen Speisevorschriften halten und gerne auf Wildschweinjagd gehen, zumal die moderne Wissenschaft ja die Gefahr der Verbreitung von Krankheiten gebannt hat, die

in den Medien auf, wobei wie im Nahostkonflikt üblich den Israelis die Schuld in die Schuhe geschoben wird, wenn Wildschweine sich etwa an „palästinensischen“ Plantagen vergreifen. So wandte sich die „Arabische Liga für

„Wildschweine in Israel haben „Schwein gehabt“, dass sie weder auf der jüdischen, noch auf der moslemischen Speisekarte stehen. Israelische Soldaten sollen Wildschweine mit Löwenkot aus dem Jerusalemer Zoo ferngehalten haben.“

einst tatsächlich von Schweinefleisch ausging.

So scheint es, dass diesen Vorschriften zum Trotz tatsächlich eine erkleckliche Anzahl von Einwohnern Israels Jagd auf Wildschweine macht – oft auch illegal, wie die Zeitung Haaretz berichtete, denn offiziell stehen die Tiere unter Naturschutz und die Sportjagd ist inzwischen in Israel wie in vielen Ländern verboten bzw. sehr stark eingeschränkt worden. Wer jagen will, benötigt einen Jagdschein, der von der israelischen Naturschutz- und Parkbehörde ausgestellt wird und dessen Ausgabe immer weiter begrenzt wird. Dabei sollte die Jagd auf Wildschweine durchaus erwünscht sein, da sich die Tiere andernfalls noch schneller vermehren würden, als sie es ohnehin schon tun. So ist das Wildschwein dann derzeit das einzige Tier in Israel, zu dessen Jagd noch Hunde benutzt werden dürfen – auch wenn hierfür seit September 2014 ebenfalls eine spezielle Erlaubnis benötigt wird.

Es ist also kein Wunder, dass Wildschweine in großer Anzahl im Land leben und so wie in manchen Gegenden Deutschlands auch die Gelegenheit haben, sich zu einer wahren Plage zu entwickeln. Immer wieder tauchen Geschichten über Wildschweine in Is-

raels, eine eigens gegen Israel gerichtete Organisation, im Juli 2012 an die Öffentlichkeit mit Meldungen darüber, dass Israelis Wildschweine als „Geheimwaffe“ gegen die Araber einsetzen würden. In der Erklärung heißt es, israelische Siedler würden speziell gezüchtete und dressierte Wildschweine nachts freilassen, um in den arabischen Dörfern „Saaten zu vernichten und Kinder zu tyrannisieren“. Diese Anschuldigungen tauchen immer wieder in den Medien auf – ein Grund mehr, sich mit diesem Problem zu befassen, denn wenn etwas oft genug wiederholt wird, hält man es schließlich für wahr, selbst wenn esbarer Unsinn ist.

So berichtete die Jerusalem Post am 22. November 2014, dass Präsident Machmud Abbas während einer Konferenz in Ramallah die Behauptung aufstellte, dass jede Nacht israelische Wildschweine gezielt losgelassen würden, um „palästinensische Felder“ zu verwüsten – eine Behauptung, die dann zwar nicht direkt in den englischsprachigen Medien verbreitet wurde – dafür allerdings in den arabischen. Diese Anschuldigung mag lächerlich erscheinen – denn wer sich auch nur etwas mit Wildschweinen beschäftigt hat, weiß, dass diese Tiere nachtaktiv sind und man sie daher tags-

über sehr selten zu Gesicht bekommt, es also in ihrer Natur liegt, wenn sie nur nachts gesichtet werden und dass sie aufgrund ihrer Größe durchaus furchterregend sein können, auch wenn sie in der Regel nicht für den Menschen gefährlich sind.

Gefährlich sind solche Äußerungen aber trotzdem, da sie für Menschen, die mit den Lebensweisen der Wildschweine nicht so vertraut sind durchaus plausibel und damit wahr erscheinen können und so ein weiteres Puzzlestück im arabisch-„palästinensischen“ Propagandakampf gegen Israel bilden.

Dabei ist das Problem mit den Wildschweinen nun wirklich nicht ganz neu – schon der Bibel entnehmen wir, dass Wildschweine sich über die Weinberge hermachten und sie verwüsteten. So widmet sich Psalm 80 dem „zerstörten Weinstock Gottes“ – unter explizierter Erwähnung der „Eber aus dem Wald“, die ihn verwüsten. Es ist wohl ausgeschlossen, dass hinter diesen Zerstörungen die israelischen Siedler steckten.

In der Tat sind es Medienberichten zufolge auch nicht nur die arabischen Bauern, denen die Wildschweine zu schaffen machen. Auch die israelische Armee hat Probleme mit den Schweinen. So sollen sie israelischen Soldaten, die an der Grenze zum Libanon stationiert waren, nächtelang den Schlaf geraubt haben, da sie in der Nähe der Grenzsicherungen die Alarmanlagen auslösten. Abhilfe soll dann für einige Zeit ein biologisches Hausmittel geschafft haben: Löwenkot, der aus dem Zoo in Jerusalem beschafft und entlang der Grenzzäune verteilt wurde.

Wie aber sieht es nun wirklich mit den Wildschweinen aus, die in Israel immer häufiger auch in der Nähe der bewohnten Gegenden gerade im Norden und bei Haifa gesichtet werden? Natürlich hat sich auch die Wissenschaft mit der Herkunft der Schweine beschäftigt und ist zu einem überraschenden Ergebnis gekommen: Eine genetische Analyse der israelischen Wildschweine ergab, dass sie wohl nicht mit den ursprünglich in der Gegend ansässigen Tieren verwandt sind, sondern aus Europa stammen. Wissenschaftler der Fakultäten für klassische und vorderasiatische Archäologie sowie Zoologie an der Universität Tel Aviv kamen in Kooperation mit Kollegen vom Weizmann-Institut zu der überraschenden Erkenntnis, dass die in Israel beheimateten Wildschweine im Gegensatz zu ihren äußerlich identisch wirkenden Artgenossen aus Ägypten, Syrien, der Türkei, Armenien, Irak und Iran nicht die genetischen Eigenschaften der Wildschweine aus dem Nahen Osten ausweisen, sondern einen europäischen genetischen Code besitzen. Sie kamen anhand ihrer Studien zu dem Schluss, dass die Tiere vor etwa 3.000 Jahren von seefahrenden Völkern, etwa den Philistern, nach Israel gebracht wurden. Sie stellten auch fest, dass bei Schweinen aus der Bronzezeit noch der nahöstliche Code dominiert hatte, was sich dann in der frühen Eisenzeit änderte und bis heute die Population der Wildschweine prägt. Die Studien werden fortgesetzt um zu genaueren Erkenntnissen zu gelangen.

Die Wildschweinpopulation in Israel nimmt derweil zu und in der Umgebung von Haifa haben die Tiere bereits die menschliche Zivilisation zu schätzen gelernt: Sie wühlen in den Mülltonnen. Wie in Europa auch.

Die Messer-Intifada ist organisiert

Die Al-Quds-Universität verleiht Dschihadismus einen akademischen Status

Von Michael Guttman

Samstag, 13. Februar 2016. Die al-Quds-Universität von Jerusalem veranstaltet in Abu Dis, einer Kleinstadt unter Selbstverwaltung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) östlich von Jerusalem, eine kulturelle Veranstaltung zum Gedenken an den Terroristen Baha El-Elia. Der Mann wurde am 13. Oktober 2015 zusammen mit einem Komplizen bei einem Anschlag auf einen Stadtbus an der Haltestelle des Hotels Armon ha-Naziw (Gouverneurspalast) getötet. Ihren Anschlag begingen sie mit einer Schusswaffe und mit Messern. Er führte zum Tode von drei israelischen Fahrgästen.

Die Schirmherrschaft für diese „Kulturveranstaltung“ übernahm der Oberste Rat der Palästinenser für Jugend und Sport, ein offizielles Regierungsgremium der PA. An der Zusammenkunft der al-Quds-Universität nahmen über 2.500 Studenten teil, die eine „lebende Kette“ bildeten, unter dem Motto „Baha El-Shuhada“, was soviel heißt wie „Bahas Netz der leuchtenden Dschihadisten“. Dem Terroristen Baha El-Elia verliehen die Initiatoren der Universitätsveranstaltung den Titel „Gelehrter Dschihadist“. Seine Mordtaten wurden als Glieder einer Kette von Anschlägen, der seit Jahren von ihm geführten Organisation „Netz des Aufbruchs an den Mauern Jerusalems“ gepriesen. Ihr Unwesen treiben sie immer noch. Der Initiator und Sprecher der Veranstaltung betonte in seiner Begrüßungsansprache, dass der „Gelebte“ eine Spezialgruppe als Netz von Dschihadisten aufgebaut habe. Zugleich sagte er, dass diese Gedenkfeier an der al-Quds-Universität den Anfang für zukünftige Veranstaltungen der Intellektuellen an den Universitäten der Autonomiegebiete im Westjordanland bilde.

Der Vater von Baha, ein Rechtsanwalt, unterstützte in seiner Ansprache das Vorhaben, die Attentate zum Gegenstand von intellektuellen Kulturritualen an den Universitäten zu machen: „Unser Volk wird den Befreiungskampf nicht meistern, wenn es ungebildet ist. Baha hat uns eine unsterbliche Idee hinterlassen. Wir haben heute über 1.000 Studenten, die seinen Weg fortsetzen. Das Besatzungsregime hat das ganze Volk zu Märtyrern gemacht, die sehnsüchtig darauf warten, in den Heiligen Tod zu gehen.“ Der Sprecher der Studenten fügte hinzu, dass Baha El-Elia bewiesen habe, dass der Kampf gegen Israel gebildete Menschen brauche.

Zum Abschluss der Zeremonie verlasen Studentinnen und Studenten, einheitlich in T-Shirts mit bedruckten Porträts des „gelehrten“ Dschihadisten ihre Gedanken zur Preisung seiner Seele. Sie stellten Kartons für Briefe auf, die die Veranstalter zu einem Buch zusammenfassen wollen, welches sein Leben würdigen soll.

Eine gleiche Veranstaltung fand zwei Wochen zuvor an der Universität in Hebron statt. Ebenfalls in Hebron führte das Ministerium für Kultur und Erziehung der PA am 14. Februar 2016 eine Gedenkveranstaltung für die 18-jährige Schülerin Klesar El-Avivi durch, die am Tage zuvor einen israelischen Soldaten mit Messer attackierte und dabei den Tod fand. Die Grußworte des Ministers auf der großen öffentlichen Zeremonie an der Mädchenschule überbrachte der Chef des Ministerialbüros für Kultur und Erziehung in Hebron, der die hervorragende Rolle der jungen Mädchen bei den national-kulturellen Aufgaben im Kampf gegen die israelische „Eroberungsarmee“ hervorhob. Auch hier wurde das Mädchen zur Dschihadis-

tin gekürt und ihre Seele gepriesen. An einer großen Schultafel stand ein Koranzitat: „Glaubt nicht, dass die Dschihadisten tot sind. Nein, sie leben und erhalten ein Einkommen von Allah.“

Die palästinensische Terrorwelle 2014/15

So nennen die israelischen Sicherheitskräfte und die Presse die Serie von Anschlägen



Gamal Abdel Nasser, Muammar Gaddafi und Saddam Hussein...

der „Palästinenser“, die mit den Ausschreitungen am Tempelberg im September 2014 ihren Anfang nahmen. Weitere übliche Bezeichnungen sind: „Stille Intifada“, „Stadt-Intifada“, „Intifada der Einzeltäter“, „Dritte Intifada“, „Intifada der Messer“. Manche Bezeichnungen sind m.E. unzu-

Die „Palästinenser“ haben im Laufe der Jahre schon häufig auf die großmäuligsten Feinde Israels gesetzt (Gamal Abdel Nasser, Muammar Gaddafi, Saddam Hussein, Hafez al-Assad, Baschir al-Assad, Machmud Ahmadinedschad) und sind stets enttäuscht worden.

treffend, denn die Anschläge werden nicht nur mit Messer und auch nicht nur durch Einzeltäter im Stillen geführt, sondern, wie die Unkulturveranstaltungen der al-Quds-Universität in Dis und an den Lehranstalten in Hebron zeigen, durchweg als organisierte Verbrechen. Die Terrorwelle 2014/15 ist auch nichts außergewöhnliches, sondern ein übliches Symptom des „palästinensisch“-israelischen Konflikts. Zu allen Zeiten war dieser stets von heimtückischen Überfällen auf Zivilisten mit leisen und lauten Mitteln begleitet. Typische Merkmale sind, genauso wie früher, allgemeine Ordnungswidrigkeit, Vandalismus und Mordanschläge. Neu ist, dass die Täter jünger sind als früher, ein Zeichen dafür, dass der Hass und die Gehirnwäsche heute nicht mehr nur in Dschihad-Organisationen oder bei Religionsveranstaltungen sondern alltäglich in Schulen, an Universitäten und durch die Medien verabreicht werden.

Die Täter waren anfangs Moslems aus Ost-Jerusalem. Bald verbreiteten sich die Anschläge auf das Westjordanland und auf die Städte Israels, also über die grüne Linie auf Tel Aviv, Netanja, Afula, Naharia u.a. Mit zunehmender Ausbreitung nahmen auch Moslems, die Staatsbürger

Israels sind und nicht in Jerusalem wohnen, an den Ausschreitungen teil.

Typische Merkmale der Ausschreitungen

Waren es anfangs noch die bekannten Steinwerfer, so sind bald Brandsätze geflogen. Die Polizeistation auf dem Tempelberg ging in Flammen auf. In West-Jerusalem wurde eine Tankstelle



1. Juli 2014: Drei Talmudschüler werden durch Hamas-Aktivisten südwestlich von Hebron, die heute als Hochburg der Hamas im Westjordanland gilt, entführt, erschossen und unter einem Steinhaufen liegengelassen. Der Fall führte zur Eskalation des „palästinensischen“ Terrors 2014/15.

4. August 2014: Ein „Palästinenser“ tötet mit einem Fahrzeug in Jerusalem einen und verletzt weitere fünf Personen. Im Verlauf des Tages wird ein Soldat durch Beschuss schwer verletzt, am Tag darauf ein Sicherheitsmann vor einem Supermarkt niedergestochen.

22. Oktober 2014: Ein Terrorist fährt



mit seinem Wagen an einer Haltestelle der Straßenbahn eine Frau mit ihrem Baby zu Tode und verletzt mehrere weitere Personen.

29. Oktober 2014: Ein Terrorist verletzt den bekannten jüdischen Religionsaktivisten Jehuda Gelik schwer, als er das Begin-Zentrum verlässt.

05. November 2014: Ein Aktivist der Hamas – dem Gericht schon bekannt – fährt in Jerusalem mit einem Fahrzeug in eine Menschenmenge, tötet zwei und verletzt mehrere Personen schwer. Der Flüchtende wurde von der Grenzpolizei erschossen.

18. November 2014: Zwei Terroristen richten ein Blutbad in der Synagoge der Gemeinde Bne-Tora im Jerusalemer Har-Nof Viertel an. Bevor sie von den Sicherheitsleuten unschädlich gemacht werden, töten sie fünf Betende und einen Polizisten.

24. November 2014: Vier Araber stechen zwei Schüler der Schawu-Banim-Religionsschule nieder.

3. Dezember 2014: Ein Terrorist dringt in einen Laden in Maale Adumim ein und ersticht zwei Kunden, bevor er gestellt werden kann.

12. Dezember 2014: Ein Terrorist übergibt in Beitar-Eilit, nahe Jerusalem, fünf Töchter einer Familie mit Säure und versucht sie anschließend mit einem Schraubenzieher zu erstechen. Er wurde angeschossen und gestellt.

Die Gewalt griff auch in das Jahr 2015 über. Seit Juli 2015 wurde sie zum Alltag und erreichte die Zahl von 10.000 Anschlägen, mit 27 Toten allein unter den Israelis. Ende Oktober erfassten die Krawalle erneut den Tempelberg, wo fanatisierte Moslems in der Al-Aqsa-Moschee Feuerwerkskörper, Brandflaschen, Steine, Knüppel, Material für den Barrikadenbau u.a. Kampfmittel gehortet haben. Sie begründeten ihre Gewalt damit, dass Israel den Status Quo für den Tempelberg verändern will – eine ebenso altbekannte wie unwahre Leier. Tatsächlich verneinen die Araber öffentlich das Recht der Juden, nebenan die Klagemauer zu besuchen oder dort zu beten.

Die Krawalle 2014/15 haben natürlich auch materielle Schäden in Höhe von mehreren 10 Millionen Schekel verur-

Ölberg geschändet (beide Berge liegen in Westjerusalem) und schließlich jüdische Wohnviertel beschossen.

Die Stadtzentren von Jerusalem waren bald mit antisemitischen Graffitirollen und Hakenkreuze beschmiert. Der Überfall vorrangig auf religiös gekleidete Personen brachte den Tätern die Gewissheit, dass man Juden trifft. Für die aufgetragten „Palästinenser“ sind alle Israelis Siedler, die nicht in dieses Land gehören. Die Exzesse hatten verschiedene Formen: Stechereien mit Messern, Scheren, Schraubenziehern u.a. spitzen Kleinwerkzeugen, welche man unauffällig mit sich führen kann, sowie Steine, die überall herumliegen und auch aus der Distanz eingesetzt werden können. Mutmaßliche Tötung und Verletzung durch Überfahren, eine Art Zerquetschen von Fußgängern, ist eine weitere brutale Methode, weil man damit gleich mehrere Menschen trifft und anschließend schnell das Weite suchen kann. Die Profis unter den Dschihadisten überfahren ihre Opfer mit Fahrzeugen oder nutzen scharfe Waffen und Sprengstoff. Hier ein paar Fälle von 2014 aus Jerusalem, dem Hauptort der Anschläge, die den vielfältigen Charakter der Ausschreitungen demonstrieren:

sacht. Allein die Straßenbahn ist zu einem beträchtlichen Teil außer Betrieb geraten. Die Wirtschaft der Stadt Jerusalem und der Tourismus sind stark geschrumpft.

Wie regiert man auf solche Ausschreitungen?

Die Täter in Jerusalem und Umgebung sind größtenteils Araber aus dem Ostteil der Stadt, darunter viele Minderjährige, die kurz nach ihrer Festnahme wieder freikamen. Die Polizei verstärkte ihr Vorgehen gegen Ausschreitungen durch Festnahmen mehrere hunderter Verdächtige und reichte dutzende Klagen gegen Einzelpersonen ein. Um Ausschreitungen einzudämmen, verstärkten die israelische Polizei und die Grenzpolizei gemeinsam ihre Maßnahmen zur Deeskalation durch Umleitung des Verkehrs, Errichtung von Straßensperren und frühzeitige Auflösung von Krawallen.

Tragen die Gewaltakte den Charakter einer spontanen Volkserhebung? Nach Einschätzung der Sicherheitskräfte dominiert die Zerstörung und Gewalt. Das Leitmotiv ist Judentumhass. Die Täter werden immer jünger. Sie sind heute zu über 50 % Teenager.

Die Araber haben im Laufe der Jahre schon häufig auf die großmüligsten Feinde Israels gesetzt (Gamal Abdel Nasser, Muammar Gaddafi, Saddam Hussein, Hafez al-Assad, Baschir al-Assad, Mahmud Ahmadinedschad) und sind stets enttäuscht worden. Gegenwärtig versucht der IS die „Palästinenser“ anzufeuern. Antisemitismus ist heute sehr verbreitet unter den Moslems.

Spontan waren die Ausschreitungen also ganz und gar nicht. Sie wurden von Hamas initiiert, mit dem Mord der drei Religionschüler, und werden die ganze Zeit von Hamas und Fatah unterstützt. Die festgenommenen Täter genießen rechtliche Unterstützung vor Gericht durch die PA, so dass ihre Überstellung durch Israel fragwürdig ist.

Der Minister für Innere Sicherheit, Yitzchak Aharonowitz, und der Oberbürgermeister von Jerusalem, Nir Barkat, versuchten an den Orten des Geschehens, die aufgebrauchte Menge auf beiden Seiten zu beruhigen. Sie standen auf verlorenen Posten. Kein einziger „palästinensischer“ Politiker oder Polizist kam der Aufforderung nach, sich für die Beruhigung der Massen einzusetzen. Das ist neu. Während der Intifadas gab es immerhin noch ein Mindestmaß der Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte Israels und der PA.

Als die Terroranschläge eskalierten, kam Israels Regierung zu einer Sondersitzung zusammen und wies die israelische Polizei zum verschärften Kampf gegen den Terror an, unter anderem durch Umgehung der Gewaltzentren. Als auch das von der PA boykottiert wurde, ordnete die israelische Polizei im Dezember die Aktion „Sicherung der Stadtmauer“ an. Etwa 1.000 zusätzliche Polizisten wurden unter ein zeitweiliges Sonderkommando als Verstärkung nach Jerusalem beordert und mit moderner Ausrüstung versehen. Ein Sondergericht beschleunigte die Untersuchungen und Anklagen der Täter. Infolge des häufigen Beschusses der Polizei mit Feuerwerkskörper wurde zwischen November 2014 bis Februar 2015 ein Verbot des Handels mit diesen Erzeugnissen landesweit verhängt. Im Februar 2015 deckte der innere Sicherheitsdienst Schabak eine Organisation namens „Basis des nationalen Terrors“ auf. Dutzende von Terroristen, mehrheitlich israelische Araber aus dem Ort A-Tur, die Hunderte von Anschlägen verübt hatten, wurden durch die Polizei festgenommen.

Der Konflikt um den Tempelberg spielte bei allen Auseinandersetzungen eine zentrale Rolle. Hier hatten die „Palästinenser“ häufig ihre Gewaltexzesse mit Feuerwerk und Steinwerfen gestartet. In-

folgedessen hatte die israelische Polizei gelegentlich das Gelände gesperrt, zunächst für Juden und Touristen. In wenigen Fällen hatte sie auch den Muslimen den Zugang versperrt, immer jedoch begrenzt auf kurze Zeit und nur für Jugendliche. So wurden die Gebete in der Al-Aqsa-Moschee kaum unterbrochen. Einen Höhepunkt erreichten die Sperrungen nach dem Anschlag auf Jehuda Gelik im Oktober 2014. Der Mann ist Führer einer Organisation, die für die Rechte der Juden, auf dem Tempelberg zu beten, eintritt. Die Polizei sperrte daraufhin für alle den Zugang mit einer Dauer von vierundzwanzig Stunden. Mehrere Tage danach blieb der Zugang begrenzt. Um die Angelegenheit Gelik gab es Auseinandersetzungen bis in die Knesset, doch bald kehrte man zur Alltagspraxis des Status

signen als Frustration vor Diskriminierung und Verzweiflung über jüdische Siedlungen, Checkpoints und mangelnden Fortschritt bei der Gründung des Staates Palästina erklärt?

Was bezweckt er mit der Beschworung – „Gefahr für die Al-Aksa-Moschee“ und mit der Beschuldigung der Juden, arabische Kinder ohne Gerichtsurteil zu töten?

Er täuscht die Öffentlichkeit. Statt die Lage zu beruhigen, gießt er noch Öl ins Feuer, weil er Kinder und Jugendliche anstachelt, Attentäter unter ihnen verherrlicht, Straßen und Gebäude nach ihnen benennt. Journalisten, die ihn darauf hinweisen, gibt er zur Antwort, er habe nur sein Verständnis für die Jugend zum Ausdruck gebracht, nach all den Jahren ihres trostlosen, miserablen Lebens. Er betrügt sein eigenes Volk

„ Da sie auch zum Westjordanland Zugang haben, sind Araber mit israelischem Pass sogar freizügiger als jüdische Israelis, die aus Sicherheitsgründen nicht einfach nach Ramallah, Jericho, Bethlehem, Jenin oder Hebron dürfen.“

Quo am Tempelberg zurück. Freier Zugang für alle Religionen.

Die Rolle der heutigen Führung der Palästinenser

Machmud Abbas, auch Abu Mazen genannt, der Präsident der Palästinensischen

und missbraucht die Kinder.

„Palästinensische“ Führer haben schon immer die Schuld für ihre Situation bei anderen gesucht, nur nicht bei sich. Wenn man das Täterprofil betrachtet, so wird schnell klar, dass ihre Situation alles andere als miserabel ist. Als Einwohner von Je-



...Hafez al-Assad, Baschir al-Assad und Mahmud Ahmadinedschad: keiner dieser „Verbündeten“ hat den „Palästinensern“ Glück gebracht.

Autonomiebehörde sowie die Hamas-Führer Ismail Hanijeh und Chalid Maschal – letzterer lässt es sich in Katar gutgehen – begleiten die Ausschreitungen über die Medien, in denen sie anstachelnde Hetzreden gegen Israel halten, die zur Gewalt anstiften. Abbas an die jungen „Palästinenser“: „[...] ich versichere euch, dass jeder, der bei der Verteidigung unserer heiligen Stätten stirbt, in den Himmel kommt. Wir salutieren für jeden Blutropfen, der für Jerusalem vergossen wird.“

Auf der Straße an der Spitze von unzufriedenen Protestierern hat man sie noch nie gesehen. Es ist fraglich, ob sie die Massen überhaupt noch beherrschen, um sie für eine gerechte, friedliche Demonstration gegen die israelische Besatzung führen zu können. Also jubeln und stacheln sie den Mob aus geschützter Distanz an. Der Presse erklärt Abbas: „Die Palästinenser schöpfen alle friedlichen Mittel aus, um sich der israelischen Besatzung zu widersetzen.“

Was will Abbas der Presse weismachen, die er jüngst in seinem Büro empfing, wenn er den Tod von 27 Israelis und 170 „Palästinensern“ als „friedliche Volkserhebung“ bezeichnet, Ausschreitungen von Halbwüch-

erusalem und Umgebung genießen sie die gleichen Rechte wie die Israelis, egal ob sie den blauen Pass angenommen haben oder nicht. Verglichen mit den Autonomiegebieten des Westjordanlandes und dem Gazastreifen sind sie allemal bevorzugt. Da sie auch zum Westjordanland Zugang haben, sind sie sogar freizügiger als die Israeli, die schon aus Sicherheitsgründen nicht einfach nach Ramallah, Jericho, Bethlehem, Jenin oder Hebron dürfen.

Die jungen Täter aus Jerusalem kommen aus gutsituierten Familien. Sie leben nicht in Slums, selten zur Miete, sondern meistens in Eigentümshäusern ihrer Eltern, haben Schulbildung bzw. Berufe, sind gut gekleidet, fahren Autos mit israelischen Schildern, sind ausgerüstet mit Internet für Facebook und Twitter und schieben an ihren Smartphones, womit sie ihre Hetze gegen Juden und Israel austauschen. Diese Jugendlichen missbrauchen ihren Status als Bürger Israels, um Juden zu töten. Aus Armut, Diskriminierung oder religiösen Gründen?

Diese Anschläge resultieren nicht aus Verzweiflung. Das Töten von Juden in der Altstadt von Jerusalem hat null Bezug zur

Al-Aksa-Moschee. Es ist die jahrzehntelange tägliche Verteufelung der Juden in den Medien, Schulen, Universitäten. Und das geht auf das Konto von Abbas' Politik. Warum er das macht? – Dafür, denke ich, gibt es folgende Erklärungen:

Der gegenwärtigen Führung der „palästinensischen“ Einheitsregierung aus den ehemaligen Erzfeinden Hamas und Fatah fällt es zunehmend schwerer, die Anschläge zu kritisieren oder gar zu verurteilen, weil sie selbst die geistigen Urheber sind. Es wird immer deutlicher, dass Abbas seit dem Zusammengehen voll auf die Politik der Hamas eingeschwenkt ist, dass er sich nicht allein auf religiöse Prediger verlässt, sondern durch fortwährende staatliche Indoktrination in eine Gewaltspirale hereinmanövriert hat, aus der er schwer wieder herauskommt. Die Geister, die ich rief...

Abbas hat seit seiner Tolerierung der Hamas feststellen können, dass internationaler Druck auf Israel ihm mehr bringt als Verhandlungen und Kompromisse. Verhandlungen sind nur Zeitverschwendung – das war schon immer Hamas' Auffassung. Die Anschläge liefern Abbas und seinem Gefolge einen Grund, Israel zu dämonisieren, um so die Gewalt als Hebel für verstärkte internationale Rückendeckung zu nutzen.

Seit Beginn der palästinensischen Terrorwelle 2014/15 besteht sein Ziel darin, eine multinationale Intervention zu erreichen, um Israels „Aggression“, wie er sagt, zu stoppen. Das Töten von Minderjährigen, während sie ihre Messerattacken begehen, erklärt er zum Kriegsverbrechen, das ein Einschreiten des Auslands erfordert. Nur die UNO könne diese Kinder retten,

indem sie Soldaten in die besetzten Gebiete entsendet. Das ist krankhaft.

Wenn Israel einer internationalen Präsenz auf dem Westjordanland zustimmen sollte, dann wohl unter völlig anderer Zielstellung als es Abbas vorschwebt. Einen Ausweg aus dem Kreislauf der Gewalt erreicht man nur, wenn die Hass- und Hetztiraden aus den Schulen und dem öffentlichen Leben der Araber verschwunden sind, Terrormilizen entwaffnet, Staat und Religion getrennt werden. Dafür könnte, unter den Umständen, dass die Kontrahenten seit etlichen Jahren feststecken, eine internationale Aufsicht hilfreich sein. Weder Frieden gegen Gebiete, ein Austausch von Gefangenen, noch Zufluss von Entwicklungsgeldern und gute Gesten haben bisher etwas ausgerichtet können. Gerade unter den „Palästinensern“ gibt es sehr viele, die das erkannt haben und eine solche Politik unterstützen.

In mehreren arabischen Staaten gibt es heute ähnliche Entwicklungen, allein unter den archaischen Strukturen, der Macht der Religion und der allgegenwärtigen staatlichen Korruption sind diese Kräfte, ohne Unterstützung von außen, chancenlos.

Und du bist einer von ihnen!

Gusch Etzion-Bewegung im Fadenkreuz der Terroristen

Von Chaya Tal

In unserer Karavansiedlung haben wir eine gemeinsame Whatsapp-Gruppe für alle Einwohner. Diese ist auch recht lebendig, und auch öfters mal nützlich, wenn man sich untereinander austauschen kann.

Als Ende Februar die Nachricht von Jochanan, meinem Nachbarn, mit der Bitte um ein Gebet für Genesung verschickt wurde, wusste ich schon zuvor, dass es ein Attentat gegeben hatte, wieder einmal bei uns an der Gusch-Etzion-Kreuzung, um die Mittagszeit. Es ist immer dasselbe Prinzip – Araber mit Messer versucht, an der Bushaltestelle wartende Menschen anzugreifen.

Dieses Mal war etwas „schief gelaufen“ – den Nachrichtenmitteilungen entsprechend rannte der Attentäter auf die Gruppe Wartender mit einem Messer in der Hand zu, doch wurde er sehr schnell von den Sicherheitskräften, die jede Haltestelle auf der Kreuzung bewachen, entdeckt. Auch einer der Wartenden entdeckte den Terroristen: Eliav Gelman, 30 Jahre, aus der benachbarten Siedlung Karmey Tzur. Eliav, Vater zweier kleiner Kinder und Reserveoffizier in einer Einheit der israelischen Luftwaffe, war gerade unterwegs nach Hause von einer Reserveübung und trug eine Waffe bei sich. Er rückte die Waffe, als er den Angreifer auf sich zulaufen sah, und schoss. Dasselbe taten auch die Soldaten.

Der Terrorist wurde niedergeschossen, mittelschwer verletzt. Doch Eliav wurde ebenfalls verletzt, denn er geriet in die Schusslinie der Soldaten – zwei Kugeln trafen ihn am Oberkörper.

Nach der moralischen Leitlinie der israelischen Armee und der medizinischen Versorgungsdienste wird bei Verletzten kein Unterschied gemacht, ob es sich dabei um Opfer oder Täter handelt, um Angreifer oder um Verteidiger. Beide werden gleichermaßen entsprechend ihrer Verletzungen versorgt und ins Krankenhaus gebracht. Der Terrorist wurde evakuiert. So auch Eliav.

Kurze Zeit später gaben die Nachrichten bekannt: Der Terrorist, ein 26-jähriger Mann, von Beruf Lehrer (!), aus den Südhebronbergen, wurde behandelt und hatte überlebt. Eliav verstarb an den Schusswunden.

Und jetzt, Eliav, gestorben an den Kugeln der eigenen Kameraden, während er dabei war, ein Attentat auf Unschuldige abzuwehren.

In meiner Whatsapp-Gruppe fand ich heraus, dass es sich bei Eliav um den Ehemann der Schwester meiner Nachbarin Chenit handelte, hier aus der Karavansiedlung. Diese Nachricht reichte mir, um trotz des späten Arbeitsschlusses in Jerusalem zur Beerdigung zu reisen, welche am selben Abend auf dem lokalen Friedhof des Kibbutz Kfar Etzion stattfinden sollte.

Eliav. Ich kannte ihn nicht, aber trotz der üblichen Trauer um ein weiteres Terroropfer wollte ich Anteil am Schicksal meiner Nachbarin zeigen, deren Schwester es getroffen hatte. Alle sind sie jung. Was sind schon 30 Jahre und zwei kleine Kinder? Das Leben sollte vor ihnen stehen.

Ich wartete auf einen Anhalter an der Autobahnkreuzung 60 im Stadtteil Gilo, Jerusalem, Richtung Gusch Etzion. Kaum eine Minute war vergangen, da hielt ein Fahrzeug an. „Kfar Etzion“, sag-



Jüdische Frauen während eines Begräbnisses eines in Gusch Etzion Getöteten.

te einer der jungen Männer mit Kippa im Wagen. Der Kibbutz, wo die Beerdigung stattfinden sollte. Ich stieg ein, es dauerte noch, bis er die Windschutzscheibe gereinigt bekam. Unterdessen fragte ich seinen Beifahrer und noch eine Zugesitzene, ob sie zur Beerdigung von Eliav fahren würden. Sie bejahten.

Wir fuhren los. Die beiden unterhalten sich vorne, plötzlich sagt der Fahrer: „Erst heute Mittag habe ich ihn zur

andern. Sie begleiten einen – den Lebenden, von Geburt an, in der Kindheit, bis zur Bar/Bat Mitzwa, bis zum Einzug in die Armee und bis unter den Heiratsbaldachin; sie begleiten einen zu den wichtigsten Stufen und Ereignissen des Lebens, bis ins Alter und bis zum Tod. Sie lassen niemanden fallen. Sie umarmen – die Familie, den Verstorbenen und die Erinnerung an ihn.

Die Straße, die zum Friedhofstor

„Nach der Leitlinie der israelischen Armee wird bei der Krankenversorgung kein Unterschied zwischen Opfer und Täter gemacht“

Gusch-Kreuzung gefahren. Von hier aus, von Gilo. Ich habe ihn dort abgesetzt und bin heimgefahren. Ich kenne ihn aus dem Reservedienst. Am vorigen Abend haben wir noch miteinander gepocht. Ich kenne ihn nicht wirklich gut, aber wir waren zusammen in der Reserve.“

Und er erzählt mir, die ich sprachlos bin von so einer unerwarteten Information, wie er kurz nach dem Absetzen von Eliav aus den Nachrichten von dem Anschlag erfuhr, und dann gab man auch den Namen des Opfers frei. Er war geschockt.

Ich bin es auch. Wenn man hier lebt, muss man sich unwillkürlich fragen, wen es als nächstes trifft, unwillkürlich zittern bei jeder Anschlagmeldung, wird mir der Name des Opfers bekannt sein?

Dann kommt der Stau. Die Landstraße, welche zum Kibbutz führt, ist von Autos verstopft. Alle scheinen zur Beerdigung fahren zu wollen. Ob sie alle ihn gekannt haben? Ich wage es zu bezweifeln. Wenn es nicht etwas mit meinen Nachbarn zu tun gehabt hätte, glaube ich kaum, dass ich selbst gekommen wäre. Ich gehe nicht oft zu Beerdigungen, ich mag sie nicht, es verstört mich zu sehr, es belastet, es geht mir nahe. Ich bevorzuge es, zu schreiben, anstatt am Grab zu weilen und das Weinen der Hinterbliebenen zu hören. Aber hier sind die Menschen nicht wie ich. In Israel, und vor allem in Judäa und Samaria, sind die Menschen

führt, ist übersät von parkenden Autos. Es ist dunkel, nur der Vollmond leuchtet über den Hügeln und dem Tal, welches sich rechts von uns erstreckt und die Sicht auf die leichtenden Punkte der Dörfer und Städte talabwärts und bis zur Mittelmeerküste bietet.

Es strömen mehr und mehr Menschen aufs Gelände. Wir müssten insgesamt einige Hundert sein. Trotz der Menschenmenge herrscht eine – ganz dem Wort nach – Totenstille. Dann scheint sich etwas zu bewegen. Von oben steigen Soldaten herab, einige Reihen von feierlich angezogenen Soldaten, sie tragen eine Bahre mit dem Leichnam von Eliav. Eine Bahre – keinen Sarg. Wir haben keine Särge im Judentum. Der Mensch wird, in den weißen Gebetsmantel und manchmal auch, wie bei Soldaten, in eine Flagge eingewickelt, einfach so in die Erde gelegt. „Von Staub gekommen, zu Staub geworden.“ Nichts soll diesem im Wege stehen.

Und dann, als die Soldaten heruntersteigen, hört man das Weinen. Vor allem von Frauen. Weinende, rufende Stimmen, von Eliavs Frau, Schwestern, Eltern. Der Kreis der Weinenden breitet sich aus; Schluchzen kommen aus weiteren Reihen – von Freunden, Bekannten, fremden Anteilnehmenden wie mir?

Das Grab wird mit Erde bedeckt. Ich sehe Jochanan, meinen Nachbarn, wie auch er zum Spaten greift. Das Weinen wird lauter. Meine Seele schmerzt bei

dem Gedanken daran, wie sich die junge Ehefrau – Witwe – fühlen muss, wenn sie der Erde zuschaut, die nach und nach den Körper ihrer vor einigen Stunden noch lebendigen Mannes, dem Vater ihrer Kinder, bedeckt. Einem Mann, der sich an die Frontlinie wagte, um Terror abzuwehren und diesem erlag.

Alles geschieht sehr schnell hier. Das Leben, der Terror, der Tod, auch das Begräbnis. Man lässt die Toten nicht über Nacht weilen. Am Mittag noch quicklebendig, am Abend schon in der Erde.

Der Rabbiner liest die Psalmen vor, und dann kommen Grabesreden. Der erste, der spricht, ist der Integrationsminister und Minister für Jerusalem-Angelegenheiten Ze'ev Elkin; auch er wohnt hier, in Gusch Etzion:

„Die Kreuzung der drei Kinder, die Kreuzung des Blutes! Welchen Preis haben wir für diese Kreuzung bezahlt, und für unser Festhalten an diesem Land. Diese Kreuzung ist ein Symbol dafür. Migdal Eder [1927 von arabischen Dörfern verwüstet, Anm.], das alte Kfar Etzion [von 1943, 1948 von arabischen Legionen verwüstet, Anm.] und bis heute. Wir leben hier, weil wir Jerusalem verteidigen. Diese wilden Tiere, die uns angreifen, wissen es, und deshalb greifen sie uns hier an, um uns von hier verschwinden zu lassen. Aber wir werden nicht von hier weggehen, es wird ihnen nicht gelingen. Bestimmt habt ihr schon gehört, dass der Terrorist ein Lehrer gewesen ist! Ein Lehrer! Das ist ihre Erziehung. Sie erziehen ihre Kinder dazu, zu töten. Wo sind sie und wo ist unsere Erziehung dagegen! Wir bringen unseren Kindern bei, zu leben.“

„Die Beschützer von Gusch Etzion retteten Jerusalem. Vier Besiedlungspunkte mitten im Feindesland hielten die Feinde davon ab, zu den Toren Jerusalems vorzudringen. Viele, zu viele von uns fielen dort im Kampf. Aber wenn das hebräische Jerusalem heute steht, wenn der jüdischen Besiedlung – wie von den Feinden geplant – nicht der Todesstoß gegeben worden war, dann gilt der Dank der israelischen Geschichte und der Geschichte des jüdischen Volkes zuallererst den Kämpfern von Gusch Etzion.“

„Und du bist einer von ihnen“, ergänzt Davidi Perl, der Regionalratsvorsitzende von Gusch Etzion, den Satz.

Eine jüdische Biografie im Nachkriegsdeutschland

Jüdische Schulkinder in den 60er Jahren

Von Ludger Joseph Heid

Dass Daniel Hoffmann Germanist ist, der mit der deutschen Sprache behände umzugehen versteht, funkelt in seinen autobiografischen Erinnerungen, die er vorlegt, in jeder Zeile auf. Er bedient sich, auf ein Bonmot Rafael Seligmanns Bezug nehmend, der Formulierung vom „vegetarischen Löwen“. Bei Lichte betrachtet ist dieses Bonmot selbstverständlich eine Paradoxie an sich, wonach ein jüdischer Germanist wie ein „zahnloser“ Löwe sei, der nicht zubeißen könne: Er hat seine Zähne aber nicht verloren – er hat erst gar keine bekommen. Das trifft indes nicht auf Hoffmann zu: Er hat Zähne, die er auch zeigt, nicht unbedingt immer scharf geschliffen, Zähne, die gleichwohl feinfühlig und mit Genuss zubeißen können. Die Lektüre des hier vorzustellenden Buches zeigt einen tief sinnigen Autor deutsch-jüdischer Literaturgeschichte, der seinen Standpunkt als deutscher Jude und seinen Anspruch auf Teilhabe an der deutschen Kultur, in Gesellschaft und Religion erhebt, öffentlich justiert.

Dieses Buch erzählt anhand einer exemplarischen Familiengeschichte vom deutschen Judentum, der Kultur und dem Kultus der sogenannten Jeckes, wie die „typischen“ deutschen Juden – vor allem in Israel – immer noch genannt werden, wenngleich sie, leider, Einfluss und Bedeutung im Bewusstsein der Israelis zunehmend verlieren.

Im Jahre 2007 hat Daniel Hoffmann als nachgeborener Zeuge in einem beeindruckenden Buch die Lebensspuren seines Vaters nachgezeichnet. („Lebensspuren meines Vaters. Eine Rekonstruktion aus dem Holocaust“, Göttingen 2007). Hier nun erzählt er seine eigene Geschichte, ist er selber Akteur. Er berichtet über sein noch recht junges deutsch-jüdisches Leben in einer nicht-jüdischen Umwelt – in Düsseldorf, wo er in den 1960er Jahren groß wurde.

Die Jüdische Gemeinde Düsseldorf definierte sich nach 1945 keineswegs als Auswanderergemeinde, die die Aliyah nach Eretz Israel forcierte. Sie war ein Sammelbecken für viele in Deutschland gestrandeter Juden, die sich nach der Schoah zu einer Gemeinde formiert hatte.

Sein Vater, Paul Hoffmann, Jahrgang 1921, war Auschwitz-Überlebender, der kaum ein anderes Thema als Auschwitz kannte. Als Daniel Hoffmann 1959 zur Welt kam, wurde er von klein auf wie selbstverständlich ständiger Ohrenzeuge der väterlichen Erinnerungen. So wurde das Post-Schoah-Trauma auf ihn übertragen. 25 Jahre lang war Paul Hoffmann Verwaltungschef der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf, danach bis 1996 einige Jahre Geschäftsführer des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden Nordrhein. Auschwitz und die Funktion des Vaters innerhalb der jüdischen Administration waren die adoleszenten Prägungen des Sohnes. Das war die deutsch-jüdische Familie, in die Daniel Hoffmann 1959 hineingeboren wurde.

Für die Eltern stand unumstößlich fest: Sie wollten ihren Sohn jüdisch erziehen, wohlwissend, dass sie beständig von einem virulenten Antisemitismus als quälende Waffe des alltäglichen Zusammenlebens in Deutschland umgeben waren. Das Ergebnis war, dass das Kind eine „gediegene“, solide jüdische Erziehung erhielt. Das hieß eine Erzie-



hung „vom alten Schlag“, die an die Erziehung aus der Vorkriegszeit anknüpfte.

Alles um ihn herum war jüdisch: Der Blick aus dem Fenster auf das Nachbargebäude fiel auf die Synagoge mit dem Trakt, in dem die Verwaltung der Jüdischen Gemeinde Düsseldorfs sowie des Jüdischen Landesverbands untergebracht waren und wo der Vater seiner

jüdisch und aktiv im Jugendzentrum. Erst mit der Einschulung wurde ihm bewusst, dass es außerhalb des jüdischen Kosmos auch eine nicht-jüdische Welt gab, die so manche Blüte trieb als nicht-jüdische Kinder in sein Alltagsleben traten.

In seiner Volksschulklasse gab es noch einen jüdischen Jungen, der aus Israel stammte. Ein jüdisches Kind Mitte der 1960er Jahre war durchaus eine seltene Erscheinung und warf in der Schulverwaltung einige Fragen auf. Bei dem israelischen Mitschüler war in der Schulakte unter Religionszu- und Staatsangehörigkeit jeweils „israelitisch“ vermerkt. Bei Hoffmann wurde dann die gleiche Bezeichnung notiert. So wurde aus Hoffmanns deutscher Staatsangehörigkeit kurzerhand die „israelitische“. Problematisch war es auch, wenn zu Beginn des Unterrichts, wie damals durchaus üblich, das Vaterunser gebetet wurde. Dann blieb der jüdische Schüler stumm und fühlte ein deutliches Unbehagen.

Jüdisches Leben in Düsseldorf, das heißt seit 25 Jahren, wie vielerorts, vorwiegend russisch (und israelisch) geprägtes Judentum, das der säkularen deutschen Kultur begegnet. Dass darüber Kultur und Kultus des autochthonen deutschen Judentums nahezu verschwunden sind, nimmt Hoffmann ohne größeres Bedauern als „ganz na-

einerseits durch die fortlaufenden Erzählungen seines Vaters aus der Welt der Todeslager, andererseits aus seinem Leben in der jüdischen Glaubenswelt und in der deutschen, christlich geprägten Umgebung, herausgebildet hatten, zu verfestigen. Adalbert Stifter, Karl Emil Franzos, Brecht und Hesse, nicht zuletzt Hans Henny Jahn und andere mehr wurden seine literarischen Fixsterne. Das Buch wurde ihm, dem deutschen Juden Daniel Hoffmann, wie Heinrich Heine es einmal treffgenau formuliert hatte, zum „portativen Vaterland“.

In zwei Aufsätzen beschäftigt er sich mit den Rabbinern Marcus Lehmann und Joseph Carlebach und schließt sein Buch mit einer Studie über Anna Seghers ab. In dieser Skizze beschreibt er die Seghers als eine Schriftstellerin, die sich nach ihrer Heirat im Jahre 1925 zwar öffentlich vom Judentum losgesagt hat, in ihren Texten jedoch ihre Herkunft nicht zu leugnen vermochte. In Seghers Werk, namentlich in dem Roman „Transit“ und dann im „Siebten Kreuz“, fand Hoffmann die „zündende Inspiration“ für weiteres wissenschaftliches Arbeiten, was ihm lange gefehlt hatte. Ihr Roman „Die Toten bleiben jung“ gab seinem Alltag nicht nur die nötige Ordnung, sondern rührte auch emotional an den Grundfesten seiner Existenz als deutscher Jude. In Seghers Werk begegnete ihm die jüdische Sozialethik, die durchgehend zur Gerechtigkeit und Rechtllichkeit des Lebens aufruft.

„Und mit den Deutschen – ja, das ist besonders kompliziert“, hatte sein Vater 1946 in einem Brief an seine in Amerika lebende Schwester geschrieben, nachdem er sich entschlossen hatte, endgültig in Deutschland zu bleiben. Dass es einzelne Menschen waren, die ihm sein „Hierbleibenmüssen“ erträglich machten, beeinflusste das Selbstverständnis, das er von seiner jüdischen Existenz in Deutschland fortan haben sollte. Für seinen Sohn Daniel stellte sich dieser Zweifel nicht mehr in solch existenzieller Wucht, auch wenn er so manches Mal mit den nichtjüdischen Deutschen hadert. Ein „freiwilliges Nischendasein“, das sein Vater lebte, braucht der Sohn nicht länger führen.

Daniel Hoffmann:
Heimat, bist du wieder mein.
Autobiografische Erinnerungen an das deutsche Judentum.
Verlag Königshausen & Neumann,
Würzburg 2015,
172 S., 18 Euro

„ Wie erklärt man 1946, dass man als Jude in Deutschland bleibt? “

Arbeit nachging. Und war die Pforte vom Zaun, der das gemeindliche Gebäude umgab, nicht das ideale Tor zum Fußballspielen?

Unten im Haus, in Parterre, war der jüdische Kindergarten und unter den Hoffmanns wohnte der Gemeinderabbiner Lazar Lipschütz, gesegnet mit einer Engelsgeduld, der sich in mehr als sieben Jahren nicht einmal über das Toben und Lärmen der Kinder in der Wohnung über ihm beklagte. Eine beeindruckende Persönlichkeit, dem Hoffmann ein eigenes Kapitel widmet.

Gelegentlich suchte der Rabbiner seine Mutter auf, die dann beide im Wohnzimmer verschwanden – für die Kinder das Zeichen, ruhig zu sein. Der Grund für Lipschütz' Besuch war pragmatischer Natur. Der Rabbiner suchte den Rat der Mutter, die seine Predigten auf Verständlichkeit hin prüfen und ihr zugleich die Gelegenheit für eine Mitzwa geben sollte. Welch eine rabbinische Klugheit! Er wollte seine rheinischen Gemeindemitglieder nicht mit seiner überbordenden Gelehrsamkeit überfordern. In den hinterlassenen Predigtmanuskripten, die Hoffmann nach dem Tod des Rabbiners zufielen, finden sich zahlreiche durchgestrichene Passagen, die von Lipschütz' didaktischen Einlassungen zeugen, aber auch auf Hoffmanns Mutter zurückweisen.

Mit der jüdischen Welt war Hoffmann von klein auf vertraut. Seine Spielkameraden waren allesamt

türlich“ zur Kenntnis und konzediert, dass er heute als deutscher Jude „aus dem Rahmen“ falle. Doch weil es die Kultur der deutschen Juden verdiene, in ihrer „Eigenart“ festgehalten zu werden, hat er sich entschlossen, seine autobiografischen Erinnerungen zu schreiben, die auf exemplarische Weise ein Leben nachzeichnen, das von der jüdischen Religion ebenso wie von der Schoah maßgeblich bestimmt ist.

Während Hoffmann fast 150 Seiten lang Autobiografisches vorträgt, spricht im letzten Teil der ausgewiesene Germanist. Zur Literatur kam er aus eigenem Antrieb, sozusagen als ein vollkommen privates Unternehmen. Er suchte sich Bücher aus, um das moralische Universum, das sich für ihn



Bleibergs

בלייברג'ס

כשר הלבי



Café und Catering

Nürnberger Str. 45 a
10789 Berlin
Tel.: 030 21 91 36 24
Fax.: 030 21 91 36 25
E-Mail: coffeandtour@bleibergs.de
www.bleibergs.de



Magneto – ein jüdischer Superheld

Schicksalsgeschichte im Comicformat

Von Monty Aviel Ott

Der amerikanische Comicautor Stan Lee (Stanley Martin Lieber) ist dafür bekannt, dass er nicht nur einen Comic-Charakter geschaffen hat, sondern ganze Universen an Comichelden und –schurken. Seine Figuren wurden dadurch bekannt, dass sie Tiefgang und Profil haben. Sie waren nicht einfach in Gut oder Böse zu sortieren, sondern bewiesen die Komplexität realer Persönlichkeiten. Eine dieser Figuren ist tief in Leiden und Schicksal der jüdischen Geschichte verwurzelt: Magneto.

Viele Menschen sehen sich Fiktion an, weil man sich dabei von den eigenen Problemen, der Komplexität der eigenen Welt entfernen kann. Man weiß immer ganz eindeutig, wer die Guten und wer die Bösen sind. Es sind oft einfach gestrickte Muster, aus Schwarz und Weiß, Gut und Böse. Hinzu gibt es Helden, die alles ins Lot bringen und am Ende ist alles gut. Da braucht es nicht den Einzelnen, der schwierige Entscheidungen trifft und hinterher damit leben muss. Aber was passiert, wenn ein Comicautor aus diesem einfachen Schema heraustritt? Was passiert, wenn ein Comicautor einen ebenso revolutionären Akt wagt, wie Goethe es mit seinem Werther tat? Dann entsteht ein Meisterwerk.

Von daher ist Stan Lees Schöpfung X-Men auch mehr als nur ein Comic und bietet sich hervorragend für eine Charakterstudie. Lee schuf eine Welt, in der die Charaktere tiefgreifende und komplizierte Beweggründe haben. Wie bei anderen frühen Comicfiguren (Superman, Batman, usw.) brauchen die Hauptfiguren bestimmte Eigenschaften, die sie von den anderen Figuren abgrenzen. Bei X-Men sind dies ebenfalls Superkräfte, diese haben allerdings nicht die Geburt auf dem Planeten Krypton (Superman) oder Reichtum (Batman) als Ursache, sondern Mutationen. So kann praktisch jeder zum Helden oder zum Schurken werden. Und diese Entscheidung wird denjenigen, die eine solche mutierte Eigenschaft besitzen, aufgezwungen, denn da gibt es auf der einen Seite die X-Men und auf der anderen Seite die Bruderschaft der bösen Mutanten um Magneto.

Erstere Scharen sich um Professor Charles X. Xavier (oder Prof. X), der Kopf hinter den X-Men – dieser ist ein Telepath und kann Gedanken kontrollieren. Auf seinem Familienanwesen errichtet er eine Schule für „begabte“ Kinder. Dieses Internat ist auf der einen Seite ein Rückzugsort, auf der anderen Seite eine Ausbildungsstätte. Die X-Men haben sich dafür entschieden Menschen und Mutanten vor Unheil zu beschützen. Sie unterscheiden nicht zwischen Menschen und Mutanten, haben aber teilweise unter Stigmatisierung durch ihre Mitmenschen gelitten und versuchen deswegen aus dem Hintergrund zu agieren. Die Gefahr zieht einerseits durch eben jene Mitmenschen auf, die Angst vor der „Übermacht“ der Mutanten haben und ihnen unterstellen, dass sie alles beherrschen und die menschliche Existenz vernichten wollen. – Dieses Motiv könnte glatt der Antisemitismusforschung entliehen sein!

Die Mutanten erscheinen vielen Menschen als etwas „Anderes“, darum bemüht sich der Comic ihre menschlichen Eigenschaften, ihre Träume, Ängste und Wünsche, zu betonen. Die Ressentiments des Antisemitismus und deren Folgen werden hier zum Motiv, das sich durch alle Comics durchzieht. Die Menschen haben



Als Magneto verkleideter Fan.

Angst vor „bösen Mächten“, welche „alles kontrollieren“. Sobald sie bemerken, wieder Auschwitz“. Prof. X und Magneto kennen sich bereits seit langer Zeit und

„ Damals hieß Magneto noch Max Eisenhardt und war ein deutscher Jude. Während seine ganze Familie in dem Vernichtungslager Auschwitz ermordet wurde, konnte Max als „Magnus“ mit einem Sinti-Mädchen namens Magda in ein osteuropäisches Dorf fliehen.

dass jemand anders ist, muss dieser unter Stigmatisierung, Diskriminierung und Vernichtungswünschen leiden. Wie nah die Assoziationen zum Antisemitismus liegen, bricht in der Figur des Magneto aus dem Comic heraus.

Dieser tritt zuerst einfach als Gegner der X-Men auf. Der „Meister des Magnetismus“ kann Magnetfelder erzeugen, dadurch Metall verbieten, elektromagnetische Pulse schießen, jegliche auf Elektrizität beruhende Technologie kontrollieren und durch die Luft fliegen. Er kann auch den Willen von Menschen manipulieren, indem er das Eisen in den roten Blutkörperchen beeinflusst. Sein Kostüm ist insbesondere durch die eigenartige Kopfbedeckung gekennzeichnet. Magneto trägt einen Helm, der ihn vor Gedankenkontrolle – der Superkraft seines Feindes Prof. X – schützt. Er nimmt sich zum Ziel Menschen in Mutanten zu verwandeln und seine Grundintention ist immer wieder das „nie wieder“.

Dieses „nie wieder“ bezeichnet allerdings nicht das deutsche pazifistische „nie wieder Krieg“, sondern den Kategorischen Imperativ der Frankfurter Schule, den Leitsatz des Staates Israel und das 614. Gebot des Rabbiners Emil Fackenheim „Nie

lernten ihre Kräfte als Freunde kennen, in einer Zeit, in der es äußerst schlecht um Magneto bestellt war. Dieser hatte die Hölle auf Erden durchlebt: Auschwitz.

In der persönlichen Erfahrung der kontinuierlichen Diskriminierung, sukzessive zunehmenden Entrechtung und anschließenden systematischen Ermordung der europäischen Juden bildete sich Magnetos Weltansicht. Damals hieß er noch Max Eisenhardt und war ein deutscher Jude. Während seine ganze Familie in dem Vernichtungslager ermordet wurde, konnte Max als „Magnus“ mit einem Sinti-Mädchen namens Magda in ein osteuropäisches Dorf fliehen. Und auch hier wird ein Strang aus der Realität aufgenommen. Denn in diversen osteuropäischen Dörfern kam es nach dem Krieg zu Pogromen gegen die aus den Lagern zurückkehrenden Juden. Als Max und Magda in dem Dorf die Tochter Anya bekamen, zeigten sich auch bei ihr Magnetkräfte. Die Dorfbewohner bemerkten es und lynchten das Kind, ehe sie versuchten auch Eisenhardt zu ermorden.

In der Bedrohung blieb ihm nichts übrig als das halbe Dorf zu zerstören. Dies ängstigte Magda allerdings so sehr, dass sie ihn verließ. Die letzte Zuflucht hieß vorerst

Israel. Der neugegründete Judenstaat war Eisenhardts Zuflucht, der nun mit der Tarnidentität als sinto-polnischer Flüchtling „Erik Lehnsherr“ lebte. Hier traf er dann auf Prof. X und die beiden wurden beste Freunde. Ihre Freundschaft zerbrach an ihrer unterschiedlichen Perspektive auf die Menschheit: während X-Men an eine Form friedlicher Koexistenz zwischen Menschen und Mutanten glaubte, verabscheute das Schoahopfer Eisenhardt die Menschheit als „Barbarenrasse“.

Magnetos Verfolgungserfahrung begründet einen Rassismus, der sich in einem Überlegenheitsgedanken der mutierten „Homo Superior“ gegenüber der Menschheit als minderwertige „Homo Sapiens“ äußert. Zwar bekämpft Magneto auf der einen Seite X-Men und die Avengers (ebenfalls ein Superheldenteam), doch sobald Superschurken mit Nazi-Ideologie auf den Plan treten, verbündet er sich mit den Helden gegen den gemeinsamen Gegner. Magneto unterscheidet sich nicht nur wegen seines Pragmatismus von anderen Superschurken, sondern auch dadurch, dass er nie aus niederen Motiven handelt. Sein Hauptantrieb bleiben die Alpträume aus Auschwitz, die ihn sein Leben lang verfolgen.

Er wird oft als ein verbitterter einsamer Mann dargestellt, den nicht nur das Hier und Jetzt enttäuscht, sondern auch seine Vergangenheit immer wieder einholt. Sein Lebensmut keimt nur noch dadurch auf, dass er Selbstjustiz und blutige Rache an den Häschern der Mutanten (Militärs, Wissenschaftler und Terroristen) übt. Der Comicautor Chris Claremont war in den frühen 1980ern hauptsächlich für die Storyline verantwortlich, in welcher Magneto zum Schoahüberlebenden Max Eisenhardt wird.

Claremont erklärte: „Dies erlaubte es mir, ihn zu einer tragischen Figur umzuwandeln, der sein Volk retten wollte. Ich hatte etwa 200 Comics Zeit, um zu untersuchen, ob er sich rehabilitieren konnte wie Menachem Begin, der von den Briten 1945 als Terrorist gejagt wurde und 1978 den Nobelpreis gewann.“ Stan Lee, selber Jude, hatte seine eigene Interpretation von Magneto: „Ich habe Magneto nie für einen Schurken gehalten. Er wollte nur die Heuchler und Rassisten angreifen, sein eigenes Volk beschützen, und sich an der Gesellschaft rächen, die ihn verraten hatte. Magneto war natürlich eine Gefahr, aber ich hielt ihn nie für einen Schurken.“

2008 erschien dann der Comic „X-Men: Magnetos Testament“ von Greg Pak. Pak konzentrierte sich darauf die Kindheit Eisenhardts zwischen 1939 und 1945 zu erzählen. Dabei flossen diverse Biografien von Schoahüberlebenden, sowie der Schoahcomic „Maus“ – Die Geschichte eines Überlebenden von Art Spiegelman ein.

Durch die Biographie als Schoahüberlebender werden oft politische Interpretationen hinsichtlich Israels angestellt. Für Haaretz war Magneto die Comicversion von Meir Kahane und seiner „Jewish Defense League“, also die Darstellung der „extremen Rechten in Israel“. Der „Allgemeiner“ befand allerdings, dass Magneto „ein äußerst cooler Schurke“ ist, mit dessen Schicksal als Schoahüberlebendem viele Israelis mitfühlen können. IGN, eine Multimedia-Reviewseite, erklärte Magneto sogar zum größten Superschurken der Comicgeschichte. Die Begründung hierfür sei sein „völlig unsterotypischer... komplexer, nuancierter, herzerreißender, aber trotzdem völlig bössartiger Charakter“.

Voller Wärme mit einem Hauch Weltschmerz

Die israelische Band „The Angelcy“ wird auch in Europa immer beliebter

Von Laura Külper

Als ich das erste Mal einen Song der israelischen Band „The Angelcy“ höre, sitze ich um 21 Uhr noch allein auf der Arbeit in unseren Agenturräumen. Ich hatte bei Youtube einen Kanal rausgesucht, auf dem verschiedene israelische Künstler vertreten waren, um mich von der Stille abzulenken, die um diese Uhrzeit in Bürogebäuden herrscht. Doch dann kommt dieses Lied und innerhalb von Sekunden habe ich ultimative Gänsehaut am gesamten Körper. Anders lässt sich diese Stimmung kaum beschreiben, je mehr ich von The Angelcy höre, desto mehr Gänsehaut breitet sich aus.

Es ist schwierig zu beschreiben, was den Klang der Gruppe so einzigartig macht. Vielleicht ist es die außergewöhnliche Stimme von Rotem Bar Or, Sänger und Texter der Band, vielleicht sind es die filigranen Arrangements aus Kontrabass, Klarinette, Gitarre, Geige, Keyboard und Percussions, aber am meisten berühren mich die Texte: Es sind tiefgreifende und kritische Themen, poetische Zeilen und immer ein Hauch Melancholie über den eingängigen Melodien. Keine Fahrstuhl-musik, keine Musik, die einen überfällt oder gute Laune aufzwingt. Es ist Musik, die nachdenklich macht und irgendwo tief im Innern Saiten zum Klingen bringt, die man selbst nicht klar definieren kann. Es geht ans Herz und durch diese Verletzlichkeit ergibt sich eine ganz neue Beziehung zur Musik.

Die sechsköpfige Band aus Israel gründete sich 2010 und konnte sowohl Kritiker als auch Publikum schnell als Live-Band begeistern. Nach der ersten Israel-Tour 2011 folgte die erste große Aufmerksamkeitswelle, die die Band rasch bekannt werden lässt. Der Song „Dreamer“ wurde auf einem der wichtigsten israelischen Sender gespielt, online sorgt das Lied „My Baby Boy“ mit seiner militärkritischen Aussage für Furore. Es folgen selbstorganisierte Touren nach Europa – das sind Abenteuer, über die ich gern mehr wissen will. Über die Berliner Agentur „Carycoal“ bekommen wir die Gelegenheit, beim Berliner Konzert dabei zu sein und in einem persönlichen Interview den Frontsänger und Texter Rotem Bar Or ein paar Fragen zu stellen.

JR: Ihr wart bereits in Europa auf Tour, mir wurde erzählt, die hättet ihr komplett selbst organisiert?

R.B.O.: Uri (Anm. d. Red.: Uri Marom, Klarinettist der Band) hat sie organisiert! Wir haben dafür eine fiktive Booking-Agentur erfunden, „URINATION“ nannte sie sich. Wir buchten die billigsten Flüge und Zimmer, der Slogan war: „Billiger wird's nicht!“.

Uri Marom: Mit einem Zwinkern und einem blitzenden Goldzahn lächeln, verstellst du?

R.B.O.: Genau. Anfangs haben wir über Couchsurfing Plätze gefunden. Uri ist ein sehr überzeugender Typ mit einem sehr überzeugenden Lächeln, er hat wirklich beeindruckende Touren zusammengestellt.

Gab es auch komische Momente?

R.B.O.: Wow, so viele Dinge. Wir haben in einem fahrenden Zug in Litauen gespielt, das war großartig, aber auch komisch. Wir hatten auch sehr seltsame Apartments mit sehr seltsamen Gastgebern, die nicht wirklich nett waren. Mittlerweile schlafen wir in Billig-Hotels – ich denke, das ist ein bisschen besser. Wir sind bourgeois geworden, fürchte ich. (lacht)

Rotem Bar Or wirkt entspannt, während er zwischen Soundcheck und Showbeginn mit mir Backstage auf einem Sofa sitzt. Ein ruhiger, nachdenklicher Typ, der sich Zeit



Die Mitglieder von „The Angelcy“

nimmt und genau über meine Fragen nachdenkt, bevor er antwortet. Man merkt ihm die leichte Anspannung vor der Show an, der Touralltag kann stressig sein, vor allem nach wichtigen Veröffentlichungen.

Im November erschien „Cry on our Shoulder“ als Vorgeschmack mit 4 Stücken, darunter „My Baby Boy“ und „People of the Heavens“, die bereits live und im Vorfeld für Aufsehen gesorgt hatten. Mit „Exit Inside“ veröffentlichte The Angelcy am 22. Januar 2016 ihr Debütalbum in Europa und begaben sich wieder auf Tour. Allein in Deutschland waren vom 16. Februar bis zum 5. März 2016 12 Shows geplant, Berlin war der dritte Tourstop.

„Wie würdest du deine Beziehung zum Glauben beschreiben? – Wir sind in einer Beziehung und es ist kompliziert.“

Ist es euer erstes Mal in Berlin?

R.B.O.: Nein, mit der Band ist es unser drittes...nein, fünftes Konzert. Das erste Mal waren wir im „Café Burger“, dann waren wir noch im „Oberspree“ und im Sommer werden wir am 5. August im „Lido“ spielen.

Das „Astra“, euer heutiger Auftrittsort, ist ziemlich groß – seid ihr aufgeregt?

R.B.O.: Ja, ein wenig, aber wir sind auch auf Tour und es ist bereits das dritte Konzert, also sind wir gut im Rhythmus, verstehst du? Wir sollten also genau die richtige Temperatur haben. (zwickelt)

Wie lief denn überhaupt der Aufnahmeprozess im Studio mit dem Album, ihr seid ja eigentlich bisher nur das Live-Spielen gewohnt?

R.B.O.: Alle Lieder hatten wir ja bereits auf der Bühne gespielt bevor wir ins Studio gingen. Wir haben diese Lieder ja 2 Jahre lang live gespielt und mussten sie tatsächlich für das Studio ändern.

Inwiefern?

R.B.O.: Hauptsächlich die Arrangements. Auf der einen Seite hast du im Studio mehr Optionen, aber es gibt einen großen Unterschied zwischen dem Musikhören, das live passiert und dem, was in deinen Kopfhörern passiert. Auf der Bühne kann ich zum Beispiel aus einer Laune heraus schreien und es ist gut für den Vibe, im Studio würde das nicht funktionieren. Also mussten wir einiges anpassen, das Album ist ein bisschen wie Kammermusik, alles passiert in einem Raum, aber wir haben viel mit verschiedenen Stimmen gearbeitet.

Das überrascht mich ehrlich gesagt, denn es klingt wie das perfekte Studioalbum, alle Songs wirken aufeinander abgestimmt und haben diese Intensität.

R.B.O.: Es war uns sehr wichtig, eine erfahrene Band zu werden, bevor wir ins Studio gingen. Ich hatte die Songs geschrieben, bevor wir die Band gegründet hatten, dadurch hatten wir einen sehr respektvollen Umgang damit und haben uns damit auseinandergesetzt dass Arrangements, Stile und Synergien zwischen uns passen, damit sie das beste aus den Liedern rausholen. Es hat Zeit gekostet, war aber von Anfang an irgendwie magisch. Vom ersten Konzert in Tel Aviv an hatten wir diesen

Funkeln, aber da waren wir noch nicht so genau auf einander abgestimmt, der Klang und die Arrangements waren noch nicht so festgezurr.

Aber jetzt wirkt ihr sehr sicher und auf den Punkt.

R.B.O.: Wir haben die Lieder jetzt 200 oder 350 Mal gespielt, ein paar kleine Auftritte, einige lange Konzerte und ich erinnere mich immer gern an die Soundchecks. Anfangs hatten wir keinen Sound Manager, wir gingen einfach in den Club und wer auch immer da arbeitete, machte den Sound halt so, wie er es für richtig hielt, wir hatten da kein Mitspracherecht. Sie fragten mich, was ich auf meinem Monitor wollte und ich meinte nur: „Oh, ich glaube, es ist okay so“. Wir haben nichts gehört. Und dann erinnere ich mich daran, wie wir als Vorgruppe für Caexico in Tel Aviv gespielt haben und wir sahen bei ihrem Soundcheck zu. Sie waren so präzise und wussten genau, was sie wollten, der Leadsänger suchte sich immer ganz bestimmte Frequenzen aus und stimmte alles mit dem Tontechniker bis ins kleinste Detail ab. Wir haben es damals nicht verstanden, aber am Ende klang es so gut und das war wirklich beeindruckend. Wir haben natürlich nicht dieselbe Erfahrung aber nach 4 Jahren wissen wir jetzt viel besser, was wir tun. Hoffe ich zumindestens.

Wie würdest du deine Beziehung zum Glauben beschreiben?

R.B.O.: Aaaaah, wir sind in einer Beziehung und es ist kompliziert. Ich spreche manchmal mit Gott und ich denke sehr viel über diese Dinge nach, Spiritualität

im Allgemeinen und ob es einen richtigen Weg zu leben gibt, weißt du? Und ob ich etwas ändern sollte, das beschäftigt mich auch. Ich denke über viele Dinge der jüdischen Religion nach, ich bin aber kein religiöser Jude. Ich stelle da viele Widersprüche fest, es ist eine sehr alte Religion und wenn die Schrift sagt, was wir tun sollen, so kann ich das oft nicht mit den Werten zusammenbringen, mit denen ich aufgewachsen bin. Ich habe eine andere Religion, Menschenrechte zum Beispiel. Das ist ein Wert, mit dem ich aufgewachsen bin. Natürlich bin ich auch mit dem Judentum aufgewachsen, aber auch mit diesen westlichen Werten wie Menschenrechte und Freiheit. Viele Leute nutzen ihre Religion als Schutzschild gegenüber anderen Menschen. Selbst wenn wir anderen Unrecht tun, fühlen wir uns

im Recht. Wir glauben an dieses Göttliche, Bestimmende. Diese Religion ist dennoch ein Teil von mir, sie ist wie in meinen Hinterkopf gemeißelt, ich bin ja mit all den Symbolen und Feiertagen aufgewachsen. Ich habe also beides in mir.

Euer Album trägt den Titel „Exit inside“. Ist Musik für dich eine Art der Flucht oder ist es eher Therapie?

R.B.O.: Erstmal ist es natürlich therapeutisch, aber es ist leider das genaue Gegenteil einer Flucht für mich. Es ist eine Konfrontation, es wirft Fragen und Probleme auf und oft tut es mir weh oder attackiert mich, aber ich denke im Großen und Ganzen suche ich nach Wegen, wie es mir helfen kann.

Umso mehr ich mich auf das Album einlasse, desto mehr kann ich Rotem Bar Ors innere Zerissenheit nachfühlen. Die meisten Dinge, gerade politischer Natur, sind selten schwarz und weiß, sie erscheinen in unendlich vielen Grautönen. The Angelcy äußern sich poetisch aber klar gegen Militarismus und staatliche Gewalt und werden mit ihrer Skepsis zu einem Sprachrohr für eine junge Generation, die sich humanistischen Werten verschrieben hat und es auch wagt, Kritik zu äußern. Es geht nicht darum, eine Revolte loszutreten, doch durch die nachdenklichen und poetischen Zeilen kommt man unweigerlich ins Grübeln. Denn wirtschaftliche Ungerechtigkeit und eine Welt, die auf Stärke, Macht und Waffen setzt, diese Themen beschäftigen nicht nur junge Israelis, sondern Menschen weltweit. Eine Generation, die desillusioniert ist, die nicht mehr mit Wohlstandsversprechen einzulullen ist, eine Generation, die Fragen hat. Das Album „Exit Inside“ enthält viele dieser Fragen und überzeugt darüber hinaus mit wunderbaren Melodien, viel Tiefe und Herz. Für Liebhaber von alternativer, handgemachter Musik eine absolute Empfehlung.

Musikalische Virtuosität und spannende Arrangements treffen auf tiefgründige Texte und ermöglichen so eine einzigartige Mischung. The Angelcy schaffen eine bemerkenswerte Atmosphäre voller Wärme mit einem Hauch Weltschmerz, besonders live ist diese Intensität, die von der Band ausgeht, nahezu greifbar. Als Rotem Bar Or die letzten Töne des Konzerts auf der Ukulele verklingen lässt und den Kopf geneigt, mit geschlossenen Augen ihnen nachsinnt, ist sie wieder da, meine Gänsehaut, kurz bevor der gewaltige Applaus in der Halle lautstark nach einer „Zugabe!“ verlangt.

„Exit Inside“ erschien am 22. Januar 2016 bei J Records (Sony Music).

„...für sicher halte ich nur die Mohammedaner“

Hitler hielt große Stücke auf seine moslemischen Soldaten (zweiter Teil)

von Karl Pfeifer

Am 11. März 1941 schrieb Staatssekretär von Weizsäcker an den Mufti: Das alte Kulturvolk, dessen militärische Tugenden erwiesen sind, sei in der Lage, „sich selbst zu regieren. Deutschland erkennt daher die volle Unabhängigkeit der arabischen Staaten, oder wo sie noch nicht erreicht ist, den Anspruch darauf an, sie zu erringen.“ Weiter wurde freundschaftliche Zusammenarbeit angeboten und im Rahmen des Möglichen militärische und finanzielle Unterstützung. Der Ausbau eines geheimen Meldedienstes im gesamten Vorderen Orient sowie Sabotageakte in Palästina waren vorgesehen. Für Aufstände in Palästina und Transjordanien sollten Waffen geliefert werden.

Durch die deutschen Versprechungen ermutigt, kam es im Irak am 1. April 1941 zum Putsch und Gailani wieder zur Macht. Nun verlangten die Iraker Waffen aus Deutschland, doch es gab keine konkreten Pläne welche Waffen zu liefern sein, auch herrschte zwischen dem Außenamt (AA) und der Abwehr (der militärische Geheimdienst Deutschlands) Misstrauen. Der Privatsekretär des Muftis sollte vom AA „mit einer Sende- und Gebe-Funkanlage ausgerüstet werden, „damit das Auswärtige Amt aus dem Irak, von der Abwehr unabhängig, politische Nachrichten erhalten könne“. Die Wehrmacht war gerade mit den Vorbereitungen zum Angriff auf Jugoslawien und Griechenland beschäftigt und die Italiener wollten die arabischen Länder „in die italienische Interessenszone am Mittelmeer eingeordnet“ sehen.

Im Irak bedrohten irakische Truppen den britischen Flugstützpunkt, der sich jedoch nicht ergeben wollte und am 2. Mai 1941 brachen offene Feindseligkeiten aus. Anfang Mai wurde Botschafter Fritz Grobba nach Bagdad entsandt, um Kontakt zum Mufti aufzunehmen. Dieser rief in einer Radiorede am 9. Mai 1941 zum Dschihad (Heiligen Krieg) gegen die Briten auf. Die wenigen deutschen Jagdflugzeuge, die als symbolische Unterstützung in den Irak gesandt wurden, um das Gesicht zu wahren, dienten – wie Hitler meinte – „dem Zweck, Selbstvertrauen und Widerstandswillen der irakischen Wehrmacht und des Volkes zu stärken.“ Doch bereits am 29. Mai 1941 flüchteten der Mufti, Ministerpräsident Gailani und die irakische militärische Führung nach Teheran. Am 1. und 2. Juni kam es zu einem Pogrom in Bagdad, dem 179 Juden zum Opfer fielen. Bis heute weiß man nicht, weshalb die britische Armee, die sich bereits vor Bagdad befand, nicht sofort eingriff, um dem Gemetzel und der Plünderung ein Ende zu bereiten. Dieser als „Farhud“ bezeichnete Pogrom traumatisierte die irakischen Juden derart, dass er später zur Massenauswanderung nach Israel beitrug.

Im Oktober 1941 schuf die Wehrmacht den Sonderverband Bergmann, kommandiert von Theodor Oberländer, der nach dem Krieg in der Bundesrepublik Karriere machte und eine Einheit von Turkmenen unter Andreas Mayer-Mader, der vorher als Militärberater in China gedient hatte. Einen Monat später wurden weitere moslemische Einheiten geschaffen, mit deren militärischer Haltung man in Berlin zufrieden war. Mit Hitlers Zustimmung erließ das OKW am 22. Dezember 1941 den Erlass zur Schaffung von Ostlegionen. Die beiden ersten waren die am 13. Januar 1942 aufgestellte „Turkestanische Legion“



Der Großmufti von Jerusalem inspiziert 1944 bosnisch-moslemische Freiwillige der Waffen-SS.

und die „Kaukasisch-Mohammedanische Legion“, beide mit fast nur moslemischen Auf seine Empfehlung reisten mehrere turkstämmige Politiker und Militärs nach

„ Am 1. und 2. Juni kam es zu einem Pogrom in Bagdad, dem 179 Juden zum Opfer fielen. Bis heute weiß man nicht, weshalb die britische Armee, die sich bereits vor Bagdad befand, nicht sofort eingriff, um dem Gemetzel und der Plünderung ein Ende zu bereiten.“

Soldaten. Es folgten die „Armenische Legion“ und die „Georgische Legion“, dazu kam die „Nordkaukasische Legion“ im August und die „Volga-Tatarische Legion“ im September. Vier der sechs Legionen waren moslemisch. Das Rahmen- und Stammpersonal war deutsch. 1943 gab es bereits 79 Infanteriebataillone, davon waren 54 moslemisch. Drei davon waren in Stalingrad und viele fochten in den Bergen des Kaukasus. Einige Bataillone waren am Balkan gegen Titos Partisanen tätig und sechs Bataillone nahmen Teil an der Verteidigung Berlins 1945. Man schätzt, allein aus der Sowjetunion konnte die Wehrmacht mehr als 200.000 Moslems rekrutieren. Ab 1943 wurden sogar solche moslemische Kriegsgefangene in Arbeitseinheiten zusammengefasst, die körperlich schwerer Arbeit nicht gewachsen waren. Viele Tausende Moslems waren in Hilfseinheiten tätig und bis Ende des Krieges fielen zehntausende moslemische Soldaten der Ostlegionen.

Der deutsche Botschafter in der Türkei, Franz von Papen, versuchte durch Beeinflussung der turkvölkischen Emigration und bekannter Panturkisten in der Türkei das Land zum Kriegseintritt auf deutscher Seite gegen die Sowjetunion zu bewegen.

Deutschland und an die Ostfront. So suchten die beiden türkischen Generäle Hüsnü Erkilet und Fuat Erden die Ostfront und sprachen mit turkvölkischen kriegsgefangenen Rotarmisten. Sie kamen danach mit Hitler zusammen und schlugen vor, diese zu rekrutieren. Die Reise der beiden türkischen Generäle war der Anstoß für die Bildung der Ostlegionen in der Wehrmacht. Am 12. Dezember 1942 meinte Hitler während eines Tischgesprächs Vorsicht sei geboten bei der Organisation der Einheiten der „Ostvölker“, jedoch „...für sicher halte ich nur die Mohammedaner“.

Der deutsche General in Kroatien Edmund Glaise von Horstenau schrieb über Himmlers Begeisterung für die Errichtung einer moslemischen Einheit in Bosnien, aus Muselmanen wolle man „Muselgermanen“ machen. Beginnend mit Februar 1943 wurde die 13. Waffen-Gebirgs-Division der SS geschaffen, die später „Handschar“ genannt wurde. Ungefähr 20.000 Moslems wurden rekrutiert, die von der deutschen Propaganda in Kroatien als Kämpfer „gegen den Bolschewismus und das Judentum“ gepriesen wurden.

Viele dieser Moslems desertierten aus der kroatischen Armee, was wieder dazu

führte, dass die Kroaten gelegentlich solche moslemische Rekruten der SS in ihre Konzentrationslager verbrachten. Die SS verlegte „Handschar“ nach Südfrankreich. Doch im Sommer 1943 kam es zu einer Offensive der Tito-Partisanen und die Verwandten der moslemischen SSler wurden ins Visier genommen. Über 200.000 Moslems flüchteten aus Bosnien in den Norden.

Weit von ihren Familien wurden die SS-Moslems enttäuscht, zumal ihnen bei der Rekrutierung versprochen wurde, dass sie in ihrer Heimat stationiert sein sollten. Mitte September 1943 brach eine Meuterei aus. Dieser Aufstand wurde sofort niedergeschlagen und viele der Teilnehmer wurden verhaftet und öffentlich hingerichtet. „Handschar“ wurde nach Neuhammer in Schlesien verlegt, wo sie sowohl von Himmler als auch von el-Husseini besucht wurden.

Teile der Division wurden um die Jahreswende 1943/44 im nördlichen Bosnien eingesetzt, wo sie „alles niedermachen“, was nicht einen Fez trug“, so dass selbst Moslems vor ihren Gräueltaten zu den Partisanen flohen. Von April bis Oktober 1944 unterstand ein großes Gebiet zwischen Save, Drina und Bosna der SS. Während die meisten von Moslems bewohnten Gebiete von Partisanen beherrscht wurden, fungierte „Handschar“ als Besatzer einer mehrheitlich christlichen Bevölkerung. Der Mufti setzte junge Imame ein, um die Soldaten zu fanatisieren. Er glaubte zwar nicht mehr an den deutschen Sieg, doch bis zum Schluss ließ er die Soldaten indoktrinieren, ihr Leben für den Sieg der Nazi zu opfern. Die „weltanschaulich geistige Erziehung der muselmanischen SS-Division wurde mit dem Mufti besprochen, und es wurde mit ihm vereinbart, dass der Nationalsozialismus als völkisch bedingte deutsche Weltanschauung und der Islam als völkisch bedingte arabische Weltanschauung unter Herausstellung der gemeinsamen

Feinde (Judentum, Anglo-Amerikanismus, Kommunismus, Freimaurerei, Katholizismus) gelehrt werden sollten.“

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, auf alle antijüdischen Aktivitäten des Muftis einzugehen. Hier nur zwei Beispiele: Er richtete Briefe an ausländische Staaten und auch an deutsche Behörden, jegliche Ausreise von Juden in das Mandatsgebiet Palästina zu verhindern. Am 28. Juni 1943 schrieb er an den ungarischen Außenminister: „Ich bitte Eure Exzellenz, mir zu erlauben, Ihre Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit zu lenken, dass die Juden daran gehindert werden müssen, Ihr Land in Richtung Palästina zu verlassen. Sollte es Gründe geben, die ihre Beseitigung erfordern, wäre es unerlässlich und vorzuziehen, sie in andere Länder zu schicken, wo sie einer aktiven Überwachung unterliegen, wie beispielsweise Polen, um sich so vor der von ihnen ausgehenden Bedrohung zu schützen und Folgeschäden zu vermeiden. Damit entgeht man ihrer Gefahr und vollbringt eine gute, dankbare Tat dem arabischen Volke gegenüber.“

Es gibt einige Hinweise darauf, dass er genau wusste, was damals auf polnischem Boden geschah. Bereits ein Tag nach der Wannseekonferenz hat Fritz Grobba den Mufti getroffen, um ihn über die Ergebnisse zu informieren.

Im Juli 1943 erzählte Himmler dem Mufti, dass bereits drei Millionen Juden ermordet wurden. Anlässlich des Jahrestages der Balfour-Deklaration am 2. November 1943 sandte Himmler folgendes Telegramm an den Mufti: „Die nationalsozialistische Bewegung Großdeutschlands hat seit ihrer Entstehung den Kampf gegen das Weltjudentum auf ihre Fahnen geschrieben, sie hat deshalb schon immer mit besonderer Sympathie den Kampf der freiheitsliebenden Araber, vor allem in Palästina gegen die jüdischen Eindringlinge verfolgt. Die Erkenntnis dieses Feindes und der gemeinsame Kampf gegen ihn bilden die feste Grundlage des natürlichen Bündnisses zwischen dem nationalsozialistischen Großdeutschland und den freiheitsliebenden Mohammedanern der ganzen Welt. In diesem Sinne übermittle ich Ihnen am Jahrestag der unseligen Balfour-Deklaration meine herzlichsten Grüße und Wünsche für die glückliche Durchführung Ihres Kampfes bis zum Endsieg. Reichsführer der SS – Gez. Heinrich Himmler“

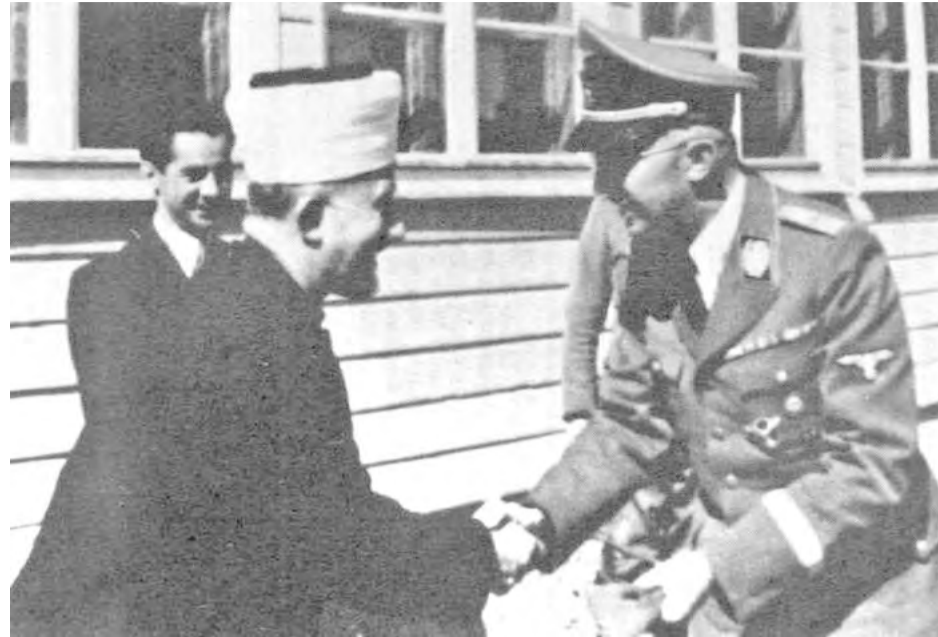
Am gleichen Tag hielt der Mufti in Berlin eine lange Rede, deren Themen bis heute Mantra der arabisch-moslemischen antijüdischen Propaganda blieben:

„...Die Araber haben tatsächlich durch die Juden ein großes Unheil erlitten! Der übermächtige Egoismus, der im Charakter der Juden liegt, ihr nichtswürdiger Glaube, dass sie das auserwählte Volk Gottes seien, und ihre Behauptung, dass alles ihretwegen erschaffen und die anderen Menschen Tiere seien, die sie für ihr eigenes Interesse gebrauchen können, ...

Durch diese Charaktereigenschaften sind sie [die Juden] nicht fähig, jemandem die Treue zu halten, und können sich nicht mit irgendeiner anderen Nation vermischen, sondern leben als Schmarotzer unter den Völkern, saugen ihr Blut aus, unterschlagen ihre Güter, verderben die Sitten, verlangen aber trotzdem die Rechte der einheimischen Bewohner...“

Die Juden im Osmanischen Reich – sowohl diejenigen, die nach außen hin Mohammedaner waren, die sogenannten „Dönme“, als auch diejenigen, die jüdisch blieben – waren die hauptsächlichen Triebkräfte für die Zerstörung des Reichs des islamischen Kalifats...“

Amerika aber, das jetzt die Fahne der Juden trägt, will den Juden im islamischen Maghreb, in Nordafrika, eine zwei-



Der Großmufti mit Gestapo-Chef Heinrich Himmler, 1941.

„ Man schätzt, allein aus der Sowjetunion konnte die Wehrmacht mehr als 200.000 Moslems rekrutieren.“

te Heimstätte errichten, in die aus Europa vertriebenen Juden und Neger Amerikas Zuflucht nehmen sollen...“

Den Arabern im Besonderen und den Mohammedanern im Allgemeinen obliegt es, sich ein Ziel vorzunehmen, von dem sie nicht abweichen und das sie mit allen ihren Kräften erlangen müssen. Es ist die Vertreibung aller Juden aus allen arabischen und mohammedanischen Ländern. Dies ist das einzige Heilmittel und es ist das, was der Prophet vor 13 Jahrhunderten getan hat...“

Gott hat bestimmt, dass es für die Juden keine feste Ordnung geben werde und kein Staat für sie entstehen soll...“

Viele Jahre nach dem Krieg entdeckten die deutschen Historiker Mallmann und Cüppers, dass im Rücken der Rommelschen Invasion in Nordafrika ein SS-Kommando unter Walther Rauff zur Ermordung von Juden dort bereit stand. Lediglich der Kriegsverlauf zuungunsten der Nazis und die Nähe der Alliierten stoppten diesen Ansatz zum nahöstlichen Holocaust, den Hitler dem Mufti bereits Ende 1941 angezeigt hatte.

Historiker streiten über die Stimmung unter den Arabern im damaligen Mandatsgebiet Palästina. Unbestreitbar jedoch ist, dass bis ins Jahr 1943 8.000 Araber, davon 7.000 aus Palästina, mit ihren Waffen aus der britischen Armee desertierten und in den Untergrund abtauchten.

Im Januar 1942 hatten der Mufti und al-Gailani während eines Gesprächs mit General Hellmuth Felmy von arabischen Divisionen phantasiert, die man mobilisieren könnte, doch die Aufstellung

arabischer Kollaborationseinheiten im Verband des „Sonderstabes F“ blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Viele Freiwillige baten um Entlassung, um in Deutschland studieren zu können. Daher riet die Wehrmacht, die Stipendien für arabische Studenten zu beschneiden. Nach über einem halben Jahr ihrer Exis-

tenz wies die Deutsch-Arabische Lehrabteilung im August 1942 eine Stärke von lediglich 243 Arabern auf, davon 112 Syrer oder Palästinenser.

Moslemische Soldaten kämpften bis zum Ende an der deutschen Seite. Doch gegen Kriegsende wurde es schwierig die Disziplin und die Moral der Truppen aufrechtzuerhalten, denn es kam zu einer großen Zahl von Desertionen. Im Herbst 1944 fiel „Handschar“ auseinander. Soldaten verließen einzeln oder in Gruppen ihre Einheit oder kamen einfach nicht mehr zurück vom Urlaub, andere verstümmelten sich selbst, um entlassen zu werden. Ende September 1944 desertierten bereits etwa 2000 Moslems, am 21. Oktober 1944 rannten in der Nähe von Zagreb etwa 600 Männer weg. Wegen der wachsenden Anzahl von Desertoren sah sich die SS gezwungen die Division zu demobilisieren. Am 29. Oktober 1944 berichtete der deutsche Gesandte in Zagreb, dass 2.000 Männer entwaffnet und zum Arbeitsdienst eingezogen wurden. Die SS war nicht zufrieden mit den militärischen Leistungen der albanischen „Skanderbeg-Division“, deren Soldaten massenhaft desertierten und so wurde auch diese aufgelöst. Unter den moslemischen Soldaten aus der Sowjetunion kam es nicht zu sehr vielen Desertionen. Allerdings als turkestanische Wehrmachtssoldaten zu den albanischen Partisanen flüchteten, brachten diese nicht nur ihre Waffen mit, sondern auch – wie der britische Verbindungsoffizier Julian Amery berichtete – in einem großen grünen Taschentuch eingepackt die abgeschnittenen Ohren ihrer deutschen Offiziere.



Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregory Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvoranschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

TeL030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

Jüdisches Leben in Deutsch-Südwestafrika

Südwestafrika war für die Juden ein attraktiver Auswanderungsort

Von Ulrike Stockmann

Das heutige Namibia war von 1884 bis 1915 eine deutsche Kolonie und unter dem Namen Deutsch-Südwestafrika bekannt. Zu dieser Zeit versuchten viele mittellose Europäer in Übersee ihr Glück zu finden. Das Ziel der meisten lautete „Vereinigte Staaten von Amerika“, für deutsche Abenteurer stellte das neugegründete Deutsch-Südwestafrika jedoch durchaus eine weniger überlaufene Alternative mit Sprachvorteil dar.

Mehr und mehr deutschsprachige Juden entschlossen sich in diesem Zuge ebenfalls in die deutsche Kolonie übersiedeln. Der Großteil dieser Zuzügler stammte aus Osteuropa, genauer aus Lettland, Litauen, Russland und Polen. Gerade im Baltikum und Polen war die deutsche Sprache recht weit verbreitet. Der Rest kam überwiegend aus dem Deutschen Kaiserreich. Die Armut Osteuropas und seine beschränkten wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten waren neben dem konstanten Antisemitismus im Zarenreich wohl die Hauptgründe für diese Flucht der osteuropäischen Juden.

Nun waren die namibischen Lebensumstände in jenen Tagen mehr als bescheiden. Im Vergleich dazu erscheint die Perspektivlosigkeit im damaligen Europa umso frapperender: Die jüdischen Siedler zogen eine Wüstenexistenz unter einfachsten Bedingungen umgeben von Wildnis dem Leben im verhältnismäßig reichen, jedoch jüdenfeindlichen Europa vor.

Erst seit dem 19. Jahrhundert gab es in Südwest-Afrika (Namibia) europäische Siedlungen. Die afrikanischen Völker, die in diesem Gebiet zu Hause waren, lebten als Nomaden oder Halbnomaden. Vor allem Weiße aus Südafrika, die von dort kommend die nördlicheren Gebiete erkundeten, waren an den ersten Städtegründungen beteiligt. Dementsprechend tragen die Städte des heutigen Namibias meist holländische Namen wie „Windhoek“ (die heutige Hauptstadt), „Keetmanshoop“ oder „Swakopmund“. Die Stadt Lüderitz bzw. Lüderitzbucht hingegen ist nach dem Bremer Kaufmann Adolf Lüderitz benannt. An besagter Bucht legten 1487 erstmals die Portugiesen an und hinterließen ein obligatorisches eisernes Kreuz für „offiziell von Portugal beschlagnahmt“. Die Portugiesen kamen nie wieder, denn die Bucht galt als wertlos, dennoch nannte man sie fortan „Angra Pequena“.

Bis 1883 eben besagter Adolf Lüderitz auftauchte. Dank eines der infamsten Meilenschwindel in der Geschichte legte er den Grundstein für die deutsche Kolonie. Und zwar schwatzte sein Mitarbeiter Heinrich Vogelsang einem Orlam-Stammesführer dessen gesamtes Siedlungsgebiet von etwa 40.000 Quadratkilometer (fast die Fläche Niedersachsens) für nur 100 Goldpfund und 250 Gewehre ab. Besagter Stammesführer – genannt Josef Frederiks II. – war mit Europäern und ihren Lebensgewohnheiten durchaus vertraut, hatte er doch nicht nur afrikanische Wurzeln, sondern war auch Nachkomme holländischer Siedler. Der gutgläubige Mann hatte es bisher leider nur mit englischen Meilen zu tun gehabt und wusste nicht, dass die Deutschen bei der Abmessung des zu kaufenden Grundstücks mit preußischen Meilen rechneten, die



Die Mitglieder der Israelitischen Kultusgemeinde, die den Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, Friedrich von Lindequist, bei seinem Besuch in Swakopmund am 21. November 1905 willkommen heißen. Stehend, von links nach rechts: Morris Pieters, W. Wollmann, E. Fichsberg, S. Gabrielson, J. Cohen (Sekretär). Sitzend, von links nach rechts: Michael Mande (Vize-Sekretär), Solomon Stern (Präsident), J. Braun (Schatzmeister)

nicht wie die englischen Meilen 1,7 Kilometer, sondern 7,5 Kilometer maßen. Und „zufällig“ versäumte Vogelsang die Gelegenheit, Frederiks auf seinen Irrtum hinzuweisen. Die ehemalige

eröffnete er ein Geschäft für Eisenwaren. Als 1904 der Russisch-Japanische Krieg begann, wollte Chaim unbedingt einem Einzug in die russische Armee entgehen. Er verkaufte sein Geschäft

kennntnissen. Kurzerhand zog er weiter nach Deutsch-Südwestafrika und landete schließlich in Swakopmund, wo er mit einem Partner ein Geschäft beginnen wollte. Er telegraphierte seiner Frau, die mit den Kindern in Wilna geblieben war, sie könnten jetzt nachkommen, da er ein Auskommen hätte. Dumm nur, dass aus dem Geschäft nichts wurde, in das Chaim bereits sein Vermögen investiert hatte und nun auf einem Haufen Schulden saß.

Hier machte sich jedoch bezahlt, dass er in seiner Wehrzeit bei der russischen Armee beim Ingenieurkorps gedient

„ In Deutsch-Südwestafrika war der Antisemitismus weniger ausgeprägt als in der Heimat. “

Bucht „Angra Pequena“ und die sich bald darauf dort entwickelnde Stadt heißen seither „Lüderitzbucht“ bzw. „Lüderitz“.

Nachdem Lüderitz also mit sehr fragwürdigen Methoden an ein gutes Stück Land gekommen war, wurde das Privatgelände 1884 zu deutschem „Schutzgebiet“ erklärt und das nun staatliche Territorium auf die Größe des heutigen Namibias erweitert.

Immerhin – Gottes Mühlen mahlen langsam, aber gerecht: Adolf Lüderitz hatte nur wenig Zeit, seine Eroberung zu genießen, denn 1886 ertrank er im namibischen Oranje-Fluss bei einer Expedition.

In der Stadt Lüderitz lebten in den Jahren nach ihrer Gründung am 12. Mai 1883 nur zwölf jüdische Familien. Bei einem so kleinen Personenkreis spielte sich natürlich auch das Gemeindeleben eher improvisiert und informell ab: Gottesdienste wurden in Privathäusern abgehalten, da keine Synagoge vorhanden war. Jedoch hielt man sich an die jüdische Bestimmung, dass im Gebetsraum ein Schrank mit einer Thora-Rolle vorhanden sein muss.

Das Haus der Familie Chaim Charneys wurde an hohen Feiertagen eines der improvisierten Gotteshäuser. Chaim wurde um 1874 in Litauen (damals zu Russland gehörend) als Sohn eines Schlossers geboren. In Wilna

und floh nach London, um bald darauf zu einem Cousin nach Südafrika zu zie-



Die Beit Tahara (das „Haus der Reinigung“) in Lüderitzbucht, die um 1900 gebaut wurde. Hier wurden die Toten vor der Beerdigung rituell gewaschen.

hen. Seine Versuche, sich dort eine neue Existenz aufzubauen scheiterten jedoch u. a. an seinen mangelnden Englisch-

hatte und entsprechend ausgebildet war: Chaim konnte nun immerhin als Eisenbahn-Mechaniker anheuern. Der Job war

sogar gut bezahlt, er konnte seine Schulden tilgen und sich doch noch selbstständig machen. In Lüderitzbucht eröffnete er schließlich vier Geschäfte, drei davon bestritt er mit Geschäftspartnern. Somit schaffte er es gerade noch vorm Ausbruch des Ersten Weltkrieges, endlich seine Frau und Kinder nach Deutsch-Südwestafrika nachzuholen. In den Zwanzigern und Dreißigern half er weiteren Verwandten bei der Übersiedlung nach Namibia, die meisten wurden in seinem Unternehmen tätig.

Lüderitz liegt innerhalb der Namib-Wüste (eine reine Sandwüste) an der Atlantikküste und befindet sich in einer recht unwirtlichen Gegend. Ein Standortvorteil bestand in der Existenz eines Hafens, der jedoch Anfang des 20. Jahrhunderts durch den Hafen der zentraleren Stadt Swakopmund abgelöst wurde. Lüderitz war einfach zu schlecht an die Handelsrouten ins Landesinnere angebunden. Zu einem weiteren wirtschaftlichen Aufschwung kam es 1908, als beim Bau einer Eisenbahnstrecke bei Lüderitz Diamanten gefunden wurden. Nur wenige Juden waren direkt in den Diamantenhandel involviert. Wohl profitierten sie dennoch davon, da sie als Händler sämtliche Infrastruktur boten, die die Diamantjäger brauchten. Fortan entwickelte sich Lüderitz zu einer reichen Stadt, die jedoch nach dem Ersten Weltkrieg wieder an Bedeutung verlor. Der Diamantenabbau war weiter nach Süden gezogen. Heute ist Lüderitz eine Stadt mit hoher Arbeitslosigkeit und sterbender Infrastruktur. Immer mehr Bewohner wandern ab.

Aufgrund Lüderitz' Wüstenlage am Atlantik waren seine Bewohner mit jenem Schicksal geschlagen, das ansonsten nur

Familien schickten ihre Schmutzwäsche lieber zum Waschen nach Hamburg, als wertvolles Trinkwasser zu vergeuden! Wie man sich denken kann, war es jedes Mal ein Glücksspiel, ob die aufgegebenen Stücke nach Monaten auch heil zurückkamen.

Auch die koschere Lebensweise bereitete der jüdischen Gemeinde Kopfzerbrechen: Das einzige Fleisch, das man in Hülle und Fülle auftreiben konnte, war ausgerechnet Schwein! Ansonsten waren Hühner im Angebot. Obwohl letztere heute im Allgemeinen als koscher angesehen werden, fanden die Juden in Lüderitzbucht, dass Hühner nur „ein bisschen koscher“ waren. Letztere Klassifizierung wurde schließlich aufgehoben und Huhn offiziell zum Verzehr erlaubt.

„ Der jüdische kaiserliche Soldat Ernst Luchtenstein floh aus südafrikanischer Kriegsgefangenschaft und verbarg sich noch ein ganzes Jahr nach dem Kriegsende 1915, das er nicht mitbekommen hatte. Schließlich fand die Polizei den in Deutsch-Südwestafrika Geborenen in den Karasbergen. Anschließend lebte er mit seiner Frau Wilhelmina wieder als Farmer. “

Chaims Frau Dina servierte dennoch niemals Fleisch – um auf Nummer sicher zu gehen. Fischgerichte wurden daher ihre Spezialität. Letzterer war dank der Küs-

Windmühle sowie zwei Farmen, auf denen er Schafszucht betrieb.

Anfang des 19. Jahrhunderts bekam die jüdische Gemeinde in Lüderitzbucht etwas Land zugesprochen, das sie fortan als Friedhof nutzte. Sogar eine kleine Kapelle, eine Beit Tahara wurde dort errichtet. Auf dem Jüdischen Friedhof Lüderitz befinden sich acht Gräber.

Die größte jüdische Population in Deutsch-Südwestafrika beherbergte die 1892 gegründete Stadt. Jüdisches Leben etablierte sich dort um 1900. Im Gegensatz zu Lüderitzbucht gab es mit dem Swakop-Fluss dort immerhin ein Gewässer, das Süßwasser führte, wenn auch von bescheidener Qualität. Des Weiteren wurde ein künstlicher Hafen mit einer Mole angelegt, der komfortableres Aus-

änderte sich, als dort 1905 die Israelitische Kultusgemeinde gegründet wurde, um fortan den Austausch in der jüdischen Gemeinde zu fördern. In erster Linie wurden Veranstaltungen zu den Feiertagen organisiert sowie die Vernetzung der jüdischen Bewohner angeregt. In Ermangelung einer Synagoge fanden in den Gebäuden des Vereins nun auch offizielle jüdische Gottesdienste statt.

An dieser Stelle sollte erwähnt werden, dass die meisten Juden, die in Deutsch-Südwestafrika lebten, sich der deutschen Regierung äußerst verbunden fühlten und offen ihre Solidarität zur Schau trugen. Umgekehrt waren Juden in der deutschen Kolonie gern gesehen und erfuhren bei ihrer Ankunft Unterstützung. Hier in der Einöde rückten einfache Talente und Fähigkeiten der Bewohner in den Vordergrund. Da sich die meisten jüdischen Siedler äußerst konstruktiv verhielten und viel zum Aufbau der Region beitrugen, konnte man nicht auf sie verzichten. Die harten Lebensbedingungen gaben Antisemitismus kaum eine Chance. So ist es nicht verwunderlich, dass der erste Besuch des deutschen Gouverneurs Friedrich von Lindequist in Swakopmund am 21. November 1905 die Israelitische Kultusgemeinde dazu veranlasste, ihre Flagge zu hissen und den Gouverneur mit einem Brief offiziell willkommen zu heißen. In jenem Schreiben bezeugen sie ihre Treue zum deutschen Kaiser. Die Antwort im Auftrag des Gouverneurs Lindequist in Form eines Dankesbriefs ist ebenfalls erhalten.

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges am 1. August 1914 fiel das mit Großbritannien verbündete Südafrika in Deutsch-Südwestafrika ein. Die Deutschen mobilisierten ihre Kolonialtruppen, um die Kolonie zu verteidigen – jedoch vergebens. Am 9. Juli 1915 wurde Südwestafrika an Südafrika übergeben.

Es ergab sich, dass auch einige deutsche Juden für die kaiserliche Kolonialtruppe (genannt „Schutztruppen“) kämpften. Einer von ihnen war Ernst Luchtenstein, der sich freiwillig für die kaiserlichen Truppen gemeldet hatte. Er war der Sohn von Joseph Luchtenstein, der 1903 mit seiner Frau und seinen drei Kindern von Ostpreußen nach Deutsch-Südwestafrika ausgewandert war.

Joseph kaufte schließlich in Keetmanshoop eine Farm, auf der auch seine Söhne Ewald und Ernst arbeiteten. Ernst wurde 1893 geboren, verbrachte also seine Kindheit in der Kolonie. 1914 meldete er sich für die Schutztruppe, genau wie sein Vater und sein Bruder Ewald. 1915 geriet er in südafrikanische Kriegsgefangenschaft, konnte sich jedoch bald befreien. Fortan versteckte er sich in den Karasbergen im Südosten Namibias. Der Krieg war ein paar Wochen später vorüber.

Ernst verbarg sich jedoch noch ein ganzes Jahr, da er das Kriegsende nicht mitbekam. Nachdem man ihn polizeilich suchte, wurde er schließlich gefunden und über die Neuigkeit informiert. Er lebte von nun an wieder als Farmer, bis er 1967 mit seiner Frau Wilhelmina in die südafrikanische Kapprovinz übersiedelte, wo er 1973 im Alter von 80 Jahren starb.

Heute ist der jüdische Bevölkerungsanteil in Namibia nur noch verschwindend gering ist. Die meisten von ihnen leben mittlerweile in der Hauptstadt Windhoek.

Auch wenn viele Spuren des jüdischen Lebens in Namibia heute nur noch Relikte der Vergangenheit sind, sind sie dennoch bemerkenswerte Zeugnisse eines Volkes, das einst aufbrach, um in der Fremde nach der Freiheit zu suchen, die eigene Kultur ohne Sanktionen ausleben zu können. In Namibia haben Juden diese Freiheit gefunden.



Chaim Charney (sitzend) mit seiner Frau Dina, ihren Kindern (von links nach rechts) Lazar, Mary, Bertha und Moses und (in der Mitte stehend) Dinas Bruder Max Pupkewitz.

Seeleute ereilt: Wasser soweit das Auge reicht, dummerweise nur komplett salzig. Süßwasser war dort zu jener Zeit wohl die größte Mangelware. In Ermangelung von Flüssen bestand damals die einzige Möglichkeit der Wasseraufbereitung darin, Meerwasser zu destillieren. Dieses wurde dann zu drei Pfennig pro Liter verkauft. Da überlegte man sich natürlich, mit Wasser gut zu haushalten und kam schon mal auf kuriose Einfälle: Manche deutsche

tenlage reichlich vorhanden.

Chaim war einer der talentiertesten und erfolgreichsten jüdischen Geschäftsmänner der Kolonie. In späteren Jahren expandierte er mit seinem Geschäft. Anfang der Zwanziger Jahre zog er mit seiner Familie in das günstiger gelegene Mariental und eröffnete weitere Läden. Er wurde zum führenden Händler für Waffen und Munition, verkaufte Ford-Autos, eröffnete ein Hotel und besaß schließlich eine

Leuchtturm, einen Droschkenservice, eine Eisenbahnanbindung und natürlich florierenden Handel. Die ankommenden Juden gründeten meistens Geschäfte, nur wenige entschieden sich für das harte Leben als namibische Farmer.

In den Anfangsjahren Swakopmunds lebten die meisten jüdischen Bewohner verstreut und waren von ihrem Alltag so sehr eingenommen, dass für die Pflege jüdischer Kultur nur wenig Zeit blieb. Dies

Von Martin Decking

Selten hat ein Buch eine solche Wirkung gehabt wie der im Untertitel als „Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“ bezeichnete, von Theodor Herzl 1896 in Wien und Leipzig veröffentlichte Judenstaat. Obwohl an Inhalt gar nicht neu, gewann das Buch schnell ein breites, nicht nur jüdisches Publikum und gab so den entscheidenden Impuls für die Gründung und die völkerrechtliche Anerkennung des Staates Israel.

Theodor Herzl wurde 1860 im ungarischen Pest als Tivadar Herzl (auch Hercl) in eine wohlhabende jüdische Kaufmannsfamilie hineingeboren und besuchte dort das deutschsprachige Evangelische Gymnasium. 1878 zog die Familie aus Protest gegen die wachsende Magyarisierung Ungarns nach Wien, hier begann Theodor Herzl, wie er nun auch offiziell hieß, das Studium der Jurisprudenz. Sein eigentliches Ziel war allerdings von Anfang an, ein „deutscher Schriftsteller“ zu werden. Während dieser Studienzeit entstanden erste Dramen, einige wurden sogar am renommierten Burgtheater und an weiteren Bühnen aufgeführt. Doch sein Durchbruch gelang ihm erst als Journalist.

Im Jahr 1891 wird Herzl der Pariser Korrespondent der angesehenen liberalen Wiener Tageszeitung „Neue Freie Presse“. Er berichtet über das kulturelle und parlamentarische Leben, und ab 1892 auch über den französischen Antisemitismus. Denn obwohl dort die Judenemanzipation bereits ein Jahrhundert zuvor im Zuge der Französischen Revolution im Code Civil verankert worden war, stellte Herzl, wohl auch zum eigenen Erstaunen, fest, dass es selbst in Frankreich einen wachsenden, bewusst rassistisch argumentierenden, zudem von einigen angesehenen Schriftstellern und Philosophen auch öffentlich vertretenen Antisemitismus gab.

Wie sehr dieser bis in die höchsten Kreise der französischen Gesellschaft vorgedrungen war, zeigte sich in der Dreyfus-Affäre. Im Dezember 1894 erlebte Herzl in Paris die Verurteilung des französischen Offiziers jüdischer Abstammung Alfred Dreyfus, im Januar 1895 dessen von zahllosen „à mort! à mort les juifs“-Rufen begleiteten Ausschluss aus der Armee. Die offensichtlich ungerechtfertigte Verurteilung wegen Hochverrats und Spionage für Deutschland, über die Herzl als Korrespondent nach Wien berichtete, führte ihn zu der im „Judenstaat“ vehement vertretenen Auffassung, dass weder eine rechtliche Gleichstellung der Juden noch ihre Assimilation an die jeweilige Umgebung den Antisemitismus langfristig verhindern könne:

„Wer der Fremde im Lande ist, das kann die Mehrheit entscheiden; es ist eine Machtfrage, wie alles im Völkerverkehr. [...] Im jetzigen Zustande der Welt und wohl noch in unabsehbarer Zeit geht Macht vor Recht. Wir sind also vergebens überall brave Patrioten, wie es die Hugenotten waren, die man zu wandern zwang.“

Bevor Herzl seine neuen Überzeugungen in Buchform verbreitete, legte er sie einflussreichen Vertretern des französischen, englischen und deutschen Judentums vor, erhielt aber letztlich nicht die gewünschte Unterstützung. Seine Pläne einer jüdischen Staatsgründung stießen vielmehr vorwiegend auf Ablehnung, nicht zuletzt, weil sie im Widerspruch zur angestrebten oder (anscheinend) bereits erfolgreich verwirklichten Assimilation zu stehen schienen.

Solche Einwände konnten Herzl aber nicht umstimmen; auf der Grundlage einer an die Familie Rothschild gerichteten, allerdings nie gehaltenen Rede veröffentlichte er im Februar 1896 sein Buch „Der Judenstaat“; noch im gleichen Jahr erschien es auch auf Russisch, Englisch, Franzö-

Herzls Judenstaat

Ein Buch begründet einen Staat



Denkmal in Israel für die Begegnung zwischen Wilhelm II. und Herzl.

sisch, Rumänisch und Hebräisch. Für Herzl war der Antisemitismus keine vorübergehende Erscheinung, der man sich durch Assimilation oder Auswanderung hätte entziehen können. Schließlich sei der Antisemitismus auch und gerade dort virulent, wo der jüdische Bevölkerungsanteil, wie in Frankreich, eher gering war, ohne eigenen Staat müssten die Juden dauerhaft die antisemitischen Angriffe ertragen.

„Ich halte die Judenfrage weder für eine soziale noch für eine religiöse, wenn sie sich auch noch so und anders färbt. Sie ist eine nationale Frage, und um sie zu lösen, müssen wir sie vor allem zu einer politischen Weltfrage machen, die im Rate der

entstanden, ist zu erkennen, welchen Wert Herzl als „Doctor der Rechte“ auf die juristische Fundierung seines Plans legte. Deutlich wird dies nicht nur an seiner Orientierung an aktuellen österreichischen und britischen Rechtskonzepten, sondern auch an seinem Rückgriff auf die römische Rechtstradition des Gestors, der im Auftrag eines Handlungsunfähigen, hier also des über die Nationen verstreuten jüdischen Volkes, dessen Geschäfte übernimmt. Denn dass sich die Neugründung eines jüdischen Staates von allen anderen Staatsgründungen schon allein aufgrund des bisher fehlenden Territoriums unterschied und daher einer besonders durchdachten Legitimation bedurfte, dessen war sich Herzl eindringlich bewusst.

Die geografische Lage des zu gründenden Staates lässt Herzl noch offen. Neben Palästina erscheint ihm auch Argentinien für sein Projekt geeignet, er ist sich aber auch bewusst, dass das seinerzeit osmanisch regierte Palästina eine größere Anziehungskraft auf die jüdische Bevölkerung

„ Herzl wollte die jüdische Einwanderung nach Israel erst nach der völkerrechtlichen Anerkennung. Die russischen Juden konnten aber darauf nicht warten, die Pogrome ließen ihnen keine Zeit.“

Kulturvölker zu regeln sein wird. Wir sind ein Volk, ein Volk.“

Nur durch die Gründung eines eigenen Staates für dieses Volk könne das Übel des Antisemitismus endgültig besiegt werden. Um aber den Antisemitismus nicht auch noch in das künftige Staatsgebiet zu tragen, sollten sich nach Herzls Plan die zur Aussiedlung entschlossenen Juden nicht sofort in das neue Ansiedlungsgebiet begeben. Zuvor sei vielmehr die völkerrechtliche Anerkennung des Staates und die wirtschaftliche Absicherung des Projekts anzustreben. Zu diesem Zweck schlägt er die Gründung zweier Institutionen vor: Die politische Vertretung des jüdischen Volkes soll die „Society of Jews“ als „moralische Person“ ausüben, die aus den angesehensten Juden aller Länder zu bestehen habe, der „Jewish Company“ überträgt Herzl in seinem Plan hingegen die Bereitstellung und Verwaltung des erforderlichen Kapitals zum Erwerb und zur Urbarmachung des Landes. Diese Kapitalgesellschaft, nach dem Vorbild von Landnahmegesellschaften zu gründen, solle als juristische Person mit Sitz in London außerdem die Verwertung des jüdischen Besitzes in den bisherigen Siedlungsgebieten übernehmen und schließlich auch die Verteilung des neuen Landes organisieren.

Schon an dieser Aufgabenverteilung auf zwei unterschiedliche Institutionen, die unter anderem Namen, aber durchaus mit ähnlichen Aufgaben später tatsächlich

ausüben könne als ein Gebiet in Südamerika. Bei beiden Regierungen vermutete er, dass diese einer systematischen Besiedlung schon aus wirtschaftlichen Gründen aufgeschlossen gegenüberstehen müssten, außerdem bestanden in beiden Gebieten bereits jüdische Siedlungen, durch die bekannten Philanthropen Moritz Baron Hirsch (Argentinien) und Edmond de Rothschild (Palästina) unterstützt und finanziert.

So unvorstellbar heute der Gedanke sein mag, einen jüdischen Staat außerhalb des historischen Israels zu gründen, so sehr wird an Herzls Offenheit für andere Siedlungsgebiete auch deutlich, dass er seine Pläne nicht durch eine zu große Fixierung auf bestimmte Details scheitern lassen wollte. Dies bewog ihn 1902/03 sogar dazu, mit der britischen Regierung über eine Ansiedlung im Sinai, kurz darauf schließlich über ein Gebiet in Uganda zu verhandeln.

Allein die Idee, einen jüdischen Staat als Sammlungsort der Juden außerhalb Palästinas, ja sogar außerhalb der Alten Welt in Südamerika zu gründen, zeigt allerdings, dass Herzl, der selber in einem assimilierten Elternhaus aufgewachsen war, dem traditionellen Judentum innerlich nur lose verbunden war. So dachte er etwa den Rabbinern eine wichtige Rolle bei der Übersiedlung des jüdischen Volkes in die neue Heimat zu, obwohl seinerzeit der weitaus überwiegende Teil der Rabbiner, ja des orthodoxen Judentums überhaupt, die Gründung eines jüdischen Staates im Gebiet des

historischen Israels verwarfen, da dessen Errichtung allein dem Messias zukomme.

„Jede Gruppe hat ihren Rabbiner, der mit seiner Gemeinde geht. Alle gruppieren sich zwanglos. Die Ortsgruppe bildet sich um den Rabbiner herum. So viele Rabbiner, so viele Ortsgruppen. Die Rabbiner werden uns auch zuerst verstehen, sich zuerst für die Sache begeistern und von der Kanzel herab die anderen begeistern. Es brauchen keine besonderen Versammlungen mit Geschwätz einberufen zu werden. Im Gottesdienste wird das eingeschaltet.“

So unrealistisch Herzls Hoffnung auf die Unterstützung der Rabbiner war, so sehr unterschied sich die Entwicklung des zionistischen Projekts von Herzls ursprünglichem Plan. Obwohl er in den folgenden Jahren zahlreiche Unterredungen mit wichtigen Staatsmännern führte, auch mit einem Onkel des deutschen Kaisers, dem Großherzog von Baden, und durch dessen Vermittlung sogar mehrfach mit Wilhelm II., mit dem bulgarischen König Ferdinand I., mit dem osmanischen Sultan Abdul Hamid II., verschiedenen britischen und russischen Politikern, dem italienischen König sowie mit Papst Pius X., konnte er die erhoffte völkerrechtliche Anerkennung durch den „Rat der Kulturvölker“ zu Lebzeiten nicht erlangen.

Dennoch setzte seine Schrift eine Bewegung in Gang, die sich von der abwartend-ablehnenden Haltung dieser Regierungen nicht entmutigen ließ. Bereits im Sommer 1897 traten 200 Delegierte in Basel zum Ersten Zionistischen Weltkongress zusammen, der als Ziel des Zionismus „für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina“ definierte. Der Kongress gründete zudem die „Zionistische Weltorganisation“ mit Herzl als Präsidenten und setzte so Herzls Plan einer „Jewish Society“ in die Realität um. Die jüdische Besiedlung des osmanisch verwalteten Palästina wurde, anders als von Herzl geplant, nicht bis zur völkerrechtlichen Absicherung zurückgestellt. 1914, kurz vor Ende der Osmanischen Herrschaft in Palästina, lebten dort bereits wieder über 85.000 Juden. Die Einwanderer stammten zum ganz überwiegenden Teil aus dem russischen Machtbereich, die dortigen Pogrome ließen keine Rücksicht auf die von Herzl gewünschte Reihenfolge der Maßnahmen zu.

Herzls Voraussage, die völkerrechtliche Anerkennung mit anschließender Judenwanderung werde eine „Periode der Wohlfahrt für die verlassenen Länder“ einleiten, wurde durch die Geschichte ebenso wenig bestätigt wie seine Ankündigung, diese Abwanderung wäre das Ende des Antisemitismus. Hatten schon die Pogrome in Osteuropa gegen Ende des 19. Jahrhunderts kein Warten auf die staatliche Anerkennung zugelassen, verlangte die systematische Vertreibung und Ermordung der Juden durch die Nazis erst recht eine umgehende Ausweitung der jüdischen Siedlungen in Palästina.

Theodor Herzl erlebte die Vollendung seines Werkes nicht. Am 3. Juli 1904 starb er, erst 44-jährig, im niederösterreichischen Edlach. Obwohl seine Verhandlungen zu Lebzeiten zu keinen greifbaren Erfolgen führten, sind ohne sein Wirken weder die britische Balfour-Deklaration von 1917 noch die UNO-Deklaration von 1947 denkbar, in der die Gründung eines jüdischen und arabischen Staates im bestehenden britischen Mandatsgebiet gefordert wurde, wie schließlich auch die Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948. In der Unabhängigkeitserklärung wird Herzl ausdrücklich als „Seher des jüdischen Staates“ hervorgehoben.

Aus „Sternstunden der deutschen Sprache“
Von Walter Krämer, Gerd Schrammen

Schritt für Schritt zum unternehmerischen Erfolg

Der Porzellan-Hersteller Rosenthal

Von Claudia Trache

Philipp Rosenthal senior war nicht nur der Begründer der noch heute bekannten Marke des Rosenthaler Porzellans. Er setzte sich in besonderem Maße für die Entwicklung des deutschen Exports ein, weit über seine eigene Branche hinaus. Er gilt als der „zweite Gründer“ der Leipziger Messe (der Name des ersten gilt als verschollen), die für ihn die Drehscheibe zum internationalen Handel darstellte. 1915 rief er die „Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Messe e.V.“ ins Leben, deren Vorstandsvorsitz er viele Jahre innehatte. Zudem leitete er viele Jahre den Verband deutscher Exportindustrien und war im Vorstand des Exportförderausschusses im Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Philipp Rosenthal setzte sich nach Ende des Ersten Weltkrieges stark für den friedlichen Handel zwischen den Völkern ein, bereiste dazu das europäische Ausland und die USA. Seine eigene Firmengruppe, die am Ende der 1920er Jahre mit 7.000 Beschäftigten ihren Höhepunkt erreichte, bestand aus Werken an verschiedenen Standorten sowie Filialgeschäften im Ausland.

Sein Erfolg beruhte auf verschiedenen Faktoren: 1. dem Einsatz für technische Innovationen, 2. der künstlerischen Seite der Fertigung, 3. frühen betrieblichen Sozialmaßnahmen und 4. dem Export. Wurde er bis Anfang 1933 noch als Wirtschaftsführer gefeiert und geehrt, so war er ab April 1933 nur noch der „Jude Rosenthal“.

Für ihn umso schmerzhafter, wurde er doch bereits als Junge getauft und hatte sich längst von der Religion seiner Vorfahren abgewandt. 1934 wurde sein Unternehmen „arisiert“. Der Firmennamen „Porzellanfabrik Philipp Rosenthal & Co. AG, Selb“ blieb jedoch erhalten. Philipp Rosenthal senior starb 1937 in Bonn. Er hatte zwei Töchter aus erster Ehe. Aus der zweiten Ehe mit der 35 Jahre jüngeren Maria Franck stammte der 1916 geborene Philip Rosenthal junior. Dieser absolvierte in England seine Ausbildung. Zunächst am väterlichen Erbe uninteressiert, kam er 1947 nach Deutschland zurück und kämpfte für die Rückübertragung des Vermögens.

In der Firma arbeitete er sich langsam an die Spitze. Er begann 1950 als Werbeleiter, war danach verantwortlich für Produktgestaltung und Vertrieb, ehe er Mitglied im Vorstand wurde, dessen Vorsitz er von 1958 bis 1981 innehatte. Durch entsprechende Werbung, einem einheitlichen äußeren Erscheinungsbild der Ladengeschäfte und der „Rosenthal-Studio Häuser“ sowie durch die Zusammenarbeit mit nationalen wie internationalen Künstlern etablierte er das Unternehmen als Marktführer im Bereich Porzellan-Design. 1965 zog er sich in den Aufsichtsrat zurück und begann sein Engagement für die SPD. Im September 2001, kurz vor seinem 85. Geburtstag starb Philip Rosenthal junior.

Die Anfänge

Philipp Rosenthal senior wurde am 6. März 1855 in Werl geboren. Er wuchs mit zwei Brüdern und drei Schwestern auf. Sein Großvater Abraham betrieb zunächst einen Tuch- und Kolonialwarenhandel, später eine Weberei, womit er sich zum drittreichsten jüdischen Geschäftsmann von Werl entwickelte. Philipps Vater, ebenfalls ein Abraham, stieg später in das Webereigeschäft ein. Bereits 1850 fuhr er mit seinen Erzeugnissen zur Leipziger Messe. 1856 schien Abraham Rosenthal junior das Gewerbe gewechselt zu haben, denn er wurde in den Werler Steuerlisten als

„Rosenthal, Abraham, Manufaktur, Porzellan- und Glaswarenhandlung“ („Die Rosenthal Story“ S.11) geführt. Er bekleidete Ehrenämter in der Synagogengemeinde: seit 1845 Repräsentant der Gemeinde, Mitglied, zeitweise Vorsitzender des Synagogen-Vorstandes. Das Rosenthalsche Porzellangewerbe in Werl erlischt 1880.

Philipp Rosenthal ging 1872 nach Amerika, lernte dort vier Jahre in einer amerikanischen Porzellanhandelsfirma von der Pike auf. 1879 kam er als Einkäufer nach Deutschland zurück und stellte bald fest, dass er kaum bemaltes Porzellan erwerben konnte. So beschloss er: „Ich mache das Zeug selber.“ (ebenda, S. 12). Im markgräflichen Schloss Erkersreuth, unweit von Selb, richtete er sich eine Porzellanmalerei ein, wo er Weißware bemalte, die er bei der bekannten Selber Firma „Hutschenreuther“ oder auch bei der Porzellanfabrik Jacob Zeidler kaufte. Zwei Jahre nach der Firmengründung hatte er vier Beschäftigte, wiederum zwei Jahre später waren es bereits 60.

1891 ging er zur eigenen Porzellanherstellung über. Die Fertigung absatzfähiger Großserien von Gebrauchsporzellan stand dabei gleichermaßen im Mittelpunkt wie die künstlerische Veredelung. 1897 wurde die Firma in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Bis 1900 entwickelte sich das „Rosenthal-Porzellan“ zu einem internationalen Markenbegriff. Die Beschäftigtenzahl stieg auf 400 und entwickelte sich Jahr für Jahr weiter. Es entstanden Zweigbetriebe in Selb (im Dreiländereck Bayern-Sachsen-Tschechei). Philip Rosenthal gründete und übernahm Porzellanfabriken in Kronach, Marktredwitz und 1921 im schlesischen Waldenburg. Bis 1932 erwarb Philipp Rosenthal weitere Werke, wie die Porzellanwerkstätten Rudi Zöllner in München. Neben der Fertigung von Geschirr- und Kunstporzellan, produzierte Rosenthal ab der Jahrhundertwende die sogenannten „Rosenthal-Isolatoren“, bei denen Porzellan zur Fernübertragung von Elektrizität genutzt wurde. Auf diesem Gebiet arbeitete er eng mit der Firma AEG zusammen. Die Weltwirtschaftskrise 1930 bedeutete auch für den Unternehmer Philipp Rosenthal schwerwiegende Einschnitte. Die Produktion ging um die Hälfte zurück. Entsprechende Entlassungen waren unumgänglich.

Erfolgsfaktoren

Eine ganze Reihe von Faktoren zeichnen Rosenthals Erfolgskonzept aus. So legte er großen Wert auf technische Innovationen, war maßgeblich 1909 an der Gründung der Königlichen Fachschule für Porzellanindustrie in Selb beteiligt und gehörte zu den Gründungsvätern des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Silikonforschung. 1919 erhielt Philipp Rosenthal dafür den Ehrendoktor der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg. Großen Wert legte er auf die künstlerische Seite der Fertigung unter den Bedingungen der Massenproduktion. Anfangs fand er Anregungen vor allem in alten Vorbildern, wie den Service der französischen Porzellanfabrik Haviland & Co in Limoges. Später entwickelte er zunehmend einen eigenen Stil. Philip Rosenthal ergriff frühzeitig betriebliche Sozialmaßnahmen, die für ihn eine Voraussetzung für Qualität war. So begann er mit werkseigenem Wohnungsbau, gründete 1912 eine betriebliche Krankenkasse und gewährte ab 1924 zwei Betriebsratsmitgliedern einen Sitz im Aufsichtsrat.

Ein weiterer wesentlicher Faktor war für Philip Rosenthal der Export. Für ihn war dabei insbesondere die Leipziger Messe die



Museum Porzellanikon, Rundofen in der „Rosenthal-Abteilung“

Drehscheibe zur Welt. Noch vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges engagierte er sich stark für deren Fortführung, rief 1915 die „Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Messe e.V.“ ins Leben. Ein Jahr später gehört er zu den drei Unterzeichnern der Gründungssatzung des „Meßamts für die Mustermessung in Leipzig“. 1917 nahm das Messeamt seine Arbeit auf, mit dem Ziel, „noch während des Krieges auf den Frieden vorzubereiten, das verlorene Terrain im Export baldmöglichst wiedergutzumachen und die Weltgeltung der Messe gegenüber den Konkurrenten, die im Ausland nach 1914 wie Pilze aus der Erde geschossen waren, zu erneuern und zu bewahren.“ (Manfred Unger: „Ein wahrhaft königlicher Kaufmann. Philipp Rosenthal – der zweite Gründer der Leipziger Messe“, In: Leipziger Blätter 1995; S.90) Großen Anteil hatte er ebenso an der Begründung der Technischen Messe, die bereits kurz nach Kriegsende vom 25. bis 31. August 1918 stattfand. 1932 zog sich Philipp Rosenthal aus den Messeregmen zurück. Er hatte dazu beigetragen, dass sich die Leipziger Messe zu einer völkerverbindenden und länderumspannenden Weltmesse entwickeln konnte.

Erneuter Aufschwung unter Philip Rosenthal junior

Philip Rosenthal junior genießt zunächst seine Schulbildung in der Schweiz, in München sowie in England, wo er auch studiert und 1938 seinen Master of Arts in Philosophie, Politik und Wirtschaftswissenschaften erwarb. 1939 ging er zur französischen Fremdenlegion, um gegen das Hitler-Regime zu kämpfen. Nach Inhaftierung und erfolgreicher Flucht nach England, erhielt er Anfang der 40er Jahre die englische Staatsbürgerschaft. 1947 kehrte er nach Deutschland zurück. Nach dreijährigem Kampf erhielt die Familie Rosenthal einen Teil des Geldvermögens sowie elf Prozent der Aktien des Unternehmens zugesprochen. Bis 1958 arbeitete sich Philip Rosenthal junior bis zum Vorstandsvorsitzenden empor. Bereits sein Vater legte großen Wert auf die künstlerische Seite seiner Produkte. Doch der Sohn baute diesen Bereich in bedeutendem Maße aus. 1961 schuf er die „Rosenthal Studio Linie“ für die anerkannte skandinavische, amerikanische und italienische Künstler und Designer Entwürfe für Geschirr, Zierartikel und Figuren lieferten. 1964 begann Philip Rosenthal auf Anraten von Arnold Bode, dem Begründer der Documenta in Kassel, mit

international anerkannten Künstlern, wie Henry Moore oder Lucio Fontana, Kunst in Porzellan umzusetzen. Erstmals wurde diese als „Rosenthal Relief Reihe“ 1968 im Kölner Kunstverein präsentiert.

Das Unternehmen wuchs seit den 60er Jahren trotz Absatzkrisen in der Porzellanindustrie. Philip Rosenthal begann bei seiner Expansion mit dem „Bauen auf der grünen Wiese“. Seine Auffassung dazu war: „Die Fabrik von heute muss morgen verdoppelbar sein, ohne den optimalen Materialfluß zu verlieren. Eine Umstellung auf andere Produktionsprozesse und -verfahren, sogar auf völlig neue Produkte, muß möglich sein.“ (Die Rosenthal Story, S. 165) Der deutsche Bauhausgründer Walter Gropius arbeitete für Rosenthal als Architekt der neuen Werke „Am Rothbühl“ in Selb sowie des Glaswerkes in Amberg. Künstler wie Piene, Hundertwasser und Morandini gestalteten Fabrikfassaden. Neben technischer Keramik wurde unter der Marke Rosenthal ebenso Glas, Besteck, Feinsteinzeug sowie später auch Möbel produziert und vertrieben. Bereits 1953 erwarb die Aktiengesellschaft das Schloss Erkersreuth, wo Rosenthal sen. mit seiner Porzellanmalerei den Grundstein für das erfolgreiche Unternehmen gelegt hatte. Ebenso wie sein Vater legte der Sohn großen Wert auf das Exportgeschäft. „...Unser Auslandsgeschäft weitete sich gegenüber 1949 um rund 75 Prozent aus. Vom Gesamt-Umsatz entfiel ein Drittel auf den Export.“ (ebenda, S. 164)

Ebenso wie sein Vater war er sozial engagiert, führte 1963 ein eigenes Modell der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ein und veranstaltete seit 1956 „Feierabende“ in Selb mit Auftritten international bekannter Künstler. Er war seit 1965 in der SPD politisch aktiv, war unter anderem Bundestagsabgeordneter und Parlamentarischer Staatssekretär.

Rosenthal-Porzellan in der Gegenwart

1997 wurde die Rosenthal-AG vom britischen Porzellanhersteller Waterford-Wedgwood übernommen. 2009 übernahm die italienische Gruppe Sambonet Paderno Industrie Rosenthal und gründete die Rosenthal GmbH. Noch heute ist das Unternehmen in Deutschland Marktführer im Bereich Porzellanfertigung. Bereits 2004 wurde das Rosenthal-Museum eröffnet, inzwischen Bestandteil der Porzellanikons Selb. Eingerichtet wurde es im entkernten alten Brennhaus der ehemaligen Porzellanfabrik und zeigt die Geschichte des Unternehmens von den Anfängen als Porzellanmalerei bis zum weltweit tätigen Anbieter.

Anlässlich des 100. Geburtstages von Philip Rosenthal junior zeigt das Porzellanikon vom 2. Juli bis 13. November 2016 eine Sonderausstellung unter dem Titel „Rosenthal – zwei Männer schreiben Geschichte“. In der Rosenthal-Abteilung wird zum einen die über 125-jährige Geschichte des Unternehmens gezeigt. Dabei werden Vater und Sohn sowie ihre jeweilige Entwicklung im Bereich der Tischkultur und ihre Bestrebungen Kunst zu schaffen, gegenübergestellt. Der dritte Sonderausstellungsbereich wird Philip Rosenthal junior gewidmet unter dem Titel „Vom Dreiklang auf dem Tisch zur Manufaktur des Wohnens“. Am Standort „Hohenberg a. d. Eger“ werden faszinierende Kunstporzellane, die unter der Ägide von Geheimrat Philipp Rosenthal entstanden sind, zu sehen sein.

Freiheit als kollektive Idee

Pessach-Gespräch mit Rabbiner Tovia Ben Chorin über Freiheit und Pflichten im Judentum



Jüdische Rundschau: Wenige Tage bevor die Christen alljährlich Ostern feiern, gedenken die Juden an ihrem Pessachfest des Auszugs ihres Volkes aus Ägypten. Spielt der Begriff der Freiheit deshalb in der jüdischen Religion eine so zentrale Rolle?

Rabbi Ben Chorin: Vor allem verstehen wir deshalb die Freiheit in einem kollektiven Sinn. In der Thora gibt es zwei parallele Geschichten. Die erste ist die von Abraham, Isaac und Jakob. Hier wird bereits der kollektive Gedanke gelegt, der dann diese zentrale Rolle spielt in den Büchern Exodus bis Deuteronomium, in denen der Auszug aus Ägypten beschrieben wird, die Wanderung in der Wüste, wo man sich darauf vorbereitet im Lande Israel zu leben, wo dann die Ideen Gottes über ein Zusammenleben verwirklicht werden sollten. Die Wüste sozusagen als Labor der Gedanken.

Schließlich sind alle drei monotheistischen Religionen in der Wüste entstanden...

Hier kann man sich ganz den Gedanken widmen und man geht dabei mit dem Rhythmus der Wüste mit. Ich habe lange in der Wüste gelebt, erst im Negev und später als Soldat in Kriegen im Sinai. Davon war ich weniger begeistert, aber ich war begeistert, dort spirituelle Erfahrungen zu machen. Warum sind wir als Volk Israel nicht Beduinen geblieben, die mit dem Rhythmus der Wüste gehen, sondern haben dort am Sinai die Offenbarung bekommen? Diese Frage ist mir wichtig, aber überhaupt nicht, wo archäologisch der Sinai anzusiedeln ist. Ich bin bereit diese Diskussion mit den Archäologen zu führen, das ist schließlich auch eine Religion. (lacht)

Lassen Sie mich den Gedanken von der Freiheit als kollektive Idee noch einmal aufgreifen...

„ Im Römischen Reich war die Zivilisation viel weiter als das Geistige, welches auf der griechischen Tradition basierte. Auch in unserer heutigen Epoche geht die Technik so weit voraus, dass der Geist hinterherhinkt. “

Freiheit in diesem konkreten Fall bedeutete, einen Ort der Unfreiheit und der Sklaverei zu verlassen und irgendwann an einem Ort zu sein, an dem der Einzelne verantwortlich ist für ein Verhältnis zwischen dem Göttlichen und der Gruppe, also dem Volk und dem Land Israel. Oder anders ausgedrückt: Das Land kann uns nur tragen, wenn wir uns ethisch benehmen, denn auch das Land hat eine Seele. Das ist der Gedanke und die Erfahrung, bei dem in meinem Leben das Mystische reinkommt...

JR: ...sagt ein Rabbiner, der für seinen Rationalismus bekannt ist...

Rabbi Ben Chorin: ...der aber sehr am Gebet hängt. Und wenn ich in der Gebetsituation bin, schiebe ich viel von der Ratio zur Seite. Ich glaube, dass jeder Mensch über das Geistige verfügt, das zwar mit Ratio einerseits, andererseits aber vor allem mit Emotion zu tun hat. Und die Emotionen haben auch ihre Gesetze, wie ja auch die Poesie ihre Gesetze hat. Da kann ich auch nicht sagen, im historischen Buch stecke mehr Wahrheit als in der Poesie.

Das was sie über das Zusammenleben im historischen Israel sagen, hört sich ein wenig wie die Geburtsstunde der modernen Zivilisation an...

Das Wort Israel heißt ja „der mit Gott und dem Menschen ringt“. Und das ist einer der Gründe, warum ich glaube, dass die jüdische Zivilisation sich immer wieder anpassen kann und wir, da haben Sie recht, der heutigen westlichen Zivilisation viel zu geben haben. Wir wollen nicht missionieren, wohl aber unsere Gedanken mitteilen. Zum Beispiel eben den Gedanken der Freiheit. Und wenn ich sage, dass Freiheit eine Gruppensache und keine individuelle Angelegenheit ist, so sehe ich gleichzeitig, dass im Westen immer das Ich im Zentrum steht, das Ego, das Individuum. Im Judentum steht der Andere im Zentrum, der mir hilft Ich zu sein. Wie Rabbi Elimelech von Lyschansk (1717-1787) mal gesagt hat: „Wärest du nicht du und ich nicht ich, wäre ich nicht ich und du nicht du.“ Und das sehen wir schon in dem Moment, in dem ein Baby zur Welt kommt. Das Selbstbewusstsein – im wahrenst Wortsinne – entsteht, weil es weiß, woher es Nahrung bezieht. Wenn es dabei seine Mutter mit den kleinen Händen ertastet, dann erkennt es sich selbst. Da entsteht ein Dialog zwischen Mutter und Kind, für den es keine Worte braucht.

Mir gefällt der Gedanke der Freiheit als kollektive Angelegenheit, weil er sehr

aktuell ist – vom „arabischen Frühling“ bis zu dem, was wir derzeit aus Syrien hören und aus anderen Weltregionen.

Wir bewegen uns in der Tat in einer Zeit großer Revolutionen. Wissen Sie, ich sehe den Rhythmus der Geschichte immer in zwei Richtungen und die sind nicht immer synchronisiert. Es gibt geschichtliche Epochen, in denen der Geist weiter als die Technik ist. Da gäbe es die antike Zeit in Griechenland parallel zur Ära der klassischen Propheten im damaligen Israel, also die Zeit von Jeremia, Jesaja, Micha, Amos. Das war eine Zeit, in der der Geist viel weiter war als die Zivilisation. Dann gab es Zeiten wie etwa im Römischen Reich, als die Zivilisation viel weiter war als das Geistige, welches auf der griechischen Tradition basierte. In unserer heutigen Epoche geht die Technik so weit voraus, dass der Geist hinterherhinkt. Das ist einer der Gründe, weshalb weltweit Fundamentalisten soviel Anklang finden. Weil sie diejenigen sind, die den Menschen das Gefühl einer mentalen Sicherheit geben.

Freiheit existiert im Judentum aber nicht nur als Anspruch nach außen, sondern auch in besonderer Weise nach innen und gilt insbesondere für die Meinungsfreiheit. Es wird sogar oft behauptet, wo zwei Juden sind existieren drei Meinungen.

Es kommt darauf an, wen Sie fragen. Ich stimme mit Ihnen überein, aber ich muss fairerweise darauf hinweisen, dass es im Judentum auch eine orthodoxe Haltung gibt. Sie geht davon aus, dass die Schrift und sogar auch die mündliche Überlieferung bereits am Sinai übergeben wurden. Ja selbst die späteren Interpretationen von Gelehrten, seien bereits am Sinai mitgeliefert worden. Wäre ich ein orthodoxer Rabbiner – und ich führe diese Dialoge

gelegentlich auch mit mir selbst – wie könnte ich die von Ihnen genannte Haltung rechtfertigen? Nun ich könnte es folgendermaßen rechtfertigen: So wie Energie sowohl potentiell ist als auch kinetisch, ist auch das Wissen kinetisch und potentiell. Es wurde bereits am Sinai gegeben, aber ich erkenne an, dass durch die Situation in der Menschen sich befinden, es erst später zu interpretieren verstehen. Das ist nicht meine Haltung, aber ich glaube, dass ich damit leben könnte, wäre ich orthodox.

Begeben wir uns mal einen Moment weg von der jüdischen Freiheitsdefinition und lassen wir den Nicht-Juden Albert Camus zu Wort kommen: „Ohne Gesetz keine Freiheit. Wenn das Geschick nicht orientiert ist, wenn der Zufall König ist, dann befindet man sich auf dem Wege in die Dunkelheit, die furchtbare Freiheit des Blinden.“

Damit kann ich mich voll identifizieren. Nun ist Camus Franzose. Vergessen wir nicht, dass in der Französischen Revolution, auch wenn sie sich gegen die katholische Kirche richtete, die neue Zivilisation sehr viel von der Hebräischen Bibel übernommen hat. Darauf wiederum hat der französische Humanismus aufgebaut. Und die drei Säulen dieser Revolution, also Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, haben ihren Ursprung im prophetischen Judentum. Gott wurde zwar dann in der Guillotine geköpft, nicht aber die Werte, in denen man immer wieder das Göttliche entdeckt.

Das Göttliche wurde also nicht nur dem Volk Israel zuteil?

Natürlich nicht! Ich glaube sehr wohl, dass sich Gott auch anderen Völkern offenbart hat. Wir finden das bei einem Propheten, den ich immer gerne zitiere, nämlich Maleachi...

... den die traditionelle Forschung im 4. vorchristlichen Jahrhundert ansiedelt.

Richtig. Übrigens könnte ich ohne die Propheten nicht leben. Wenn ich nur mit den fünf Büchern Mose leben müsste, wäre ich verloren. So, und nun zitiere ich aus Maleachi Kapitel 1 Vers 11: „Denn vom Sonnenaufgang bis zu ihrem Niedergange ist groß mein Name unter den Völkern. Und an jeglichem Orte wird geräuchert und dargebracht mein Name. Und zwar reine Opfergabe, denn groß ist mein Name unter den Völkern! – spricht der Ewige der Heerscharen.“ Eine solche globale Vision damals in diesem winzigen Dörfchen namens Jerusalem, in das gerade die Leute aus Babylon zurückgekehrt sind – na, wenn das nicht göttlich inspiriert ist!

„Ohne Gesetz keine Freiheit“ – das bringt mich zu den Pflichten, die damit verbunden sind...

Ja, keine Freiheit ohne Pflichten. Die Freiheit in unserem Beispiel eingangs entspricht dem Auszug aus Ägypten und dann 50 Tage später wurde uns die Thora gegeben. Und darin haben wir rationale Gesetze ebenso wie irrationale.

Nämlich?

Nun, wir haben einerseits Kult, aber andererseits auch Ethik. Alle diese Elemente sind da, welche die Menschheit später im Verlaufe der Zivilisation wieder in verschiedene Abteilungen teilt. Deshalb ist mir das Poetische der Religion wichtig, das das alles wieder in eine Einheit bringt. Nicht wie der Hals-Nasen-Ohren-Arzt, der mich untersucht, aber nicht weiß, warum ich im rechten Finger Schmerzen habe. Dafür schickt er mich zu einem anderen Experten. Aber ich bin doch dieselbe Person. Es wird heute zu wenig in Einheit gedacht. Deshalb haben wir so große Probleme in Partnerschaften, deshalb haben wir auch große Probleme im Dialog. Also

aus meiner Sicht ist es die Aufgabe der Religionen im 21. Jahrhundert, diese Zerstückelung wieder in eine Einheit und Ganzheit zu bringen.

In jeder Religion gibt es Pflichten, Verbote und Gebote. Die Thora legt einem jeden Juden nicht weniger als 613 davon als Verpflichtung auf. Im traditionellen Glauben des Judentums sind sie dem Volk Israel im Sinai von Gott übergeben worden. Nun gibt es diesbezüglich auch modernere Ansichten – etwa bei Thomas Mann in seiner Erzählung „Das Gesetz“. Diese Deutungen gehen davon aus, dass Mose einer spirituellen Inspiration folgend das Regelwerk selbst verfasste, um eine gegenseitige Verantwortung und Verlässlichkeit zu fördern, wie sie bei der Nationwerdung der Juden auf dem Weg nach Israel notwendig war.

„ In jeder Religion gibt es Pflichten, Verbote und Gebote. Die Thora legt einem jeden Juden nicht weniger als 613 davon als Verpflichtung auf. “

Rabbi Ben Chorin: Das ist eine schöne Beschreibung, aber ich bin auch Realist. Wegen solch einer Definition soll ich Shabbat halten oder die jüdischen Feiertage? Denn das wäre ja eine rein historische Beschreibung, die Sie da zitieren.

„Ich aber glaube nicht an Objektivität. Ich glaube bestenfalls an etwas weniger Subjektivität. Weil ich nämlich nicht glaube, dass wenn jemand das so beschreibt und damit endet, dann der Imperativ noch gegeben ist, den Schabbat einzuhalten. Aber wir sind auch nicht nur für uns verantwortlich, nicht nur für Leute die bei uns arbeiten, sondern etwa auch für die Landwirtschaft, sogar für den Boden... Ich glaube nämlich, dass auch die Welt eine Seele hat. Da sagt mancher sofort, das klingt nach Buddhismus. Na und? Gott offenbart sich in verschiedenen Formen. Es freut mich, dass es das auch im Buddhismus gibt, es muss nicht immer alles vom Judentum kommen. Das so zu sehen ist auch Freiheit. Nicht wie im paulini-

schen Determinismus: „Du bist in Sünde geboren und kannst aus der Sünde nur herauskommen, wenn du dich mit der Menschwerdung Gottes identifizierst.“ Das akzeptiert das Judentum nicht. Im Gegenteil. Es ist gerade ein



Rabbi Ben Chorin

ren. Da könnte ich sagen: Ich lebe nicht mehr in dieser Zeit. Nein, ich glaube, dass ich den Schabbat brauche, wie ihn die Juden in der Wüste gebraucht haben oder im Land Israel oder in Babylon.

JR: Das widerspricht doch nicht einer spirituellen Eingebung?

Akademisch kann man das so beschreiben, das nennt man dann „ob-

Teil der Freiheit, auch Fehler zu machen.

Mit anderen Worten: Da das Judentum keine Erbsünde kennt, kann der Mensch auch jederzeit den Weg der Umkehr beschreiten?

Ja! Aber er scheint es nicht allein machen zu können und deshalb zählen wir auf das Kollektiv. Es ist viel leichter zu

sagen: „Wir haben gesündigt!“ Und da haben wir wieder die Verantwortung, die von der Gemeinschaft getragen wird. Das ist die jüdische Freiheit!

JR: Zu den einfachen Geboten im Judentum gehören das Morgen-, Mittags- und Abendgebet, sowie der Besuch der Synagoge am Sabbat und an allen hohen Festtagen. Kann jemand zur spirituellen Betätigung durch ein religiöses Gesetz verpflichtet werden?

Durch wen?

In diesem Fall durch die Thora.

Und wer akzeptiert die Thora? Der Mensch. Die Thora hat ihren Anfang am Sinai, aber das Überreichen der Thora durch Gott ist ein unendlicher Prozess.

Dann frage ich anders: Kann man jüdisch leben ohne die Mitzwot, also ohne strenge Beachtung der in der Thora formulierten Verbote und Gebote?

Ich kenne sehr wenige Menschen, denen das gelingt. Einer davon war Martin Buber, der jüdische Religionsphilosoph. Als sein Mitarbeiter bei der Übersetzung der Bibel ins Deutsche, Franz Rosenzweig, gefragt wurde, ob er die Phylakterien anlegt...

...die Gebetsriemen und die Gebetskapsel ...

... da sagte er: „Noch nicht!“ Buber hingegen hielt sich von jeder ritualisierten Form des Judentums fern. Aber er hat immer wieder in Kirchen, Synagogen und Universitäten seine Vorlesungen gehalten. Ich habe ihn als junger Mensch in einer deutschsprachigen Gemeinde in Jerusalem erlebt – er kam ja aus Österreich. Da erschien nach dem Gottesdienst manchmal „Prof. Buber“ und hielt seine Vorträge. Gelegentlich war der Gottesdienst noch nicht fertig und er saß dann etwas abseits, die Tasche mit dem Manuskript auf seinen Beinen. Man konnte sehen, dass er sich am Gottesdienst nicht beteiligte, sondern lediglich wartete bis er zu Ende war. Dann ging er nach vorn und hielt einen Vortrag zum Thema „Das Gebet in der hebräischen Bibel“. Sie sehen, es geht. Aber es gelingt nur Wenigen buberisch zu leben! (lacht)

Lassen Sie mich abschließend zu einer Frage kommen, die viele, nicht nur gläubige Juden bewegt – das Thema „Engel“. Über deren Existenz gibt es im Judentum sehr unterschiedliche Glaubensgrundsätze.

Ja, das stimmt. Wenn Sie mich fragen, ob ich an Engel glaube, so sage ich Ihnen: Nein, ich glaube nicht an Engel. Ich glaube, dass wir bestimmte Kräfte personifizieren. Und wenn Menschen dadurch glücklicher sind, hat es seine Aufgabe erfüllt.

Das klingt nach dem jüdischen Gelehrten Maimonides, der im Mittelalter in einem rationalistischen Weltbild die Engel als eine biblische Umschreibung der Naturkräfte ansah, die Gott einsetze, um seinen Willen in der Welt umzusetzen.

Richtig – in seinem Buch „More Nevochim“, das auf Deutsch „Führer der Irrenden“ heißt. Wissen Sie, ich denke, es gibt Momente im Leben, in denen wir das Gefühl haben, dass eine Begegnung etwas Besonderes ist. Ein Gefühl, dass ein Mensch, dem wir begegnen, oder eine bestimmte Situation etwas Engelhaftes hat. Wenn sich beispielsweise zwei Menschen im Gespräch begegnen, so merken sie vielleicht, dass sie einander näherkommen, auch wenn sie sich physisch nicht annähern. Diese magnetische Kraft ist für mich eine Offenbarung des Göttlichen. Manchmal bewirkt eine Begegnung allerdings auch das Gegenteil.

Das Gespräch führte Gerhard Haase-Hindenber



V.l.n.r.: Kurt Weil, Victor Klemperer, Henry Kissinger, Sascha Baron Cohen

Zu guter Letzt

Jüdische Namenskunde ist stets eine Quelle des Staunens und manchmal auch der wehmütigen Heiterkeit

Fast alle Juden der Welt lebten einige Jahrhunderte lang in Polen. Das einstmals größte Land Europas wurde bekanntermaßen aufgeteilt zwischen Preußen, Österreich und Russland.

Die ersten Namensgesetze erließ der österreichische aufgeklärte Kaiser Josef II. schon 1782. In Preußen folgte man dem österreichischen Vorbild, und gab den Juden, die vorher vor allem Vatersnamen wie z.B. „Ben Nathan“ trugen, unveränderbare Familiennamen.

Sehr interessant ist die Herleitung einiger eingedeutschter Namen und deren Ursprünge im Hebräischen und Jiddischen:

So wählten Menschen namens „Abraham“ (der Stammvater) gerne den Namen „Baum“ (Stammbaum), „Isaak“ (der laut Bibel 180 Jahre alt wurde) wurde zu „Leblang“, und „Jakob“ wurde bisweilen zu „Wurm“, gemäß Jesaja 41,14: „Fürchte dich nicht, du armer Wurm Jakob, du Würmlein Israel! Ich selber werde dir helfen - Spruch des Herrn. Der Heilige Israels löst dich aus.“

Klemperer (wie Victor Klemperer) war ursprünglich der „Klopfer“, der in der ostjüdischen Gemeinde als Gemeindediener morgens an die Türen der Frommen

klopfte, um sie an ihr Frühgebet zu erinnern.

Als jüdischer Familienname bezieht sich „Hirsch“ wohl auf das Alte Testament (Genesis 49,9-27), wo Jakob seine Söhne Juda, Naftali und Benjamin mit Löwe, Hirsch und Wolf vergleicht.

Weil (wie Kurt Weil) wiederum ist ein Anagramm von Levi. „Roth“ sind Nachfahren des jüdischen Stammes Ruben, „Grün“ vom Stamme Simeon.

Der jüdische Familienname Teitelbaum (wie Natanel Teitelbaum, Landesrabbiner von Bremen) ist eine mittelhochdeutsche Variante von Dattelbaum (Dattelpalme).

Baruch (der Gesegnete) wurde eingedeutscht zu Seligmann (Rafael Seligmann).

„Katz“ ist gebildet aus „Cohen-Zedek“ (Priester der Gerechtigkeit). Der Name Engländer leitet sich von Engel, nicht von England ab. „Oppermann“ kommt von „Opfermann“, gemeint ist „Cohen“.

Von „Cohen“ oder „Kohn“ kommt auch der Namen „Schiff“. Bei „Kohn“ wurde nur ein Vokal ausgetauscht (Vokale gibt es im Hebräischen ohnehin nicht) zu „Kahn“, und aus „Kahn“ wurde „Schiff“!

Henry Kissingers Vorfahren kommen (man ahnt es

schon) aus Bad Kissingen in Franken. Herr oder Frau Schapiro oder Schapira (Esther Schapira) haben Vorfahren aus Speyer, der Name „Dreyfuss“ deutet auf eine Herkunft aus Trier hin.

Diese Namen sind alle vorzeigbar, manche sogar auffallend schön.

In Galizien, dem sehr jüdisch geprägten Nordosten des österreichischen Kaiserreiches, machten die dortigen Beamten Geld mit den neuen jüdischen Namen – zum eigenen Vorteil und nicht gerade zum Vorteil der Juden, die von ihnen einen Namen aufs Auge gedrückt bekamen.

Es gilt als sicher, dass sich wohlhabende Juden einen „schönen“ Namen kaufen konnten, andere aber, die nicht zahlen konnten oder wollten, mit Ekelnamen „bestraft“ wurden.

Diese Auswüchse blieben glücklicherweise aber auf die Provinz Galizien beschränkt.

In Preußen hingegen wurde den Juden ausdrücklich empfohlen, unauffällige Namen zu wählen, damit „ungewiß bleibe, ob jemand Jude sei oder nicht“ (wie es Wilhelm von Humboldt empfahl).

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 50 • per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51
(Mo.-Mi. von 10.00 bis 16.00)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau



**COUPON
ABO-
BESTELLUNG**

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ Unterschrift **x** _____

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post

(J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de.

Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.